

politicum

Josef Krainer Haus

Schriften

Zukunft der Arbeit

16

MITARBEITER DIESER NUMMER INHALT:

Herwig HÖSELE
Pressereferent des steirischen
Landeshauptmannes

Prof. Kurt JUNGWIRTH
Landesrat, Steiermark

Mag. Leopold NEUHOLD
Institut für Ethik und
Sozialwissenschaft der Universität
Graz

Dr. Manfred PRISCHING
Institut für Soziologie an der
Universität Graz

Hermann SCHÜTZENHÖFER
Landtagsabgeordneter
Landessekretär des AAB Steiermark

Dr. Bernhard TERIET
Diplomvolkswirt, Bundesanstalt f.
Arbeit, Deutschland

Mag. Hans TICHEZ
Betriebswirt

Johann WEBER
Bischof der Diözese Graz-Seckau

Dr. Kurt WIMMER
Chefredakteurstellvertreter der
Kleinen Zeitung Steiermark

Univ.-Prof. DDr. Valentin
ZSIFKOVITS
Institut für Ethik und
Sozialwissenschaft der Universität
Graz

Editorial

Bischof Johann Weber
Solidarische Arbeitsteilung

Bernhard Teriet
Arbeitsmarktpolitik für die
80er Jahre

Manfred Prisching
Arbeit für alle

Leopold Neuhold
Die soziale Lage der Arbeiter

Kurt Wimmer
Die neue Sozialenzyklika

Valentin Zsifkovits
Die Arbeit aus der Sicht der
christlichen Anthropologie

Hermann Schützenhöfer
Schlußbetrachtungen

Herwig Hösele
Welche Zukunft hat die Arbeit?

Hans Tichez
Arbeitszeitverkürzung

Kurt Jungwirth
Neue Arbeit,
neuer Lebensstil

Ein Mosaik der
Arbeitsgesellschaft

Manfred Prisching
Stagnation und Revolte
Verteilungskonflikte und
Arbeitslosigkeit in einer
stagnierenden Gesellschaft

Ex libris

Gedanken zur Wirtschaftskrise

politicum

Josef-Krainer-Haus-Schriften

16

Juli 1983 / 4. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

- 19 Heft 8 „Kunst und Politik“
Heft 9 „Familie und Politik“
Heft 10 „Sport und Politik“
Heft 11 „Partei in der Gesellschaft“
Heft 12 „Hat die österreichische Wirtschaft
eine Zukunft?“
Heft 13 Österreich: „Die Zweite Republik im
Wandel“
Heft 14 „Landwirtschaft und Ökologie“
Heft 15 „Wohin lernen wir?“

In Arbeit sind:

- 26 „Regional- und Kommunalpolitik“
„Die Steiermark und ihre Nachbarn“
„Wie nah ist 1984?“
„Architektur“

- 27 Herausgeber: Josef-Krainer-Haus.
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark.
Medieninhaber: ÖVP Steiermark
28 Ständige Redaktion: Herwig Hösele, Ludwig
Kapfer, Dr. Manfred Prisching
Redaktion und Gestaltung dieser Nummer:
Dr. Manfred Prisching

Hersteller:
Fotosatz + Offsetdruck Klampfer OHG., Weiz

- 31 Für den Vertrieb verantwortlich:
Ing. Karl Robausch und Helmut Wolf
39 Bestellungen an Josef-Krainer-Haus,
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

40

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER,
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK,
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER,
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY,
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL,
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER,
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN,
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER,
Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER,
Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER,
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKNER.

Das Loblied über die ökonomischen Wege in die Zukunfts-gesellschaft und die wirtschaftspolitischen Höchstleistungen klingt bloß noch in Dissonanzen aus; angesichts der Arbeitslosenzahlen bleibt das optimistische Credo der Wohlstandsgesellschaft in der Kehle stecken. Der Glaube an das Jahrhundert der großen Errungenschaften versickert in der alltäglichen Betroffenheit, in der Angst um das Erreichte; und in jenen Jahrzehnten, in denen die ersten Schritte in das versprochene Paradies der postindustriellen Mußgesellschaft getan werden sollten, ist es, wie wir fürchten müssen, das Vernünftigste, Angst zu haben.

Was uns Szenarienschreiber und Weltmodellerbauer in ihren Computerkurven beschreiben,

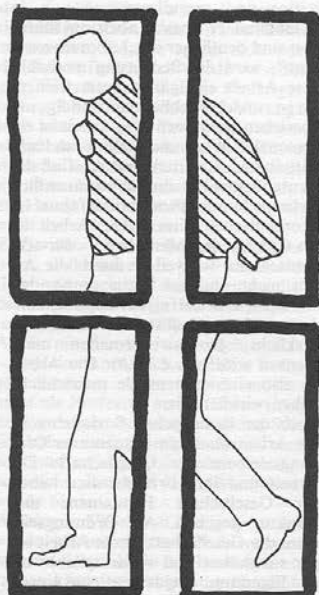
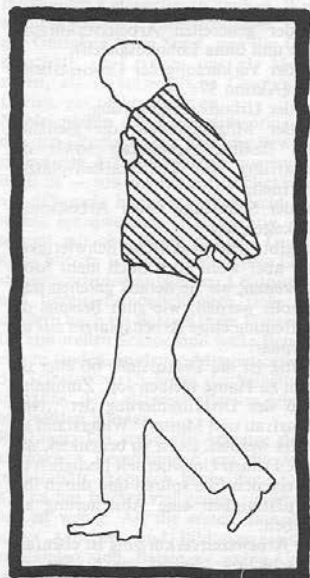
wird heute auch den Volksschulkindern beigebracht: Sie sollen ordentlich lernen, weil sie sonst keinen Arbeitsplatz bekommen. Was vor zehn Jahren noch undenkbar schien, wird heute nicht nur in abstrakten Gleichungen und theoretischen Überlegungen vorgezaubert, sondern wird zur lebensnahen, alltäglichen Bedrohung, wird zum Bestandteil des sozialen Sprachgebrauchs und der individuellen Alpträume.

Was tut die Arbeitsgesellschaft, so fragen heute manche, ohne Arbeit? Jene Arbeit, die einen so zentralen Stellenwert im Gefüge dieser Gesellschaft einnimmt, daß ihre Mitglieder nicht selten die Menschenwürde in ihren Begriffen definieren, daß sie ihren Platz in der Gemeinschaft darnach bestimmen, daß sie ihre Weltorientierung davon ableiten. Wenn es mit den ökonomischen Strukturen hapert, könnten wir solche Werthaltungen durch eine Selbstreflexion überprüfen, für die in der Hast des eiligen Wachstums keine Zeit war; die Stagnation der Ökonomie ist dann möglicherweise ein heilsamer Zwang und somit auch eine Chance, inzuhalten, nachzudenken, Ziele und Wünsche neu zu formulieren. Dabei soll man sich nicht billig über die realen Verhältnisse hinwegturnen, mit der Philosophie die Arbeitslosigkeit verschweigen, mit kulturellen Erwägungen das Problem hinwegdefinieren. Ohne aus der Not eine politisch fungible Tugend machen zu wollen, ist es indessen angebracht, darüber nachzusinnen, ob die zukünftige Arbeit, die es für alle wiederzugewinnen gilt, jener im Detail gleichen muß, die uns in diesen Jahren unter den arbeitenden Hän-

den knapp geworden ist.

Im Mai 1983, als allenthalben vom Aufschwung der Weltkonjunktur, an den in Wahrheit doch keiner so recht glauben konnte, die Rede war, als dieser expansionistische Ausblick zugleich von den neuesten Schreckensmeldungen aus dem heimischen Wirtschaftsleben konterkariert wurde, hat sich das steirische Dr.-Karl-Kummer-Institut in einer zweitägigen Veranstaltung mit der Gestalt der Arbeit — mit den aktuellen Problemen wie mit den ethischen Perspektiven und potentiellen Zukunftschancen — befaßt. Die Referate, die auf dieser Tagung vorgetragen wurden, zählen zu den Beiträgen dieses Heftes; andere Aufsätze fügen den erörterten Problemen weitere Aspekte hinzu.

1



SOLIDARISCHE ARBEITSTEILUNG

1. Das Engagement der Kirche

Arbeit und Arbeitsteilung — eine brennende Frage, die indessen zu aller-
nächst die Frage aufwirft, warum sich
die Kirche dabei engagiert. Die Be-
schäftigung mit diesem Problem hat
mehrere Aspekte. Ein erster Grund ist
im **Auftrag Jesu**, der selbst auf der Seite
derer steht, die im Leben zu kurz
kommen, zu sehen. Er findet sich nicht
mit dem Elend der Welt und der Not
der Menschen ab. Seine Wunder sind
Zeichen. Sie tragen oft den Charakter
des Teilens — man denke an die Brot-
vermehrung, an das Teilen desjenigen,
der zwei Gewänder hat (Lk 3,11): „Einer
trage das andere Last, so werdet
ihr das Gesetz Christi erfüllen“ (Gal
6,2).

Ein zweiter Aspekt ist die **menschliche
Komponente** der Frage. Der Mensch
ist „der erste und grundlegende Weg
der Kirche“ (Enzyklika *Redemptor
Hominis*). Es ist notwendig, ständig
auf diesen Weg zurückzukehren und
ihm immer wieder aufs neue zu folgen
unter den verschiedenen Aspekten, in
denen er uns den ganzen Reichtum und
zugleich die ganze Mühsal der mensch-
lichen Existenz auf Erden offenbart.
Die **Arbeit** ist einer dieser Aspekte,
zeitleos und grundlegend. Schon in
„*Gaudium et Spes*“, noch ausführlicher
und deutlicher in „*Laborem exercens*“,
wird die Bedeutung menschlicher
Arbeit einzigartig unterstrichen.
Sie ist zunächst schlicht notwendig, um
überleben zu können. Die Arbeit ist ein
persönlicher Wert und Faktor und un-
mittelbarer Ausdruck und Ausfluß der
menschlichen Person. Sie ist unendlich
mehr als nur ein Produktionsfaktor im
ökonomischen Sinn. „Die Arbeit ist ein
Gut für den Menschen — für sein
Menschsein —, weil er durch die Arbeit
nicht nur die Natur umwandelt und
seinen Bedürfnissen anpaßt, sondern
auch sich selbst als Mensch verwirklicht,
ja gewissermaßen mehr Mensch wird“
(L.e. II,9). Die Arbeit ist also eine
existenzielle menschliche
Lebenswirklichkeit.

Nach der katholischen Soziallehre ist
die Arbeit auch ein elementares Ord-
nungselement der Gesellschaft. Die
Arbeit und ihre Erfordernisse haben
der Gesellschaft Fundament und
Struktur gegeben. Als Ordnungsele-
ment der Gesellschaft ist die Arbeit so-
gar ranghöher und vordringlicher als
das Eigentum. (Leider hat eine einsei-
tig überbetonte Eigentumsdiskussion

in der Nachkriegszeit für diese Tatsa-
che gelegentlich den Blick verstellt.)
Im christlichen Denken sehen wir die
Arbeit als Teilnahme am Schöpferwirken
Gottes. Der Auftrag zur „Unter-
werfung“ heißt Pflege und Verantwortung
im guten Sinn Gottes (Gen 1,28).
Schließlich muß mehr als bisher her-
ausgestellt werden, „daß die menschi-
che Arbeit ein Schlüssel in der gesam-
ten sozialen Frage ist, wenn wir sie
wirklich vom Standpunkt des Wohls
für den Menschen betrachten wollen.
Wenn die Lösung oder vielmehr die
allmähliche Lösung der sozialen Fra-
gen, die sich immer neu stellt und im-
mer komplizierter wird, darauf abzie-
len soll, das menschliche Leben men-
schlicher zu machen, dann bekommt
gerade dieser Schlüssel, die menschi-
che Arbeit, eine grundlegende und ent-
scheidende Bedeutung“ (L.e. 1,3).
Diese Arbeit aber, der so fundamen-
tale Bedeutung zugesprochen wird und
die auch mit der Sinnfrage des Lebens
zu tun hat, führt nun zur Frage nach
dem „Arbeitsmangel“, nach der „Ar-
beitslosigkeit“.

2. Über solidarische Arbeitsteilung

Was dann, wenn die Arbeit ausreicht?
Wenn es zur Arbeitslosigkeit kommt?
— Zunächst ist das eine Aufforderung,
die vorhandene Arbeit zu „dehnen“,
zu „erstrecken“, zu „verteilen“.

Gerade weil der Arbeit ein Lebenswert
zukommt wie das tägliche Brot, muß
dann, wenn alles getan wurde, um
sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen,
die Antwort lauten: Die vorhandene
und bleibende Arbeit muß solidarisch
geteilt werden! Solidarisch teilen heißt
heute auch gerecht verteilen. Das ist
zunächst ein moralischer Appell an
den einzelnen oder an einzelne, wie ich
das im Fastenbrief ausgeführt habe,
ein Appell an seine Freiwilligkeit. Ar-
beitslosigkeit ist ein Übel; wenn sie un-
vermeidbar wurde, soll auch ihre Last
möglichst gerecht verteilt werden.

Da aber das Gemeinwohl auf dem
Spiel steht, rückt das Problem auf die
Ebene der Gesellschaft, des Staates und
des „indirekten Arbeitgebers“ (des
Staates, der internationalen Interessen-
verbände, der Multis). „Aufgabe der
genannten Institutionen, die hier unter
dem Namen des indirekten Arbeitge-
bers verstanden werden, ist es, die Ar-
beitslosigkeit zu bekämpfen, die in je-

dem Fall ein Übel ist und, wenn sie
große Ausmaße annimmt, zu einem
echten sozialen Notstand werden
kann“ (L.e. IV,18). Eine Gesamtplan-
ung und Gesamtsorge durch den
Staat ist wohl unentbehrlich, die aber
nicht einer einseitigen Zentralisierung
durch die öffentliche Hand gleichkom-
men darf. Wir wissen, wie nachteilig
sich das Erlahmen der Eigeninitiative
in bestimmten Systemen auswirkt. Es
muß vielmehr um eine gerechte und
überlegte Koordinierung, in deren
Rahmen die freie Initiative der einzel-
nen Personen, der unabhängigen
Gruppen, der örtlichen Betriebe und
Unternehmen garantiert sein muß,
gerungen werden. Vor allem ist es wich-
tig, daß die Betroffenen selbst gehört
werden und nach Möglichkeit zustim-
men können.

3. Wege der gerechten Arbeits- teilung

Die katholische Soziallehre kann nur
Orientierungshilfen anbieten. Die Kir-
che beteiligt sich an der Diskussion mit
der Sachkompetenz einzelner Christen,
ihrer Gemeinschaften oder Einrichtungen.
Niemand beansprucht Unfehlbar-
keit, man möge aber ersten Willen
und ehrliches Engagement zugestehen.
Kein Modell wird jeder Situation ge-
recht, es müssen verschiedene im Blick
behalten werden.

Im einzelnen geht es in der Diskussion
um die Fragen

- des Verzichts auf Doppelverdienste
(ein Arbeitnehmer hat mehrere Ein-
kommen),
- des Abbaues von Überstunden,
- der Reduzierung zu hoher Einkom-
men,
- der generellen Arbeitsverkürzung
(mit und ohne Lohnausgleich),
- der Verkürzung der Lebensarbeits-
zeit (Aktion 57...),
- der Urlaubsverlängerung,
- der Möglichkeiten, die gleitende
und flexible Arbeitszeit sowie die
Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen
eröffnen,
- der Schaffung neuer Arbeitsmög-
lichkeiten usw.

Es gibt viele praktische Schwierig-
keiten, aber wohl auch noch mehr Mög-
lichkeiten, als sie derzeit gesehen oder
gewollt werden, wie zum Beispiel die
Aufteilung eines Arbeitsplatzes auf ein
Ehepaar.

Heftig ist die Diskussion, ob eher die
Frau zu Hause bleiben soll. Zumindest
muß der Diskriminierung der „Nur-
Hausfrau und Mutter“ Widerstand ge-
leistet werden. Es ist zu bedenken, daß
viele Frauen Unsicherheit bezüglich ih-
rer eigenen Ehe spüren und durch ihre
Berufstätigkeit eine Absicherung an-
streben.

Die Arbeitszeitverkürzung ist ebenfalls
vielschichtig: Es ist zu prüfen, ob
durch die Arbeitszeitverkürzung nicht

neuerdings Arbeitsplätze vernichtet werden. Ferner ist zu fragen, wieweit die Kosten der Arbeitszeitverkürzung nicht auch solidarischer verteilt werden müssen. Verkürzte Arbeitszeit wirkt auch viele Freizeitprobleme auf, es scheint mir besser, wenn die Verkürzung auf die einzelnen Wochentage verteilt wird.

Über solche Fragen muß geredet werden, offen und vorurteilslos, ohne daß mögliche Lösungen vorzeitig verworfen würden.

4. Arbeitsteilung in globaler Perspektive

Solidarische Arbeitsteilung christlich verstanden schließt auch die Gastarbeiter und die Probleme der Dritten Welt mit ein. Deshalb sind Lösungen abzulehnen, die die Arbeitslosigkeit exportieren.

Anzustreben ist mehr denn je die internationale Zusammenarbeit. Z.B. mußte die Frage der generellen Arbeitszeitverkürzung international diskutiert und einvernehmlich gelöst werden. Gerade in der Frage der internationalen Zusammenarbeit könnte die Kirche in verstärktem Maße Wegbegleiter sein.

Das Stichwortkonzept von Bischof Weber wurde von der Redaktion bearbeitet.

DISKUSSION

Kernasenko: Ich habe den Eindruck, die Menschen haben heute verlernt, in freiwilligen Kategorien zu denken. Wir erwarten immer Patentlösungen von der Obrigkeit, vom Staat, von der Gesellschaft, und trauen uns als Menschen, als verantwortliche Geschöpfe Gottes, gar nichts mehr zu.

Nohle: Gegen das Solidaritätsprinzip, das den Überlegungen über die Bewältigung der Arbeitsprobleme zugrunde liegt, ist — sowohl aus christlicher wie aus allgemein humanistischer Sicht — nichts einzuwenden. Als wichtig erscheint mir aber auch, daß die Leute nicht nur im Bereich ihrer Arbeit Leistungsprinzipien aufstellen, Leistungs- und Vergleichsmöglichkeiten sichern, sondern auch im Bereich ihrer Freizeit. Im kulturellen Sektor sind weite Bereiche zu finden, in denen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, der Selbstbestätigung, der Leistungsreflexion geboten werden können.

Reisinger: Ich stehe als Arbeiter den kirchlichen Bemühungen um die Arbeiterschaft skeptisch gegenüber. Die Kirche hat immer viel gesagt, geschehen ist wenig. Als die ersten katholischen Arbeiter- und Bildungsvereine entstanden sind, haben sie wenig Unterstützung von seiten der Kirche er-

fahren. Der Arbeiter war immer ein Stiefkind der katholischen Kirche. — Wenn zudem von der Moral in der Arbeitswelt gesprochen wird, muß ich sagen, daß dort, wo es um das Geld geht, auch die Moral weg ist; wenn die Unternehmen von vornherein dem Arbeitnehmer einen gerechten Anteil an dem Verdienst gezahlt hätten, wären niemals multinationale Konzerne entstanden.

Wohlmuther: Ich bin Arbeiterbetriebsratsobmann eines Unternehmens, das alle diese Höhen und Tiefen, von denen hier gesprochen wird, erlebt. In unserem Betrieb praktizieren wir das Teilen, von dem hier gesprochen wird, seit einem Jahr; das größte Problem dabei ist das ehrliche Teilen, das gerechte Teilen.

Bischof Weber: Freiwilliges Teilen steht immer unter dem Vorbehalt, daß man eine Predigt losläßt, zu der die Leute mit dem Kopf nicken, „Vergelt's Gott“ sagen, und nichts ändert sich. Die Angst, als idealistischer Dummkopf angesehen zu werden, ist oft allzu groß. Aber man kann auf diesen moralischen Impuls nicht verzichten, und viele brechen heute in der Tat aus dem Netz des Egoismus aus. Gerade junge Leute versuchen heute, neue Lebensformen, Wohnformen usw. zu verwirklichen. Die Unruhe ist da. Freiwillig etwas tun können, ist letzten Endes auch ein religiöses Problem: Wenn ich das Gefühl habe, ich muß dieses Leben ausschöpfen bis zum letzten Tropfen, weil es sonst nichts mehr gibt, dann werden auch der Idealismus und die Freiwilligkeit zu kurz kommen. — Was die Arbeiterschaft betrifft, so handelt es sich bei dem Verhältnis zwischen Kirche und Arbeiterschaft um eine der großen Tragödien, die ihre Wurzeln im vorigen Jahrhundert hat. Es ist sehr schwierig aufzuzurechnen; wir sind bemüht, von einer Bauern- und Bürgerkirche — wie es oft den Anschein hat — auch zu einer Arbeiterkirche zu werden. Wir müssen heute mitbeulen und mitteilen mit dem Pendler, der um drei Uhr früh nach Wien fährt, dessen Betrieb geschlossen wird, der Sorgen um seinen Arbeitsplatz hat. — Was das Teilen heute so schwierig macht, ist der Umstand, daß es eine Grundscheide des Teilens geben muß, daß sich das nicht allein mit gesetzlichen Maßnahmen machen läßt. Um die persönliche Gesinnung, auch um die Frage: Haben meine Kinder von mir teilen gelernt? kommen wir nicht herum.

Wimmer: Wenn wir über Arbeit und Teilen grundsätzlich nachdenken, so könnte es sein, daß wir auch gründlich umdenken müssen. Dazu aber könnte gehören, daß diese enge Bindung von Arbeit und Menschenwürde, die auch in Laborem Exercens drinnen ist, gelockert werden muß. Denn hat jemand, der seine Arbeit verloren hat,

wirklich seine Menschenwürde verloren? Man sagt ihm ja dauernd, daß dies so sei. Gibt es nicht auch eine zerstörerische Kraft der Arbeit? Gibt es nicht sinnlose Arbeit? Warum haben wir so viele Aussteiger? Auch bei der Frage der Arbeit um jeden Preis liegt ein Problem. Hier schließen auch moralische Forderungen — man denke an die Panzerproduktion — an.

Schlicher: Häufig wird wirklich so getan, als ob jeder, der nichts arbeitet, auch nichts wert sei: der Arbeitslose, der Behinderte, die Hausfrau, jene, die aus anderen Gründen ausscheiden. Der Wert wird nicht über den Sinn der Arbeit, sondern über die Tatsache der Entlohnung empfangen. Die enge Verknüpfung von Arbeit und Menschenwürde schlägt also häufig ins Gegenteil um. — Das Reglement der Funktionäre, das heute ohnehin allenthalben dominiert, wird — diese Gefahr sehe ich — nunmehr auch noch auf das Teilen erstreckt. Wäre es in der Ratlosigkeit, welche die gegenwärtige Situation kennzeichnet, nicht sinnvoller, mehr Freiheit in der Gestaltung walten zu lassen? 700.000 Deutsche würden Teilzeitarbeit bevorzugen, wenn man die widrigen Bestimmungen beseitigen würde. Ich kenne viele Lehrer und Lehrerinnen, die sofort bereit wären, zu einem großen Teil Teilzeitarbeit zu leisten. Auch solche flexiblen Regelungen scheinen mir ein neuer Umgang mit der Freiwilligkeit zu sein.

Bernhard: Viele, die bereit sind, ihren Arbeitsplatz zeitweilig zu räumen, sind der Erfahrung ausgesetzt, daß es ungeheuer schwierig ist, später wieder den Weg zurück in die Arbeitswelt zu finden; dies betrifft etwa jene Frauen, die daheim geblieben sind, um ihre Kinder zu erziehen, die aber später nicht wieder Arbeit finden. Ich würde vorschlagen, daß die katholischen Kindergärten und Schulen modellhaft vorangehen könnten mit Teilzeitregelungen, sodaß dabei klar würde, daß Kinder darunter nicht leiden, daß jene Frauen, die ihrer Familie zuliebe einige Jahre zu Hause bleiben möchten, darunter nicht zu leiden haben.

Zifkovits: Überall besteht das Problem, daß man einen Wert verabsolutiert, und auch mit der Arbeit ist dies der Fall. Allzu lange hat das Kapital regiert, das wenig Rücksicht auf die Arbeit nimmt. Aber ich möchte nicht — und das möchte ich auch dem Kollegen Schlicher sagen — ich möchte nicht als Professor an der Universität, der um seinen Arbeitsplatz keine Sorgen haben muß, jenen, die darum bangen müssen, sagen, sie sollen ihre Arbeit nicht allzu sehr an die Menschenwürde binden.

Watzinger: Vieles von dem, was gesagt wurde, hat mit all jenen Problemen zu tun, mit denen wir in den Betrieben seit Jahren kämpfen: Fragen der Humanisierung des Arbeitsplatzes. — Aber

was die verfügbaren Arbeitsplätze betrifft, so sollte man auch überlegen, ob es wirklich so unmöglich sein sollte, die Jugendlichen einen produktiven Arbeitsdienst — mit einem einfachen Leben, mit wenig Gehalt — machen zu lassen. — Schließlich möchte ich auch noch vorschlagen, daß der zuständige Seelsorger ein- oder zweimal im Jahr in die Betriebe gehen sollte, zuschauen bei der Arbeit, plaudern mit den Arbeitern — das könnte das gegenseitige Verständnis vertiefen.

Bischof Weber: Freilich ist die Verkopplung von Menschenwürde und Arbeit, von Leistung und Selbstverständnis ein Problem; es gibt auch den wehmütigen Traum des Nichtstuns. Man soll die Bindung schon lockern; aber so kann man das einem Arbeitslosen nicht sagen. Schließlich geht es auch um den einzelnen konkreten Menschen, wie er in meine Sprechstunden kommt, auf der Suche nach einem Arbeitsplatz.

Wegart: Am 13. Oktober 1929 gab es den berühmten Börsenkrach in New York. Österreich hat am 13. Oktober 1929 eine Million Beschäftigte gehabt, zweieinhalb Jahre später waren davon 557.000 arbeitslos oder ausgesteuert. Das ist wie ein Steppenbrand über uns hereingebrochen. Was wir heute erleben, ist eher ein langsamer, schleichernder Prozeß. Die Mikroprozessoren vernichten die Arbeitsplätze, jene, die von der Aktion 57 betroffen sind, fallen jählings auf die Hälfte ihres Gehaltes zurück — mit all den Konsequenzen für die Familie —, manche Orte der Obersteiermark sterben aus, Österreich — so die Prognosen — wird in 35 Jahren nur noch 5½ (statt 7) Millionen Einwohner haben, Jugendliche, die nach dem Schulabschluß keinen Posten finden, äußern Selbstmorddrohungen. Man soll niemals glauben, daß solche Ereignisse wie in den dreißiger Jahren nicht wiederkommen könnten. Wir sollten das nicht dramatisieren, aber wir sind verpflichtet, nach Antworten zu ringen. Wir werden z.B. in unserem Landesbeamtengesetz, das wir beraten — und auch der Landeshauptmann ist dieser Meinung —, einen Schritt in die Richtung der geäußerten Vorschläge machen: Wir werden die Teilzeitarbeit gesetzlich verankern.

Puntigam: Ich bin auch skeptisch, was den Appell zur Freiwilligkeit angeht. Wenn etwa eine Frau sagt, sie weiß nicht, wie lange ihre Ehe hält, sie kann es sich nicht leisten, ihre Existenzgrundlage aufzugeben, wird das Teilen schwierig. Wenn aber jemand zum Teilen bereit ist, hat er keinerlei Garantie dafür, daß er dann, wenn die Situation anders ist, nicht unter die Räder kommt. — Weiters haben wir sozialrechtliche Rahmenbedingungen, die darauf ausgerichtet sind, daß jemand bis zum Schluß berufstätig gewesen

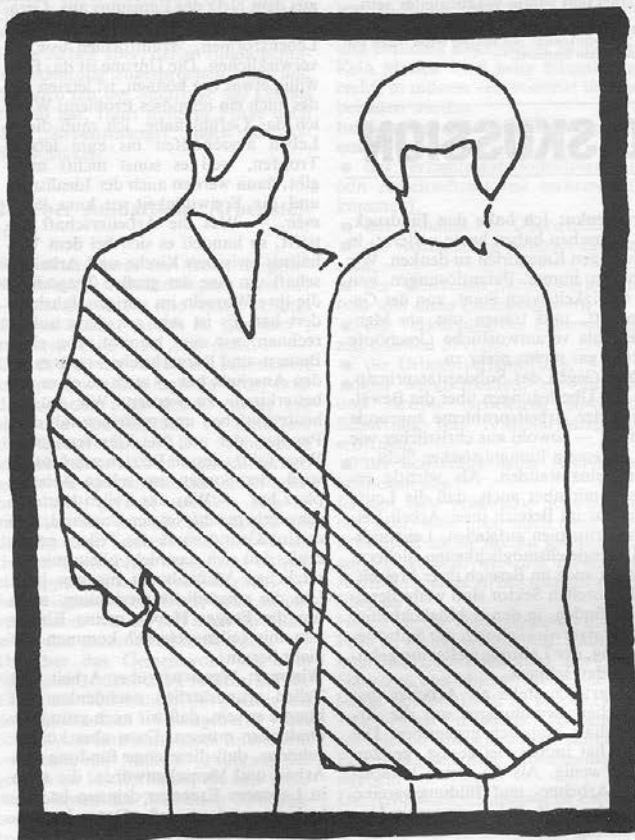
sein muß, um eine Pension zu bekommen. Wenn in Österreich — anders als in der BRD mit der ewigen Anwartschaft — einer seine Arbeit aufgibt, dann gibt er nicht nur sein derzeitiges Einkommen auf, sondern auch seinen Pensionsanspruch.

Dropper: Die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen wirkt, im Vergleich mit anderen, die dann mehr verdienen, schon manche Gerechtigkeitsprobleme auf. Ungleichheiten bestehen aber auch anderswo: Mit 57 Jahren gehen ja wiederum jene in Pension, die Maurer, Briefträger, Aufräumer sind; wenn man sich aber die Partezettel in der Zeitung anschaut, wundert man sich nur, was die 65- und 70-jährigen noch alles für Funktionen gehabt haben. Mit 57 in Pension zu gehen, das begrüße ich, aber dann für alle.

Ein weiterer Diskutant: Daß „man“ den Arbeitsplatz teilt, geht viel leichter, als daß „ich“ den Arbeitsplatz teile. Übrigens habe ich der Zeitung entnommen, daß Politiker der Meinung sind, daß die wichtigste Qualifikation für diesen Beruf nicht Sachkompetenz, sondern Organisationstalent ist; wenn man für den Politikerberuf also gar

nicht viel Ausbildung mitbringen muß, wäre das ein Arbeitsplatz, der am leichtesten zu teilen wäre.

Bischof Weber: Vermutlich müssen viele Regelungen im Gesetzesgebäude geändert werden, wenn wir eine neue Gestalt der Arbeit verwirklichen wollen. Ich glaube durchaus, daß bei den Arbeitszeitmaßnahmen Ziele der Solidarität zum Tragen kommen sollen, daß also Lasten möglichst gleich verteilt werden sollen. Die Beispielwirkung eines „Törichtens“ — so meine ich — kann doch größer sein, als man zunächst glaubt. Dies betrifft auch unsere Einstellungen; der Arme braucht in besonderem Maße die Gewißheit, erwünscht zu sein, und dies gilt auch für den Arbeitslosen. Wenn das Problem der Arbeitslosigkeit hinüberkippt in ein verbreitetes Gefühl, daß die Arbeitslosen nicht erwünscht seien, wachsen soziale Gefahren herauf. Da schließen auch die tiefsten Lebensfragen an: Wovon lebt man eigentlich und wohin läuft das Ganze? Dies betrifft unsere Probleme vor der eigenen Tür, aber vor allem auch — und das sollte man nicht übersehen — die weltweite Situation.



ARBEITSMARKTPOLITIK FÜR DIE 80er JAHRE

Eine Skizze der arbeitsmarktpolitischen Perspektiven der nächsten Jahre und Jahrzehnte muß sich mit der wirtschaftspolitischen Ausgangslage und den beschäftigungspolitischen Prognosen, mit dem Begriff der Vollbeschäftigung und seinen verschiedenen Interpretationen sowie mit den diversen arbeitsmarktpolitischen Strategiemustern zur Krisenbewältigung beschäftigen; daraus ergibt sich die grobe Gliederung meiner nachfolgenden Überlegungen.

1. Die Ausgangslage

Eine kurze Skizze der Ausgangslage der arbeitsmarktpolitischen Situation muß an den offenen und den noch verdeckten Problemen der vorherrschenden Industriekultur ansetzen. Diese Kultur gerät zunehmend in eine massive Krise, die sich unter anderem niederschlägt in Erscheinungen und Problemen wie der anhaltenden offenen und verdeckten Massenarbeitslosigkeit, der teilweise Über- und/oder Unterbeschäftigung der noch Beschäftigten, suboptimalen Kombinationen von zu erledigenden Aufgaben und dabei eingespannten Arbeitskräften und -plätzen, ungleichen Teilnahmemechanismen am Erwerbsleben zwischen den Geschlechtern, den Generationen, den Qualifikationen, den Vollzeit- und Teilzeitkräften, den Regionen und Nationen, den neuen Herausforderungen des technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels mit sich erheblich verändernden Rahmenbedingungen, dem Wertwandel und der Sinnkrise innerhalb konventioneller Wachstums- und Wohlfahrtsgesellschaften, der weiteren harten Stigmatisierung von nichterwerbswirtschaftlichen und arbeitsvertraglich eingebundenen Arbeitsarten, wie zum Beispiel Lern-, Erziehungs-, Haus- und Eigenarbeit im weiteren Sinne.

Eine Milliarde Arbeitsplätze

Die Herausforderung Massenarbeitslosigkeit ist demnach gewissermaßen nur die Spitze eines Eisberges, dessen Dimensionen vielerorts weit unterschätzt wurden. Wie dramatisch und prekär dieses Krisenphänomen allerdings ist, läßt sich eindrucksvoll in einer Zahl zusammenfassen, die kürzlich der Generaldirektor des internationalen Arbeitsamtes in Genf nannte: nämlich

den Bedarf von einer Milliarde neuer Arbeitsplätze in der Welt bis zum Ende dieses Jahrhunderts, eine Zahl, eine Herausforderung, die schwer faßbar und erfaßt wird! Bei der Akzeptanz oder Nichtakzeptanz dieses Befundes spielen sicherlich auch grundsätzliche methodische Gesichtspunkte hinsichtlich der Aussagefähigkeit und -kraft des prognostischen Instrumentariums eine gewisse Rolle, so daß an dieser Stelle einige kurze grundsätzliche Anmerkungen zur Prognostik geboten erscheinen.

Prognosen

Grob gegliedert lassen sich folgende vier Ansätze der Zukunftsvoraussage unterscheiden:

- *die einfache Projektion* — z. B. eines bestimmten Trends — auf der Basis einer Trendfortschreibung unter bestimmten „wenn-dann-Annahmen“: wenn sich alle entscheidenden Variablen weiterhin so verhalten, wie gehabt, dann ist mit folgendem Ergebnis oder mit folgender Entwicklung zu rechnen;

- *die Alternativprojektion* — z. B. im Rahmen eines bestimmten Trendkorridors — auf der Basis einer Trendfortschreibung unter bestimmten eingegrenzten „wenn-dann-Ausnahmen“: wenn sich beispielsweise die Wirtschaftsentwicklung im Rahmen der alternativen unterstellten Wachstumsraten von null, zwei oder vier Prozent abspielt, dann hat das jeweils folgende Konsequenzen für die Arbeitsmarktbilanz und das Ausmaß an registrierter Arbeitslosigkeit;

- *die Zielprojektion*, bei der von einem bestimmten Ziel ausgehend, wie z. B. eine totale Beseitigung der registrierten Arbeitslosigkeit, die entsprechenden „dann-Annahmen“ im Rahmen eines entsprechenden Datenkranzes von Variablen geschätzt oder errechnet werden — z. B. auf das vorgegebene Ziel hieße das, daß x Prozent Wirtschaftswachstum unabdingbar zur Zielrealisierung notwendig wären;

- *die Prognose* im eigentlichen Sinne als eine Zukunftsaussage über ein zukünftiges Ereignis oder eine zukünftige Entwicklung mit einer Wahrscheinlichkeitsangabe für das Eintreten des Ereignisses oder der Entwicklung: mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit ist morgen mit Regen zu rechnen.

Wie diese kurze methodische Zusammenfassung

menschau bereits erkennen läßt, bleibt das Geschäft der Projektion oder Prognose mit vielen Unwägbarkeiten und Unsicherheiten behaftet, wobei außerdem eins nicht aus dem Blickfeld verloren gehen darf: die Zukunft ist in der Regel das, was wir aus ihr machen!

Zukunftsvarianten

Bezogen auf die „Zukunft der krisengeschüttelten Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaften reifer Industriekulturen“ ist das Spektrum der gehandelten Entwicklungen zwar beachtenswert, aber nicht selten verhältnismäßig begrenzt, da man in konventionellen Denkschablonen verhaftet bleibt. Eine kleine Auswahl aus diesem Spektrum soll das veranschaulichen: Beginnend mit den Extrempolen gibt es zum einen die Variante der linearen Weiterentwicklung der Arbeitsgesellschaft auf der konventionellen Wachstumsschiene mit dem Wirtschaftswachstum als dem Universalproblemlöser, und zum anderen die Variante des pessimistischen „no future at all“ mit der unabänderlichen, absehbaren Apokalypse des zum Kollabieren verurteilten Systems. Dazwischen lassen sich die verschiedensten Varianten von Zukünften bei x Prozent Wirtschaftswachstum und entsprechenden x Prozent Arbeitslosigkeit ausmachen, denen allen eins gemeinsam ist: die Erwerbsarbeit bleibt Gravitationspunkt der Gesellschaft und der individuellen Lebensplanung und -gestaltung und soll es auch bleiben!

2. Vollbeschäftigung

Damit läßt sich bereits überleiten zum Vollbeschäftigungspostulat und seinen verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten in unterschiedlichen Konstellationen: Rugin unterscheidet zwei Vollbeschäftigungskonzepte, nämlich erstens die *natürliche Vollbeschäftigung*, die sich im Rahmen eines normalen Funktionierens der Volkswirtschaft auf dem Arbeitsmarkt einstellt, und zweitens die *künstliche Vollbeschäftigung*, die durch mehr oder weniger intensive staatliche Interventionen ins Erwerbssystem geschaffen wird. Eine andere Spezifikation von Vollbeschäftigung mit individuellem Bezug verwendet Francis Blanchard vom internationalen Arbeitsamt, der das Ziel der Vollbeschäftigung in einer Assoziationszusammenhang mit einer klassischen Erwerbsbeteiligung stellt, die sich unter anderem charakterisieren läßt durch:

- ein für den Lebensunterhalt zentrales Arbeitseinkommen,
- ein Beschäftigungsverhältnis in der Form der Vollzeitarbeit von der programmierten Berufseinstimmung bis

Keine Wundermittel

Alle diese Strategiemuster in einer puristischen, eindimensionalen Anwendung dürften jedoch kaum zum erhofften Erfolg führen:

- Mit Wirtschaftswachstum allein und im absehbaren Umfang lassen sich die arbeitsmarktpolitischen Probleme von heute und morgen nicht lösen.

- Künstliche Beschäftigungsprogramme haben gleichermaßen nur einen begrenzten Entlastungseffekt.

- Mehr Markt für Arbeit und ein Erwerbssystem mit einer Vielfalt von praktizierten Erwerbsbeteiligungsformen — angefangen von den sogenannten „neuen Selbständigen“ bis hin zum Job-Sharing und Gruppenarbeitsverhältnissen — mag zwar eine Fülle von Verkürzungen mit beschäftigungsbremsenden Wirkungen aufbrechen — läßt sich aber kaum schnell umsetzen oder durchsetzen.

- Das Drehen an der Produktivitätsschraube ist im internationalen Wettbewerb nur bedingt anwendbar, denn wir sind zum technischen Fortschritt „verurteilt“.

- Der Spielraum genereller Arbeitszeitverkürzungen auf der Basis der Aufteilung der Tarifverhandlungsergebnisse weg vom Lohn, hin zur Freizeit ist bei geringen Abschlußergebnissen nicht sehr groß. Außerdem fürchten nicht wenige direkt oder indirekt die Arbeitszeitverkürzung als ein Schritt in Richtung des Zurückdrängens des Primats der Erwerbsarbeitsgesellschaft mit ihren gewaltigen, wenn auch sublimen Ansprüchen der sozialen Kontrolle ihrer Gesellschaftsmitglieder über etablierte Zeitordnungssysteme. Die Frage nach der Neuverteilung von Freizeit und Muße ist eine Systemfrage, der man gern ausweicht, indem man sie in die Frage nach der sinnvollen Freizeitverwendung ummünzt, wobei man jedoch u. a. den Teilaspekt „Arbeitslosigkeit als Zwangsfreizeit“ gerne unter den Tisch fallen läßt.

- Obgleich die Arbeitsflexibilisierung eine Perspektive ohne Alternative darstellt, beinhaltet auch sie nicht ein Universalproblemlösungsmittel. Ihr flankierendes Problemlösungspotential liegt zur Zeit einerseits darin, jenen, die heute Arbeitszeit und Arbeits-einkommen nach eigenen Wünschen zur Verfügung stellen wollen, diese Möglichkeit zu bieten — ihre Überbeschäftigung sowie Beschäftigungs-suchenden zu offerieren. Andererseits ist sie eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung zur Überwindung bestehender erstarrter Strukturen und Wertvorstellungen ohne weitere Wandlungsmöglichkeiten.

Wie man es drehen und wenden mag, das krampfhafteste Festklammern an einer Universalwundermedizin gegen alle Übel des Erwerbssystems führt in die Sackgasse.

Flexibilität und Solidarität

Akzeptiert man diese Schlußfolgerung, ergibt sich daraus u. a.:

- die Notwendigkeit der tausend kleinen Schritte auf dem Weg zu einem neuen Gleichgewicht zwischen der Gesellschaft und ihren Mitgliedern und dem System der Erwerbsarbeit, und damit eine Politik weg vom Entweder-oder und hin zum Sowohl-als auch in einem angemessenen Mixtum;

- die Notwendigkeit flexibler, pluralistischer Lösungsansätze mit mehr individuellen Wahlmöglichkeiten und damit einer größeren Rücksichtnahme auf spezifische individuelle Verhältnisse, Wünsche, Zwänge und Konstellationen;

- die Notwendigkeit einer neuen Balance der Wertigkeiten aller Arten von Arbeit — damit eines Abbaues der Stigmatisierung der nichterwerbswirtschaftlichen Arbeitsarten, wie z. B. Haus-, Erziehungs-, Lern- oder Eigenarbeit im weiteren Sinne;

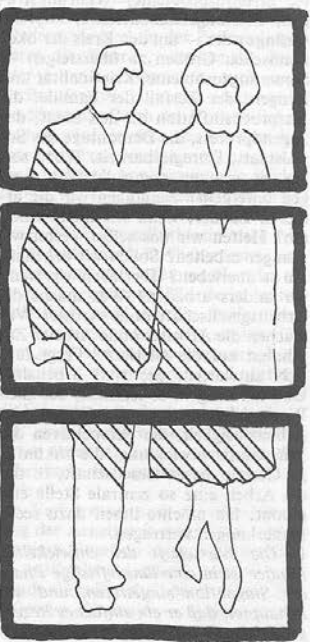
- die Notwendigkeit eines neuen allgemeinen Konsens über die Weiterentwicklungsziele der Gesellschaft und ihrer Mitglieder auf dem Wege zu einer postindustriellen Gesellschaft mit Toleranz und Solidarität und Respekt vor dem Subjekt Mensch;

- die Notwendigkeit guter Vorbilder und Leitbilder, die die neuen Werte — z. B. das „Desertieren der Männer in die Familie und damit deren Teilnahme an der Bewältigung familiärer Pflichten“ im Rahmen von Job-Sharing oder Vaterschaftsurlaub — beispielhaft vorleben, wie vor einiger Zeit der schwedische Generalpostmeister, der Vaterschaftsurlaub nahm und damit der schwedischen Öffentlichkeit auch demonstrierte, wie sehr ihm Teilhabe an der Erziehung seines Kindes und Teilzeitarbeit seiner Frau am Herzen lag,

- die Notwendigkeit echter Solidarität in überschaubaren Grenzen bei weitergehendem Verzicht auf das Schwarz-Peter-Spiel gemäß der Formel „Wir verzichten nicht! — Wir fordern mehr!“ — nimmt also von denen, die sich noch etwas abnehmen lassen?

Abschließen und zusammenfassend bleibt also festzuhalten: die Ausgangslage ist mehr als ernst. Wenn die Zukunft das ist, was wir aus ihr machen, müssen wir uns auch vorurteilsfrei mit unseren neuen oder alten Zielen und den dafür angemessenen Wegen der Zielerreichung auseinandersetzen. Und damit ist man wohl „beim schwierigsten Problem unserer Situation, nämlich daß es kein vorwiegend wirtschaftliches, sondern ein geistiges ist: Die Bereitschaft zu wecken zum Denken, zum Nachdenken, Umdenken und Vorausdenken. Was wir z. B. erleben, ist keine schicksalhafte, unabänderliche Wirtschaftsdepression. Es ist überwiegend eine von Menschen gemachte und

damit auch von Menschen veränderbare geistige „Krise“. Die beste Arbeitsmarktpolitik bleibt sinn- und erfolglos, wenn sie nicht geistig mitgetragen wird.“ Dieser leicht modifizierte Schlußfolgerung aus der Feder zweier führender Vertreter der Industrie- und Handelskammer zu Kiel ist nur noch folgendes hinzuzufügen: Starrheit und Erstarrung beinhalten kein erfolgsversprechendes Programm der Zukunftsbewältigung — Flexibilität im weitesten Sinne, auch im Hinblick auf neue Wege und Ziele der Lebensplanung und -gestaltung und damit gleichermaßen von Leben und Arbeiten ist ein Gebot der Stunde zur Weiterentwicklung der Gesellschaft und der Arbeitsgesellschaft in der Krise.



ARBEIT FÜR ALLE

Die österreichische Problemlage

Arbeit für alle — das wäre nun freilich genau das, was wir brauchen. In diesen wundersamen Zeiten, in denen es viel zu tun gibt und dennoch viele „arbeitslos“ sind; in denen wir uns davor fürchten, daß uns Maschinen bei der Arbeit helfen; in denen wir in einem historisch unvergleichlichen Luxus schwelgen und uns doch zunehmend „arm“ fühlen; — in diesen sonderbaren Zeiten ist das Verhängnis einer weltweiten Wirtschaftskrise über uns hereingebrochen und läßt uns nur noch mit Besorgnis über die „Zukunft der Arbeit“ sprechen.

Die rosafarbenen Visionen einer postindustriellen Gesellschaft verblasen, der graue Alltag hat uns wieder; was von den technokratischen Träumen verbleibt, ist bloß die Furcht vor der ominösen Chiffre 1984. Die Alltagsmeldungen aber verkünden uns triste Konkurrenz, Entlassungen, Defizite, Arbeitslose. Zuweilen scheint es sich zu erübrigen, von der „Zukunft der Arbeit“ zu sprechen — sie hat ja keine Zukunft mehr. — In dieser Stimmung

ließen sich gnußvolle Apokalypsen malen, prächtige und lebensvolle Gemälde des Untergangs — Budgetdefizite, Strukturprobleme, Währungsfragen, Leistungsbilanzdefizite, Ölpreissprünge oder — um den Kreis der ökonomischen Größen zu übersteigen — Steuerungsprobleme, Kriminalität und Drogen, der Zerfall der Familie, die Anspruchsinflation an den Staat, der Jugendprotest, die Demontage des Sozialstaats, Unregierbarkeit. Wozu sollen wir arbeiten, wenn die Welt morgen untergeht? Schädigen wir die ärmeren Länder, wenn wir mehr arbeiten? Helfen wir uns selbst, wenn wir weniger arbeiten? Sollen wir arbeiten, um zu überleben? Überleben wir, wenn wir anders arbeiten? Was macht die Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit? Was machen die Arbeiter ohne Arbeit? Zumindest auf die allerletzte Frage läßt sich antworten: Sie sind arbeitslos. Und darum geht es letztlich, bei allen Wortspielereien: um die Gründe der Arbeitslosigkeit, die Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung, die zukünftige Gestalt dieser Gesellschaft, in der die Arbeit eine so zentrale Stelle einnimmt. Ich möchte ihnen dazu sechs Bemerkungen vortragen.

1. *Die Wirtschaft der entwickelten Länder ist in eine längerfristige Phase der Stagnation eingetreten, und wer behauptet, daß er ein einfaches Rezept gegen die Arbeitslosigkeit in der Ta-*

sche habe, der sagt die Unwahrheit.

Die OECD berichtet in ihrer letzten Jahresübersicht, daß in den Mitglieds-ländern mehr als 30 Millionen Arbeitslose zu verzeichnen seien; wenn die Wirtschaft im nächsten Jahr, worauf man hofft, Wachstumsraten von 1½ bis 2% erreicht, würde sich diese Zahl in Europa allein nur noch jedes halbe Jahr (1) um eine Million Menschen vermehren. In Österreich wurde das vorletzte Jahr mit 0% Wachstum und 2,4% Arbeitslosen, das letzte mit rund 1% Wachstum und 3,7% Arbeitslosen abgeschlossen; für das laufende Jahr hofft man auf ein halbes oder ganzes Prozent Wachstum und auf eine Arbeitslosenrate von „nur“ gut 4½% — das sind mehr als 120.000 Arbeitslose. Auch für Österreich gilt freilich, daß sich vorderhand nicht die wirtschaftliche Entwicklung, sondern bloß der wirtschaftliche Optimismus belebt — so erfreulich die gute Stimmung, die sich auf Wachstumshoffnungen der BRD und der USA sowie auf das sinkende Zinsniveau gründet, auch ist, so wenig kann man von Stimmungen leben. Denn ein genauer Blick enthüllt, daß auch die erfreulichsten Kennziffern der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs zum Teil auf jenem Glück beruhen, das entweder dem Tüchtigen oder dem Dummen zukommt: Nicht intelligente Produkte haben das Wachstum des Vorjahres erzeugt, sondern enorme Zuwächse der Land- und Forstwirtschaft; nicht Strukturverbesserungen haben die Leistungsbilanz saniert, sondern der warme Winter und der Verfall der Ölpreise. Es hieß sich in die eigene Tasche zu lügen, wenn man rasche Erfolgsmeldungen als Bewältigung der traditionellen österreichischen Wirtschaftsprobleme ansehen würde; schließlich soll man sich auch von Wahlkampfgegs — den bekannten Investitionsprogrammen, die so ungeheuer viele Arbeitsplätze schaffen sollen — nicht verwirren lassen.

2. *Die globalen wirtschaftlichen Probleme schlagen sich in Österreich — und in noch verstärktem Maße in der Steiermark — nieder; ihre Struktur-schwächen lassen sich in der Feststellung zusammenfassen, daß die steirische Wirtschaft unterdurchschnittlich wachstumssträchtig und überdurchschnittlich krisenanfällig ist.*

Die österreichische Produktionsstruktur weist im Vergleich mit der deutschen einen überdimensionierten Basissektor, überdimensionierte Bau-

branchen und eine überdimensionierte Produktion traditioneller Konsumgüter auf; chemische Industrie und technische Verarbeitungsprodukte sind eher schwach vertreten. Die Steiermark weist gegenüber der österreichischen Struktur einen analogen Rückstand auf, hier kumulieren sich die Probleme der alten Industriegebiete, die Schwierigkeiten der ländlichen Abwanderungsgebiete und die Schwächen der Regionen an toten Grenzen. — Am Anfang dieses Jahres (Februar 1983) betrug die Arbeitslosigkeit in der Steiermark durchschnittlich über 8% (in Österreich 4½%), in einzelnen Bezirken — wie Leibnitz, Feldbach, Deutschlandsberg oder Murau — überstieg die Quote der Arbeitslosen 15%; die Jugendarbeitslosigkeit (zwischen 12 und 25 Jahren) erreichte nahezu 30%. Dies sind beachtliche Werte, die ein Ende mancher Illusionen bedeuten. Wir befinden uns nicht auf dem Rasplatz auf dem Wege zur Europareife, sondern am Abstellplatz der Zukunftsgesellschaft, am Weg zum europareifen Konkurs. Das warme Plätzchen in der Konjunktursonne scheint aber auch für die nächsten Jahre unerreichbar und die traurige Schar derer, die ungeschützt den Stürmen der freien Wirtschaftsgesellschaft preisgegeben werden, nimmt zu. In der Steiermark, so verkündet das von der Landesregierung im Vorjahr in Auftrag gegebene Gutachten, werden Ende der 80er Jahre selbst dann rund 30.000 Arbeitsplätze fehlen, davon mehr als ein Drittel in der Obersteiermark, wenn in den kommenden Jahren ebenso viele Arbeitsplätze geschaffen werden wie im vergangenen Jahrzehnt; damals hatten wir allerdings ein Wachstum von 4½%, jetzt hoffen wir auf 2%.

Zudem stößt der in den 70er Jahren erfolgreiche Weg — Ankurbelung durch Nachfragepolitik, Preisstabilisierung durch Hartwährungspolitik — an die Grenzen der staatlichen Verschuldung und der strukturellen Leistungsbilanzungleichgewichte. Der fabelhafte und erfolgreiche Trick, über die Billigimporte die Inflation zu bekämpfen, die keynesianische Politik unverdrossen fortzuführen und die Probleme im staatlichen Wirtschaftsbereich zu verschleiern, geht kein zweites Mal: Solange dem Zylinder des Zaubers keine intelligenten Produkte, sondern bloß Kaninchen aus Stahl und Papier entchlüpfen, behilft man sich mit einer Mixtur aus den verschiedensten Heiltränken der Wirtschaftstheorie. Sicher ist nur, daß die weltweiten Probleme bestehen bleiben: die neue internationale Arbeitsteilung, Währungs- und Unsicherheitsprobleme, Energiepreisanstiege und Ressourcenknappheit, ökologische Wachstumsgrenzen und partielle Sättigungserscheinungen, die Armut der unterentwickelten Länder und die Rüstungsproblematik —

ein Aufgabenkatalog, der uns viel Arbeit und wenig Arbeitsplätze verspricht.

3. Nur ein sicherer Arbeitsplatz ist ein guter Arbeitsplatz; mit der dauernden Angst im Nacken, daß Konkurs oder Entlassung drohen, kann man nicht in Würde leben und arbeiten.

Die Arbeitslosigkeit belastet die Gesellschaft auf verschiedene, oft nicht recht sichtbare Weise: Nicht von den finanziellen Belastungen ist dabei die Rede, sondern beispielsweise von der „Proletarisierung“ der jüngeren Generation, die in der Gesellschaft „no future“ sieht; von der erwachenden Feindseligkeit gegenüber Gastarbeitern, dem Erstarken der „Tschuschen-raus“-Bewegung; von den Konflikten zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen nach dem Motto „Rette sich, wer kann“, von den wechselseitigen Verdächtigungen, daß man sich um Randgruppen nicht schere, oder daß Arbeitslose ohnehin nur die Faulpelze der Nation seien. Eine solche Vergiftung des sozialen Klimas kommt zu den individuellen Leiden hinzu: zu dem verringerten Selbstwertgefühl von Arbeitslosen, ihren Identitäts- und Rollenkonflikten, ihrer Mischung von Apathie und Aggression, ihrer sozialen Isolierung und ihren familiären Konflikten, der Gefahr von psychosomatischen Erkrankungen, von Alkoholismus, Drogensucht, Kriminalität.

Die traditionellen Problemgruppen des Arbeitsmarkts — Unqualifizierte, Jugendliche, Frauen, Behinderte, Gastarbeiter, ältere Arbeitnehmer — werden besonders betroffen auch von der Verschärfung der Probleme wie der längeren Dauer und der steigenden Häufigkeit der Arbeitslosigkeit oder der Zunahme von entmutigten Arbeitssuchenden. Weit weniger sichtbar sind schließlich die Probleme der Unterbeschäftigung oder Überqualifikation, die Abnahme der Mobilität der Arbeitskräfte oder das weite Feld der „versteckten Arbeitslosigkeit“. — Man kann sich nicht damit trösten, daß es sich um jene Bevölkerungsgruppen handelt, die weniger zur Artikulation politischen Protests neigen; eine quantitativ bedeutende Arbeitslosigkeit ist ein schleichendes Gift und historische Erfahrungen werfen düstere Zukunftsschatten an die zerbröckelnden Gemäuer unserer Wirtschaftswunderwelt.

Nicht nur die Prognose, sondern bereits die Analyse ist schwierig: konjunkturelle, strukturelle, friktionelle, saisonale, säkulare, technologische, freiwillige, unfreiwillige Arbeitslosigkeit überlagern einander; und diesen Problemen kann man nicht mit sauberen Rezepturen, sondern nur mit einem pragmatischen Elektizismus — wie Kurt Rothschild vor einiger Zeit meinte — zu Leibe rücken. Ob Keynes oder Friedman, ob Reaganomics oder

Austrokeynesianismus — die Zeit der einfachen Gebrauchsanweisungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist vorbei.

4. Eines der in jüngster Zeit diskutierten unkonventionellen Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit lautet: Wir müssen Vollbeschäftigung durch mehr Freizeit sichern. Könnte uns nicht in der Tat etwas Schlimmeres passieren?

Freizeit ist ein durchaus begehrtes und knappes Gut, umso begehrter, je höher der Lebensstandard ist. Die Arbeitszeit ist in Österreich in zwanzig Jahren um 20% gesunken; wenn dies zudem ein probates Mittel zur Arbeitsplatzbeschaffung sein könnte, warum sollte dieser Weg nicht weiterhin beschritten werden?

Nun gilt es die Gegenargumente sorgfältig zu prüfen: 10% weniger Arbeit schafft nicht 10% mehr Arbeitsplätze. Die Wirkung vermindert sich durch verstärkte Rationalisierung, durch Überstunden, durch organisatorische Schwierigkeiten, durch die Steigerung der Arbeitsintensität. Aber wir können ja die bisherigen Fälle von Arbeitszeitverkürzungen prüfen, etwa die Verkürzungen von 45 auf 40 Stunden in den 70er Jahren; dabei ergibt sich, daß — in einem rascheren oder langsameren Anpassungsprozeß — solche Reduzierungen tatsächlich weitgehend in neuen Arbeitsplätzen ihren Niederschlag gefunden haben. Simulationsmodelle verschiedener deutscher Institute kommen auch für die gegenwärtige Situation zu positiven Arbeitplatzeffekten, meist sogar im Falle eines vollständigen Lohnausgleiches.

Nun ist es freilich keine uninteressante Sache, wer eine Arbeitszeitverkürzung bezahlt. Der eingetrocknete Kuchen des jährlichen Wachstums wird nicht so verteilt werden können, daß dem einen die Rosinen, dem anderen nur die Brosamen verbleiben. Die Unternehmen pflegen jede Zumutung einer Kostenbelastung mit dem Verweis auf die internationale Konkurrenzfähigkeit vom Tisch zu wischen — ein weitgehend übertriebenes Argument, das im Falle des internationalen Gleichschritts in der Arbeitszeitpolitik seine Berechtigung zur Gänze einbüßt. Andererseits ist auch den Arbeitnehmern ein solches Lohnopfer, wenn auch unter Beachtung unterschiedlicher Belastungsfähigkeit, zuzumuten: Wenn wir bedenken, daß die Reallohne im letzten Jahrzehnt immer noch um 50% gestiegen sind — und auch im Jahre 1972 mußten wir nicht am Hungertuch nagen — mögen Einbußen von 5% die heile Konsumwelt noch lange nicht zum Einsturz bringen. — Eine österreichische Untersuchung rechnet, daß eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde rund 50.000 Arbeitsplätze im Verlauf von drei Jahren schaffen würde; das sind immerhin fast zwei Pro-

zent der Beschäftigten in Österreich. Solidarische Arbeitsleistung bedeutet somit auch: Wir erhalten mehr vom begehrten Gut Freizeit und müssen keine Arbeitslosen- und Wohlfahrtsgelder mehr bezahlen. Sollte das Schlimmste, was uns bevorsteht, wirklich der „Zwang zur Freizeit“ sein?

5. Arbeit ist eine existenzielle menschliche Kategorie: Das ist weder ein Grund, sie hochzuhebeln noch sie zu verdämmen. Sie bietet Erfüllung und Entwürdigung, ist Notwendigkeit und Freiheit, erfordert Distanz und Engagement.

Mit Leuten, die nur ihren „Scheiß-Job“ verrichten, ist keine Wirtschaft zu betreiben und keine Gesellschaft abzustützen; dort sollten wir nicht landen, wenn wir eine Distanzierung von der Berufsarbeit propagieren, um den Arbeitslosen die Trennung zu erleichtern. Auf der anderen Seite sind wohl auch Leute, die ihre ausschließliche Lebenserfüllung, Würde und Selbstachtung aus einer stinkenden Fabrikhalle oder aus anöden Aktenordnern beziehen, eher bedauernswerte neurotische Gestalten; dort sollten wir nicht landen, wenn wir davon sprechen, daß uns die Arbeit erst „zum Menschen“ mache. Es ist die selbstbestimmte Tätigkeit, die es uns ermöglicht, sinnvoll zu leben, egal ob sie im Beruf oder in der Freizeit geschieht. Die Balance zwischen der Distanz zum Beruf und dem Engagement für die Arbeit hat freilich auch mit banalen Dingen zu tun: mit der Arbeitsplatzgestaltung, der betrieblichen Partizipation, der Arbeitsorganisation, der relativen Stellung zu anderen. Schließlich arbeiten wir auch in der Freizeit, tapezieren die Zimmer, waschen das Auto oder gehen auf Seminare; auch wenn die Berufsarbeit immer in einem gewissen Sinne das Reich der Notwendigkeit bleiben wird, in dem das weniger Angenehme getan werden muß, so geht es doch um eine Annäherung der beiden Kategorien von Tätigkeiten. Die Erhöhung der Arbeitsflexibilität erweitert dieses Reich der selbstbestimmten Aktivität und schafft Freiheitsräume, weil sie eine größere Verfügung über den eigenen Zeiteinsatz zuläßt; sie ist individualistisch, weil sie die Präferenzen des einzelnen voranstellt; sie ist effizient, weil sie einen Interessenausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern zuläßt. Warum sollte die Flexibilität, die wir als den größten Vorzug eines marktwirtschaftlichen Systems ansehen, ausgerechnet bei der Arbeitszeit ihr unabdingbares Ende finden?

Die Verkürzung und die Flexibilisierung der Arbeitszeit mögen einen Weg aus einer Situation bieten, den manche als „Wohlfandsfalle“, andere als „Ende einer Epoche“ beschreiben. Die defensive Strategie — Arbeitsverteilung als letztes Mittel vor dem sozialen

Desaster — könnte sich unter der Hand in eine *offensive* verwandeln: Arbeitszeitpolitik nicht nur aus einer moralischen Verpflichtung gegenüber den Nichtbesitzern von Arbeit, nicht nur als vernünftiges wirtschaftspolitisches Instrument zur Arbeitsplatzbeschaffung, sondern als *Verbesserung der Wohlsituation* für alle. Die mögliche Ambivalenz hat Ralf Dahrendorf beschrieben: daß die Arbeitsgesellschaft, wenn ihr die Arbeit ausgeht, zu einer verkommenden Gesellschaft der Untätigen wird — oder daß sie, weil stumpfsinnige Arbeit nicht mehr wie bisher nötig ist, Menschen den Weg zu einer selbstbestimmten, freien, sinnvollen Tätigkeit eröffnet. Somit liegt es an uns, an entsprechenden *individuellen und kollektiven Maßnahmen*, die gewünschten Wege zu beschreiben; die verworrenen Muster des Wandels vermag heute ohnehin kein Sozialwissenschaftler präzise zu entziffern. Aber im Nachdenken über unsere Zukunft produzieren wir sie auch, gestalten wir Möglichkeiten und Wege; darauf können wir hoffen.

6. *Die sich verschärfende Arbeitslosigkeit in einer Gesellschaft ohne Wachstum stellt jedoch auch die in den letzten Jahrzehnten ausgeprägten Verhaltensweisen und Lebensformen in Frage, insbesondere wenn man die weltweite Situation ins Auge faßt.*

In einer stagnierenden „Nullsummengesellschaft“, in der einer nur gewinnen kann, wenn dies zu Lasten eines anderen geht, könnten sich, wie manche befürchten, die Verteilungskonflikte verschärfen; der steigende Konkurrenzdruck beim Wettlauf um unvermehrbares (z. B. „positionelle“) Güter mündet in den aufflackernden Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen, Umweltschützern und Wachstumsfetischisten, Postmaterialisten und Status quo-Protagonisten. Freilich hilft uns auch eine Ideologie, die alle Interessengegensätze verdeckt, nicht weiter. Auch wenn wir alle in einem Boot sitzen, müssen wir uns darüber unterhalten, wer wann und wie lange zu rudern hat. Lasten, die uns die Wirtschaftskrise auferlegt, müssen von allen getragen werden; und erstaunlicherweise mögen sich manche Lasten — bei Lichte betrachtet — unter der Hand in *Vorzüge* verkehren. So ist es nicht ausgeschlossen, daß uns die Wachstumsabschwächung jene Atempause zugesteht, die erforderlich ist, um neue Strategien bei der Energie- und Nahrungsmittelproduktion, bei den Schadstoffemissionen und der Wasserversorgung, bei der Gestaltung der Lebenswelt und bei manch anderen ökologischen Themen einzuleiten. Die Krise könnte uns Dispositionsfreiheiten im Hinblick auf die Arbeitszeit zurückgewinnen lassen, und sie könnte uns — auf einem hohen Wohlstands-

niveau — mit mehr Freizeit versehen, die zur Eigenproduktion der entgangenen Güter benützt werden könnte. Dabei müssen wir nicht in eine Haltung verfallen, die zwischen Apokalypse und Neoromantik, zwischen der Anspruchsinfation und dem Lob des neuen Primitivismus schwankt; der biologische Schrebergarten ist auch in der grünen Steiermark kein verallgemeinerbares Produktionsmodell für eine moderne Industriegesellschaft. Aber Stagnation, Arbeitslosigkeit und Wachstumsgrenzen stellen auch unsere Lebensformen in Frage; und ob man nun von „Bewußtseinswandel“, von „Wertwandel“ oder — mit wissenschaftlicher Honorierkeit — von „moral suasion“ spricht: Im Wechselspiel von individuellem und kollektivem Verhalten müssen Ansprüche und Forderungspakete, Lösungsstrategien und Illusionen über Patentrezepte revidiert werden; dann sind auch Verzweiflung und Ohnmachtsgefühle — „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ — nicht angebracht.

Freilich schießen manche Utopien weit über vernünftige Ziele hinaus; von einer „schöpferischen Arbeitslosigkeit“ — wie Ivan Illich meint — kann wohl kaum die Rede sein; aber die Claqueure der etablierten Einfallsllosigkeit weisen uns auch nicht den Weg aus dem Dilemma. Da mag es nützlicher sein, zu den Klassikern zu greifen. „Ich gestehe“, so hat der durchaus marktwirtschaftlich gesinnte Ökonom John Stuart Mill im Jahr 1848 geschrieben, „daß mich nicht das Lebensideal der Leute bezaubert, die glauben, daß der Normalzustand menschlicher Wesen in dem fortwährenden Kampfe gegeneinander besteht, daß das Stoßen, Drängen, einander auf die Fersen Treten, das heute das Kennzeichen unseres gesellschaftlichen Zustandes ist, das wünschenswerteste Los der Menschen oder etwas anderes sei, als die unerfreulichen Abschnitte des gewerblichen Fortschrittes.“ Er prognostiziert vielmehr einen stationären Zustand der zukünftigen Volkswirtschaften und meint, daß dieser, „im ganzen betrachtet, eine beträchtliche Verbesserung im Vergleich zu unserer gegenwärtigen Lage bedeuten würde“. Im Rahmen unserer Gestaltungsmöglichkeiten einer zukünftigen Gesellschaft, die wir nicht über-, aber auch nicht unterschätzen sollten, liegt es an uns, ob wir uns vor Mills Aussage fürchten oder uns darüber freuen sollten.

Arbeitslosigkeit ist ein Aspekt jener strukturellen Störungen und jener inneren und äußeren Verunsicherung, mit denen wir in den 80er Jahren konfrontiert sind. Einkommenssteigerungen bieten nicht mehr die ausreichende Ersatzbefriedigung, um sich über die grundlegenden Fragen nach dem *Sinn der ganzen Plackerei* hinwegzureden. Politisch-moralische Ideen geraten da-

bei oft in Kollision mit ökonomischen und politischen Zwängen — und es ist weder sinnvoll, getragen von einem Überschub an Gesinnungsethik, den Boden der sozialen Zwänge zu verlassen und Luftschlösser zu bauen, die beim ersten Lüftchen zerplatzen, noch ist es angebracht, sich hinter der Ideologie der *Sachzwänge* zu verschansen und nur das Bestehende in die Zukunft zu retten. Auch die langfristige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eingebettet in Überlegungen darüber, wie die Gesellschaft aussehen *soll*, in der wir leben möchten, und beruht auf einem *sozialen Konsens*, der auf dem Wissen um Gesetzmäßigkeiten und Handlungsspielräume aufbaut.



DIE SOZIALE LAGE DER ARBEITER

Im Auftrag des Dr.-Karl-Kummer-Instituts für Sozialpolitik und Sozialreform in Steiermark, wurde von Univ.-Prof. DDr. Valentin Zsifkovits und Mag. Leopold Neuhold die empirische Untersuchung „Die soziale Lage der Arbeitnehmer in steirischen Betrieben mit besonderer Beachtung der Mittelbetriebe“ erstellt. Die Interviews wurden vom 5. November bis 15. Dezember 1982 durchgeführt, 545 Fragebögen konnten ausgewertet werden. Eine Broschüre mit den Ergebnissen ist beim Kummer-Institut erhältlich.

Der Bereich der Arbeit hat für den Menschen große Bedeutung. Wie die empirische Untersuchung von Arbeitern in steirischen Betrieben zeigt, ist es nicht so, daß die Arbeit, wie es in einer oft zu hörenden Vermutung und Schätzung angenommen wird, nur um des Geldverdienens willen auf sich genommen wird. Geben doch beinahe 50% der Befragten an, daß ihnen die *Arbeit Freude* macht, ein weiteres starkes Viertel stimmt der Einschätzung, daß es manchmal schön ist zu arbeiten, daß man dann aber auch wieder davon genug hat, zu. Natürlich darf man die 15%, für die die Arbeit nur ein Mittel zum Geldverdienen bedeutet und die 12%, die überhaupt meinen, den falschen Beruf gewählt zu

gen, sondern Sicherheit des Arbeitsplatzes, gefolgt von der Forderung nach gutem Betriebsklima, der Forderung nach den Möglichkeiten zu selbständiger Arbeit, der Forderung nach Deckung des Berufes mit den eigenen Interessen. Erst dann folgt die Forderung „Die Arbeit muß viel Geld bringen.“ (Grafik 4)

Grafik 1

Einstellung zur Arbeit
in % der Befragten

Die Arbeit macht mir Freude	46%
manchmal schön, dann genug davon	27%
Arbeit nur zum Geldverdienen	15%
Nicht der richtige Beruf	12%

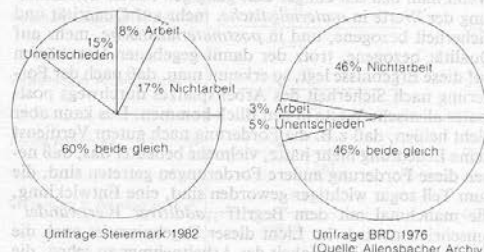
haben, nicht so ohne weiteres übergehen, im Vergleich ist der Prozentsatz aber doch niedrig. (Grafik 1)

Dieselben Einstellungen zeigen sich auch in den Antworten auf die Frage, welche Stunden den Befragten lieber sind, die Stunden der Arbeit oder die Stunden der Nichtarbeit. Nur 17% entscheiden sich für die Stunden der Nichtarbeit, für 60% sind die Zeiten der Arbeit und der Nichtarbeit gleich attraktiv. Das sind — besonders wenn man die Zahlen mit einer deutschen Umfrage aus dem Jahre 1976 vergleicht, wo immerhin 46% die Zeit der Nichtarbeit als die für sie erstrebenswertere angaben — ermutigende Zahlen, die doch für eine *hohe Motivation zur Arbeit* sprechen. Arbeit ist nicht nur etwas, was man mehr oder weniger widerwillig auf sich nimmt, sondern doch ein *Bereich der Selbstverwirklichung*. Jene oft verbreitete Ansicht, daß die Bereiche der Arbeit und der Politik Bereiche der Entfremdung, die Familie dagegen der Bereich der Selbstverwirklichung sei, stimmt für die in dieser Studie Befragten für die Bewertung der Arbeit zum Großteil nicht. (Grafik 2)

In diesem Zusammenhang ist eine Analyse der Anforderungen an den Arbeitsplatz interessant. Diese Analyse bestätigt den vorher geschilderten Trend: Nicht etwa der hohe Verdienst oder die Freizeit stehen an der Spitze der Forderungen,

Grafik 2

Welche Stunden sind Ihnen lieber: Arbeit, Nichtarbeit, beide gleich?
Vergleich, mit BRD 1976



Grafik 4

Wichtigkeit von Forderungen an den Arbeitsplatz
in % der Befragten

unter den 3 unwichtigsten Forderungen	unter den 3 wichtigsten Forderungen
sicherer Arbeitsplatz	10 67
Betriebsklima	12 54
selbständige Arbeit	11 51
Deckung des Berufes mit Interessen	23 35
Verdienst	26 32
Entfernung des Arbeitsplatzes	31 32
Verantwortung übernehmen	18 27
Aufstiegchancen	26 21
Gestaltung des Arbeitsplatzes	25 19
Freizeit	46 14
Angesehener Beruf	61 12

Dieser Zug zum Qualitativen zeigt sich auch in einer anderen Frage. So ist nur 1/5 der Befragten bereit, eine besser bezahlte, aber mit ungünstigeren Bedingungen wie Lärmbelastung und Gesundheitsgefährdung verbundene Arbeit zu übernehmen. (Grafik 7)

Grafik 7

Bereitschaft zur Übernahme einer besser bezahlten, aber mit Belastungen und Gefährdungen verbundenen Arbeit



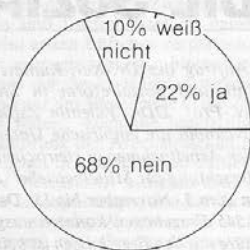
Wenn man den seit einiger Zeit gängigen Raster der Einteilung der Werte in *materialistische*, mehr auf Quantität und Sicherheit bezogene, und in *postmaterialistische*, mehr auf Qualität bezogene, trotz der damit gegebenen Unschärfen auf diese Ergebnisse legt, so erkennt man, daß nach der Forderung nach Sicherheit des Arbeitsplatzes durchwegs postmaterialistische Werte in den Blick kommen. Das kann aber nicht heißen, daß z.B. die Forderung nach gutem Verdienst keine Bedeutung mehr hätte, vielmehr bedeutet das, daß neben diese Forderung andere Forderungen getreten sind, die zum Teil sogar wichtiger geworden sind, eine Entwicklung, die manchmal mit dem Begriff „*additiver Wertwandel*“ umschrieben wird. Im Licht dieser Ergebnisse ist auch die Frage der Risikofreudigkeit der Arbeitnehmer zu sehen, die mit der Frage, ob der Stand des Selbständigen mit dem größeren Risiko dem Stand des Unselbständigen, der regelmäßig sein Geld verdient, vorzuziehen sei, zu erheben versucht wurde. Die Ergebnisse zeigen, daß ca. 70% den sicheren Arbeitsplatz des Unselbständigen vorziehen. Damit ist nun nicht gesagt, daß Werte wie selbständige Arbeit oder persönliche Ausgestaltung des Arbeitsplatzes nicht von Bedeutung wären, sondern vielmehr, daß wegen der Dominanz des Wertes Sicherheit diese Werte in dem sicheren Rahmen des Unselbständigen, also *selbständig im sicheren Rahmen*, ausgestaltet werden sollen. (Grafik 3)

Im Zusammenhang mit der Wertordnung am Arbeitsplatz sollen die Forderungen an die Politik betrachtet werden. Die Zusammenschau zeigt, daß an den Bereich der Politik in viel massiverem Maße „materielle“ Forderungen wie Aufrechterhaltung der Ordnung, Kampf gegen steigende Preise, Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums usw. gestellt werden, während die Forderung nach „Fortschritt auf eine humane, weniger unpersönliche Gesellschaft hin“ an letzter Stelle liegt. Im Bereich der Arbeit dagegen kommen mehr „qualitative“ Werte in Sicht. Hier zeigt sich andeutungsweise das Politikverständnis der Befragten, das mehr in Richtung „Erhaltung“ denn „Gestaltung“ geht. (Grafik 42)

Von der Politik erwartet man sich die *Schaffung einer Rahmenordnung* (59% sehen dies als Rolle des Staates in der Politik), innerhalb derer dann selbst die Ausgestaltung von den Zuständigen vorgenommen werden soll. Weiters zeigt sich auch eine gewisse *Distanz* zu einer Politik, von der man sich die Schaffung der und die Garantie für die Voraussetzungen für eine gedeihliche Entfaltung erwartet, in der man aber nicht die Möglichkeit der Mitgestaltung annimmt. Dies zeigen auch die zum Nachdenken anregenden Antworten auf die Frage, wonach sich nach der Meinung der Befragten die Politik ausrichtet. Eigennutz der Politiker, Einfluß der Interessengruppen, Interesse der Wirtschaft gelten nach der Sicht der befragten Arbeitnehmer als vorrangige Orientierungspunkte, das Wohl des Volkes verlieren die Politiker nach dieser Einschätzung weitgehend aus den Augen. (Grafik 43)

Grafik 3

Bevorzugung des Standes eines Selbständigen



Antwort ja nach Schulbildung

VS/HS/BS

20%

AHS/UNI

39%

Antwort ja nach Höhe des Verdienstes

unter 11.000.—

20%

über 11.000.—

41%

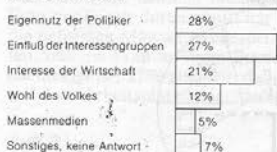
Grafik 42

Zusammenschau der Anforderungen an den Arbeitsplatz und der Forderungen an die Politik — Mittelwerte



Grafik 4

An welchen Maßstäben richtet sich die Politik in Österreich hauptsächlich aus?
(In % der Befragten)



Nach Institutionen, denen die Befragten am ehesten Hilfe zutrauen, ausgewertet. (Angaben in %)

bevorzugte Institution (Auswahl)	Ausrichtung wonach?				
	Politiker	Wirtsch.	Interessengr.	Volks	Massenm.
SPO	22	37	17	16	2
ÖVP	39	20	28	7	3
ÖGB	24	17	38	11	6
AK	28	24	24	11	9

Erfüllung der Forderungen

Interessant ist eine *Gegenüberstellung* der Wünsche bzw. Forderungen an den Arbeitsplatz und deren Erfüllung. Hier zeigen sich beim Vergleich der Mittelwerte zwischen Wunsch und Erfüllung interessante Zusammenhänge. Während bei Forderungen mit dem intensivsten Wunsch der Wunsch größer als die Erfüllung ist, ist bei den am Ende der Skala rangierenden Forderungen die Erfüllung der Forderungen im höheren Maß gegeben als der Wunsch. Dabei zeigen sich die stärksten Differenzen bei den Forderungen nach gutem Verdienst und sicherem Arbeitsplatz bei Überhang des Wunsches, bei der Forderung nach einem angesehenen Beruf ergibt sich die größte Differenz bei Überhang der Erfüllung. (Grafik 5)

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Erfüllung der Forderungen im großen und ganzen gegeben ist, wiewohl, wie sich in der weiteren Analyse zeigen wird, durchaus noch recht massive Problemfelder vorhanden sind. — Dieses Ergebnis zeigt sich auch hinsichtlich der Frage nach der *Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit*. Ungefähr 3/4 der Befragten geben an, zufrieden zu sein, der Anteil der Nichtzufriedenen liegt bei 1/5 der Befragten. Bei Betrachtung der Mittelwerte in Bezug auf Höhe des Verdienstes zeigt sich, daß höhere Einkommensschichten zufriedener sind, daß Absolventen von allgemeinbildenden höheren Schulen und Uni-Abgänger eher zufrieden sind als andere Bildungsschichten, wobei interessant ist, daß nach dieser Gruppe die Gruppe derer folgt, die nur Volksschulbildung besitzen. Ebenso ist interessant, daß Befragte, die in Betrieben mit 10 bis 30 Beschäftigten und in Betrieben mit über 500 Beschäftigten arbeiten, am relativ unzufriedensten sind, wenn man Betriebe mit über 1000 Beschäftigten getrennt betrachtet, zeigt sich, daß diese Befragten mit einem Mittelwert von 2,46 weitaus am unzufriedensten sind. (Grafik 8)

Problemfelder

Wie schon vorher angedeutet, sind durchwegs noch große Problemfelder für die Arbeitnehmer gegeben. Im folgenden seien die wichtigsten angeführt.

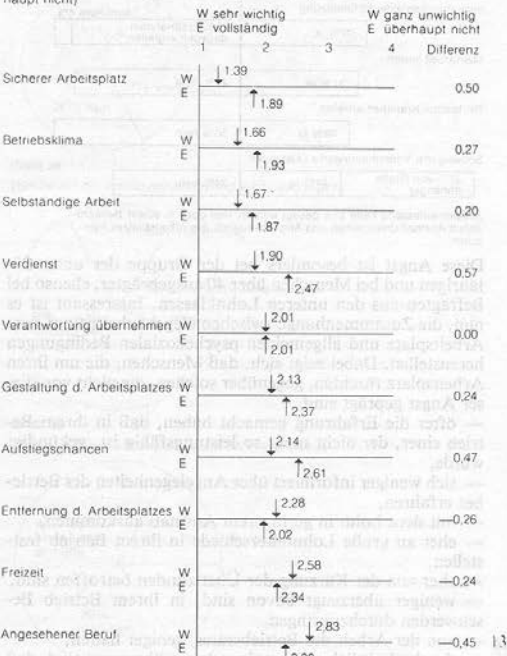
a) Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes

Wenn auch für die Befragten die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes mit einem Mittelwert von 1,89 im großen und ganzen gegeben zu sein scheint, so zeigt die konkrete Frage, ob sie Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes haben, ein beträchtliches Ausmaß an Angst. 2/3 der Befragten gaben an, Angst um ihren Arbeitsplatz zu haben, 1/5 der Befragten, sogar oft Angst zu haben. Die Angst ist bei ca. 1/3 der Befragten so massiv, daß sie Lohnkürzungen in Kauf nehmen, Mehrarbeit leisten, bei leichter Krankheit arbeiten oder bei Vorbehaltung von gesetzlich verankerten Leistungen schweigen würden, nur um den Verlust des Arbeitsplatzes abzuwenden. (Grafik 16)

Grafik 5

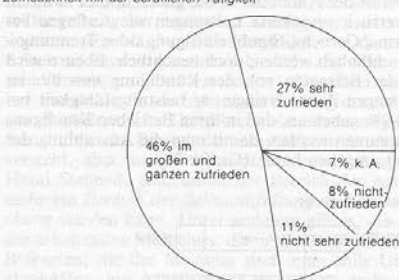
Anforderungen an den Arbeitsplatz — Wunsch und Erfüllung (Mittelwerte):

Wunsch = W; Erfüllung = E; Differenz: Mittelwert E minus Mittelwert W
Skala: 1 (W: sehr wichtig; E: vollständig) bis 4 (W: ganz unwichtig; E: überhaupt nicht)



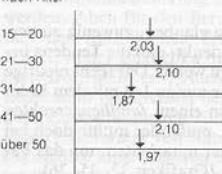
Grafik 8

Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit

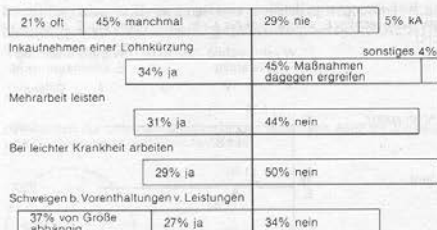


Mittelwerte: Skala 1 (sehr zufrieden) — 4 (nicht zufrieden)

nach Alter



Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes



Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß doch in einem beträchtlichen Ausmaß Unsicherheit und Angst bezüglich des Arbeitsplatzes herrschen.

Diese Angst ist besonders bei der Gruppe der unter 20-jährigen und bei Menschen über 40 ausgeprägter, ebenso bei Befragten aus den unteren Lohnklassen. Interessant ist es nun, die Zusammenhänge zwischen Gegebenheiten auf dem Arbeitsplatz und allgemeinen psychosozialen Bedingungen herzustellen. Dabei zeigt sich, daß Menschen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, gegenüber solchen, die nicht von dieser Angst geprägt sind,

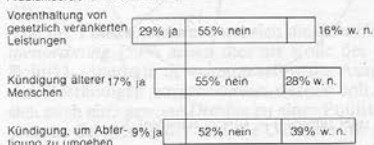
- öfter die Erfahrung gemacht haben, daß in ihrem Betrieb einer, der nicht mehr so leistungsfähig ist, gekündigt wurde,
- sich weniger informiert über Angelegenheiten des Betriebes erfahren,
- mit dem Lohn in geringerem Ausmaß auskommen,
- eher zu große Lohnunterschiede in ihrem Betrieb feststellen,
- eher von der Kürzung der Überstunden betroffen sind,
- weniger überzeugt davon sind, in ihrem Betrieb Beschwerden durchzubringen,

- von der Arbeit des Betriebsrates weniger halten,
- durchschnittlich weit weniger davon überzeugt sind, daß der Arbeitsplatz, an dem sie arbeiten, sicher ist,
- sich mit dem Betrieb weniger identifizieren,
- eher das Gefühl haben, man fordere von ihnen zuviel,
- unzufriedener mit ihrem Arbeitsplatz sind,
- sich weniger glücklich fühlen,
- sich eher vom Staat Vorsorge in Krisenfällen erwarten.

b) Vorenthaltung bzw. Umgehung gesetzlicher Vorschriften
Mit ca. 30% ist der Anteil derer, die glauben, daß in ihrem Betrieb gesetzlich verankerte Leistungen wie Auflagen bezüglich Lärm-, Geruch-, Staubbelastung oder Trennungszulagen vorenthalten werden, doch beachtlich. Ebenso wird von 17% der Befragten von der Kündigung von älteren Menschen wegen ihrer verringerten Leistungsfähigkeit berichtet und 9% geben an, daß in ihren Betrieben Kündigungen vorgenommen werden, damit man die Auszahlung der Abfertigung umgehen kann. (Grafik 20)

Grafik 20

Problembereiche in den Betrieben

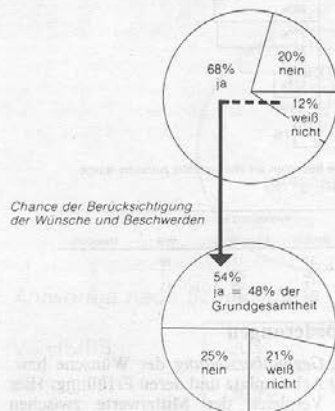


d) Fragen des Lohnes

Mit 57% ist der Anteil derer, die glauben, zuwenig zu verdienen, hoch, auch wenn man bedenkt, daß die Tendenz besteht, anzugeben, man verdiene zu wenig. Das recht niedrige Lohnniveau der Befragten läßt sie nur zu 1/3 mit dem Lohn das Auskommen finden, und von einem familiengerechten Lohn ist man noch weit entfernt, muß oder müßte doch bei 61% der Befragten der Ehepartner mitarbeiten, um das Familienaufkommen zu bestreiten. (Grafiken 32, 35, 36)

Grafik 26

Möglichkeit, Beschwerden vorzubringen



c) Möglichkeit der Berücksichtigung von Wünschen und Beschwerden der Arbeitnehmer

Mit ca. 50% ist der Anteil derer, die in ihrem Betrieb die Chance sehen, daß ihre vorgebrachten Wünsche und Beschwerden auch berücksichtigt werden, doch relativ gering, 20% glauben, überhaupt nicht die Möglichkeit zu haben, Wünsche und Beschwerden vorzubringen. (Grafik 26)

Grafik 32

Glauben Sie, daß Sie zuwenig, zuviel oder gerade richtig verdienen?



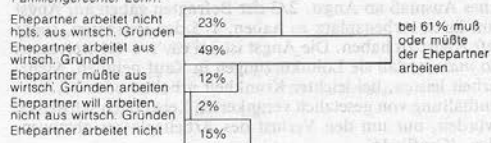
Grafik 35

Auskommen mit dem Lohn



Grafik 36

Familiengerechter Lohn?

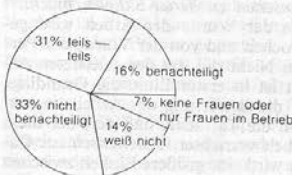


e) Die Frau im Betrieb

Die Frau ist im Betrieb noch immer benachteiligt. Das zeigt sich schon am deutlich niedrigeren Lohnniveau. Befragte Frau verdienen durchschnittlich um S 2000.— weniger als die befragten Männer. Außerdem glauben 47% der Befragten, daß die Frau in ihrem Betrieb wenigstens teilweise benachteiligt ist, 27% glauben, daß die Frauen im allgemeinen auf dem Arbeitsplatz benachteiligt sind. (Grafiken 18, 19)

Grafik 18

Sind Frauen in Ihrem Betrieb benachteiligt?

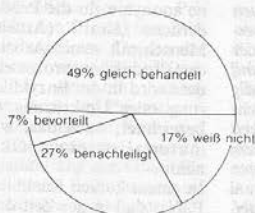


Auswertung nach Geschlecht (Angaben in %)

	benachteiligt	teils — teils	nicht benachteiligt
Männer	17	43	40
Frauen	26	28	45

Grafik 19

Sind Frauen im allgemeinen auf dem Arbeitsplatz benachteiligt?



Auswertung nach Geschlecht (Angaben in %)

	gleich behandelt	bevorteilt	benachteiligt	weiß nicht
Männer	51	8	24	17
Frauen	49	5	38	9

f) Teilung der Arbeit

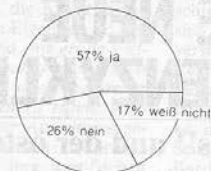
Wenn die Arbeit zu Recht als wesentlicher Faktor für die Selbstverwirklichung der Menschen gesehen wird, so gilt es, die Arbeit möglichst so zu verteilen, daß jeder Arbeitswillige auch arbeiten kann. Angesichts des Knappwerdens der Arbeit stellt sich somit die Frage, wie diese Aufteilung geschehen kann. Die Abschaffung der Überstunden zum Zweck der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen wird von 57% der Befragten als ein geeignetes Mittel angesehen. (Grafik 37)

Von den anderen Arten der Arbeitszeitverkürzung findet die Herabsetzung des Pensionsalters den weitaus größten Zuspruch. (Grafik 38)

Greift man die Frage der Verlängerung des Mindesturlaubes getrennt heraus, so sieht man, daß nur 13% dafür sind, wenn damit eine Lohnneinbuße verbunden ist, 46% nur dann, wenn damit keine finanzielle Einschränkung gegeben ist. Der Lohn steht anscheinend in der Wertung höher als die mit einer Urlaubsverlängerung verbundenen Annehmlichkeiten, eine Tatsache, die durch die Analyse der Anforderungen an den Arbeitsplatz bestätigt wird, wo Höhe des Verdienstes an 5. Stelle der Forderungen steht, viel Freizeit erst an vorletzter Stelle. (Grafik 39)

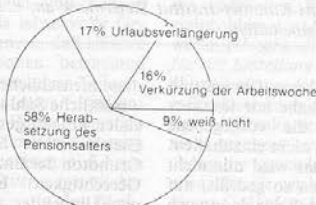
Grafik 37

Sollte man Überstunden abschaffen?
Zweck: Sicherung von Arbeitsplätzen



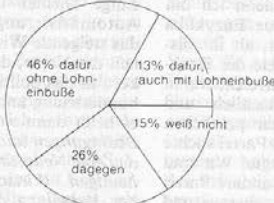
Grafik 38

Welche Art der Arbeitszeitverkürzung wird bevorzugt?



Grafik 39

Meinungen über Verlängerung des Mindesturlaubes



Ausblick

In den programmatischen Äußerungen von Parteien, Verbänden und Kirchen wird immer wieder die Bedeutung der Arbeit für den Menschen betont. Viele dieser hohen Zielimperative harren noch der Verwirklichung. Natürlich wird unseres Ermessens nie der Zustand geschaffen werden können, wo Arbeit pure Freude bedeutet, trotzdem müssen direkter Arbeitgeber, indirekter Arbeitgeber, unter dem Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika über die menschliche Arbeit „*Laborem exercens*“ Nr. 16 „die zahlreichen, verschiedenartigen Faktoren ‚hinter‘ dem direkten Arbeitgeber“ versteht, die sowohl auf die Fassung des Arbeitsvertrages als auch auf das Entstehen mehr oder weniger gerechter Beziehungen im Bereich der menschlichen Arbeit einwirken, versteht, aber auch die Arbeitnehmer selbst alles in ihrer Hand Stehend tun, damit der Bereich der Arbeit immer mehr ein Bereich der Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung werden kann. Unter anderem gilt es, die Solidarität der arbeitenden Menschen, die in der Studie in den 57% der Befragten, die der Meinung sind, man solle Überstunden abschaffen, um Arbeitsplätze zu sichern, andeutungsweise aufblitzt, zu stärken, damit die noch ausstehenden Probleme leichter einer Lösung zugeführt werden können. Der Mensch soll immer mehr fern jeder Verdinglichung zur bloßen Gewinnmaximierung als Subjekt der Arbeit betrachtet werden. Auch für den Bereich der Arbeit gilt jener Grundsatz der Katholischen Soziallehre, den Papst Johannes XXIII. in der Enzyklika Mater et Magistra Nr. 218 formuliert. Dort heißt es: „Nach dem obersten Grundsatz dieser Lehre muß der Mensch der Träger, Schöpfer und das Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein. Und zwar der Mensch, sofern er von Natur aus auf Mit-Sein angelegt und zugleich zu einer höheren Ordnung berufen ist, die die Natur übersteigt und diese zugleich überwindet.“

DIE NEUE SOZIALENZYKLIKA

„Laborem exercens“ und der österreichische Arbeitnehmer

Vortrag vor dem Karl-Kummer-Institut Steiermark am 8. Dezember 1981. Der Referatsstil wurde beibehalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mir fest vorgenommen, die vorgegebene Zeit von 30 Minuten nicht einzuhalten. Aber ich fürchte, das wird mir nicht gelingen. Wir werden so gedrillt, auf Zeile zu schreiben, daß wir dann auch auf die Minute rede. Ich hielt eine nicht unziemliches Überschreiten der Zeit für gerechtfertigt, denn ich bin überzeugt, daß diese neue Enzyklika mehr Beachtung verdient, als ihr bisher zugekommen ist. Viele der Reaktionen, vor allem in Österreich, waren zum Teil recht oberflächlich und manchmal von einer eher peinlichen Selbstzufriedenheit. Eine Partei suchte sich etwas heraus und sagte: Wir sind mit dem Papst. Die andere Partei suchte sich etwas anderes heraus und sagte: Der Papst ist mit uns. Der Papst aber ist in Rom geblieben. Der Begrenzungs des Themas auf den Arbeitnehmer habe ich zugestimmt, denn der Begriff des Arbeitnehmers und der Arbeit wird in der Enzyklika sehr weit gefaßt. Dazu gehört die manuelle Arbeit, die Arbeit der Dienstleistungen, die intellektuelle Arbeit, die Forschung und das Management. Die oberflächlichen Reaktionen stimmen deshalb betroffen, weil die differenzierte und tiefe Schau dieser Enzyklika eine intensivere Beschäftigung mit ihr notwendig macht. Die Zeit, die ich habe, ist kurz. Ich kann nur etwas weniger oberflächlich sein und bestenfalls einen Anreiz bieten, sich eingehender mit „Laborem exercens“ zu beschäftigen. Auch wache, dynamische, wachsame, mobile und kreative Unternehmer, also fast alle, sollten sie studieren. Was steht in dieser neuen Enzyklika und was ist neu in ihr? Was ist sensationell? Dieses soziale Rundschreiben des Papstes Johannes Paul II, es ist sein zweites, gliedert sich in fünf Teile. In der Einführung wird die Arbeit als eines der Kennzeichen charakterisiert, die den Menschen von anderen Geschöpfen unterscheiden: „Nur der Mensch ist zur Arbeit befähigt, nur er verrichtet sie, wobei er gleichzeitig die irdische Existenz mit ihr ausfüllt. Und

diese menschliche Arbeit wird als „der wesentliche Schlüssel der gesamten sozialen Frage“ gesehen. Gleich in der Einführung wird ein Grundton der Enzyklika angeschlagen: Gerechtigkeit. Ein unüberhörbarer, nachklingender Ton: Gerechtigkeit nicht in einer Gruppe oder Klasse — sondern weltweit. Ganz kurz werden einige Themen unserer Zeit berührt: Automatisierung, Energieproblem, das steigende Wissen um die Begrenztheit der Natur, das Eintreten von Völkern in das politische Leben, die jahrhundertlang unterworfen waren. Und es heißt dann wörtlich: „Diese neuen Bedingungen und Anforderungen werden eine Neuordnung und Revision der heutigen Wirtschaftsstrukturen und der Verteilung der Arbeit notwendig machen.“ Oder, wieder wörtlich: „Der Einsatz für die Gerechtigkeit muß in enger Verbindung mit dem Einsatz für den Frieden in der heutigen Welt stehen.“ Oder, noch einmal wörtlich: „Die unausgeglichene Verteilung von Reichtum und Elend, der Unterschied zwischen entwickelten und nicht entwickelten Ländern und Kontinenten fordern eine Angleichung und eine Suche nach Wegen für die gerechte Entwicklung aller.“ Nicht das Problem der Klasse steht heute im Mittelpunkt, sondern das Problem der Welt: Die weltweite Ungleichheit und Ungerechtigkeit „und infolgedessen die breite Dimension der Aufgaben auf dem Weg zur Gerechtigkeit in der Welt von heute.“ Ziel ist der Aufbau der Gerechtigkeit auf Erden. Die ungerechten Strukturen dürfen nicht verborgen werden, schreibt der Papst — und ihre Überwindung müsse in eine universale Dimension gestellt werden. Im zweiten Kapitel „Die Arbeit und der Mensch“ wird ein zweiter wichtiger Grundton angeschlagen, den man kurz so charakterisieren kann: Der Mensch muß das eigentliche Subjekt der Arbeit bleiben — vor allem in einer Zeit der immer stärkeren Mechanisierung. Die Einstellung der Enzyklika zur Technik ist grundsätzlich positiv, aber es heißt hier auch sehr eindeutig:

„Doch ist es auch eine Tatsache, daß sich die Technik in manchen Fällen aus einer Verbündeten fast in eine Gegnerin des Menschen verwandeln kann, wie etwa dann, wenn die Mechanisierung der Arbeit den Menschen verdrängt und ihn jeder persönlichen Befriedigung und des Anspruchs zu Kreativität und Verantwortung beraubt, wenn sie viele Arbeitnehmer um ihre Beschäftigung bringt oder durch die Verherrlichung der Maschine den Menschen zu deren Sklaven macht.“ Von der Würde der Arbeit wird gesprochen und von der Würde der Person: Nicht die Art der geleisteten Arbeit ist in erster Linie die Grundlage für die Bewertung der Arbeit — sondern die Tatsache, daß der, der diese Arbeit verrichtet, ein Mensch ist. Damit wird eine größere Einheit zwischen den Menschen hergestellt. Natürlich kann Arbeit bewertet werden — aber die erste Grundlage für den Wert der Arbeit ist der Mensch selbst. Das klingt ein wenig philosophisch, hat aber praktische Konsequenzen: Niemals darf daher der Mensch im Wirtschaftsprozess nur als Instrument betrachtet und behandelt werden. Arbeit ist weder eine Ware, die vom Arbeitnehmer an den Besitzer des Kapitals verkauft wird, Arbeit ist auch keine anonyme für die Produktion erforderliche „Kraft“ (Arbeitskraft). Der Mensch mit seiner Arbeit ist das Ziel des Produktionsprozesses — alles andere wird in der Enzyklika als Verwirrung oder Umkehrung der Ordnung bezeichnet; auch das, was der Papst materialistischen Ökonomismus nennt. In einem kurzen Rückblick betont der Papst, daß in der Zeit der raschen Industrialisierung am Ende des vergangenen Jahrhunderts die Reaktion gegen das „ungerechte und schädliche System“, das auf dem arbeitenden Menschen lastete, „und das um Rache zum Himmel schrie“, sozialmoralisch gerechtfertigt gewesen sei. Heute aber sei es so, daß trotz vielfach verbesserter Bedingungen „offene Ungerechtigkeiten weiterbestehen oder neue geschaffen wurden“. Es gebe neue Weisen der Ungerechtigkeit „und zwar weit größeren Ausmaßes als jene, die im vorigen Jahrhundert den Zusammenschluß der arbeitenden Menschen angeregt hatten.“ So bedürfe es immer neuer Bewegungen von Solidarität der Arbeitenden und mit den Arbeitenden: „Diese Solidarität muß immer dort zur Stelle sein, wo es die soziale Herabwürdigung des Subjekts der Arbeit, die Ausbeutung der Arbeitnehmer und die wachsenden Zonen von Elend und sogar Hunger erfordern.“ Von der personalen Würde des Menschen ausgehend wird also die Sicht ausgeweitet auf die Solidarität der arbeitenden Menschen und auf die umfassende Gemeinschaft, welcher der Mensch auf-

grund besonderer kultureller und historischer Bindungen angehört.

Im dritten Kapitel wird der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital beschrieben, wie er sich heute darstellt; hier findet sich das zentrale, immer wiederholte Prinzip dieser Enzyklika: Die Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital. Das ist nicht neu in der Katholischen Soziallehre, wurde aber nie mit dieser Eindringlichkeit betont und mit diesem Nachdruck begründet wie in „Laborem exercens“. Der Mensch hat den Vorrang im Produktionsprozeß und er hat auch den Primat gegenüber den Dingen: Alles, was den Begriff „Kapital“ — im engeren Sinn — umfaßt, ist nur eine Summe von Dingen. Der Mensch allein ist Person. Kapital und Arbeit dürfen nicht voneinander getrennt oder in einen Gegensatz zueinander gestellt werden: „Innerlich wahr und zugleich moralisch zulässig kann eine Arbeitsordnung nur dann sein, wenn sie schon in ihren Grundlagen den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital überwindet...“. Das Geistige und das Personhafte dürfte nicht direkt oder indirekt materiellen Wirklichkeiten untergeordnet werden.

In diesem Kapitel ist viel Brisanz angesammelt. So wendet sich der Papst gegen einen „strengen“ Kapitalismus, der das ausschließliche Recht des Privateigentums an den Produktionsmitteln wie ein unantastbares Dogma des Wirtschaftslebens verteidigt. Dieser Kapitalismus sei weiterhin „unannehmbar“. Das Recht auf Privateigentum sei dem gemeinsamen Recht auf Nutznießung untergeordnet, untergeordnet der Bestimmung der Güter für alle. Unter gewissen Bedingungen sei auch eine Sozialisierung gewisser Produktionsmittel nicht auszuschließen, heißt es in der Enzyklika. Der Papst beruft sich bei diesen Prinzipien auf alte christliche Traditionen, die bis zu Thomas von Aquin zurückgehen. Sozialisierung bedeutet allerdings für Johannes Paul II. nicht primär Verstaatlichung. Wörtlich heißt es im dritten Kapitel: „In diesem Licht gewinnen die zahlreichen, von den Fachleuten der katholischen Soziallehre und auch vom obersten kirchlichen Lehramt vorgebrachten Anregungen besondere Bedeutung. Sie betreffen das Miteigentum an den Produktionsmitteln, die Mitbestimmung, die Gewinnbeteiligung, die Arbeitnehmeraktien und ähnliches.“ Ausdrücklich betont der Papst, daß viele Reformen nicht von vorneherein durch eine Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln verwirklicht werden können. Staatskapitalismus nach östlichem kommunistischem Muster lehnt er ebenso ab wie den „strengen“ Kapitalismus. Sozialisierung bedeutet für ihn, daß jeder den Anspruch hat, „sich zugleich als Miteigentümer der großen Werkstätte zu betrachten, in der er ge-

meinsam mit allen anderen arbeitet.“

Und dann kommt eine etwas unklare Formulierung: „Ein Weg auf dieses Ziel hin könnte sein, die Arbeit soweit wie möglich mit dem Eigentum an Kapital zu verbinden und eine große Vielzahl mittlerer Körperschaften mit wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Zielsetzung ins Leben zu rufen: Körperschaften mit echter Autonomie gegenüber den öffentlichen Behörden, Körperschaften, die ihre spezifischen Ziele in ehrlicher Zusammenarbeit und mit Rücksicht auf die Forderungen des Gemeinwohls verfolgen und sich in Form und Wesen als lebensvolle Gemeinschaften erweisen, so daß sie ihre Mitglieder als Personen betrachten und behandeln und zu aktiver Teilnahme an ihrem Leben anregen.“ Und immer wieder weist der Papst beharrlich daraufhin, was er unter Sozialisierung versteht: Der Arbeitnehmer muß beim Arbeitsprozeß Mitverantwortlicher und Mitgestalter sein — in der Werkstätte, in der er tätig ist. Er muß bei seiner Arbeit das Bewußtsein haben können, im eigenen Bereich zu arbeiten: „Dieses Bewußtsein wird in ihm ausgelöscht bei einem System übermäßiger bürokratischer Zentralisierung, wo sich der Arbeiter eher als Rädchen in einem von oben bewegten Mechanismus vorkommt und sich — aus mehr als einem Grund — eher als bloßes Produktionsmittel denn als echtes Subjekt der Arbeit fühlt, das mit Eigeninitiative begabt ist“. Überall dort, wo der Mensch nicht das Bewußtsein hat, „im eigenen Bereich“ zu arbeiten, ergeben sich unkalkulierbare Schäden: „und zwar nicht nur wirtschaftlicher Art, sondern vor allem Schäden am Menschen.“

Ich raffe nun kurz noch die Kapitel IV und V zusammen. Im vierten Kapitel stellt die Enzyklika die Rechte des arbeitenden Menschen in den Zusammenhang der Menschenrechte und führt die Begriffe direkter und indirekter Arbeitgeber ein: Indirekter Arbeitgeber ist der Staat.

Im fünften Kapitel entwirft der Papst eine Spiritualität der Arbeit, ergänzt die Vorstellung von einem irdischen Fortschritt mit der Entfaltung des Reiches Gottes, einer „neuen Erde“, wo Gerechtigkeit wohnt. Diese Spiritualität der Arbeit bedeutet das Bewußtsein, daß der Mensch mit seiner Arbeit am Wirken Gottes teilnimmt: „Denn Männer und Frauen, die beim Erwerb des Lebensunterhaltes für sich und ihre Familie ihre Tätigkeiten so ausüben, daß sie ein sinnvoller Dienst für die Gesellschaft sind, dürfen mit Recht überzeugt sein, daß sie durch die Arbeit das Werk des Schöpfers weiterentwickeln, daß sie dem Wohl ihrer Brüder dienen und durch ihr persönliches Bemühen zur Erfüllung des göttlichen Plans beitragen.“ Wenn der Mensch wirke, dann forme er nicht nur die

Dinge und die Gesellschaft um, er vollende auch sich selbst: „Er lernt vieles, entwickelt seine Fähigkeiten, überschreitet sich selbst und wächst über sich hinaus. Solches Wachstum, richtig verstanden, ist mehr wert als äußerer Reichtum, der angesammelt werden kann.“ Das wäre also sehr kurz und fragmentarisch der Inhalt der Enzyklika, die in einem Taschenbuch rund 100 Seiten umfaßt.

Kardinal König hat gemeint, daß die neue Sozialenzyklika keine detaillierten Rezepte geben wolle für die Lösung der weltweiten Wirtschafts- und Sozialprobleme: „Laborem exercens“ wolle ethische Richtlinien aufstellen für die Erstellung weiterer Sozial- und Wirtschaftsmodelle. Und genau so sollte diese Enzyklika verstanden werden: als Denkanstoß. Tabus sollten da nicht gescheut werden. Eine Untersuchung der „sozialen Marktwirtschaft“ etwa: Ist sie wirklich die Umsetzung dieser Gedanken im Bereich der Wirtschaft — oder ist sie ein abgeschwächter Kapitalismus, gemildert durch Schutzbestimmungen und Schutzrichtungen zugunsten der Arbeiterschaft?

Wenn die Arbeit den Vorrang vor dem Kapital hat, wenn der Mensch den Vorrang gegenüber den Dingen hat — auch gegenüber dem Sach- und Geldkapital —, dann müßte das Konsequenzen haben. Und wenn der Platz des Privateigentums hinter dem Platz der arbeitenden Mensch einnimmt, dann ist zum Beispiel ein Wirtschaftsunternehmen zuerst ein Personalverband der Menschen, die in dieser Firma und für diese Firma arbeiten — und nicht nur ein Verein betriebsfremder Kapitaleigner.

Oswald von Nell-Breuning, der Nestor der katholischen Sozialwissenschaften, hat in einem der ersten Kommentare zu der neuen Enzyklika betont, daß es bisher in Sozialenzykliken vor allem Sozialkritik gegeben habe. Die Kirche habe reagiert auf bestimmte soziale Mißstände. Jetzt aber gehe sie mit einem neuen Ansatz über die Sozialkritik hinaus: Sie läßt sich das Gesetz des Handelns nicht mehr von außen, das heißt von den Mißständen, aufzwingen — sie bestimmt selbst ihr Thema. Das christliche Menschenbild wird am Beispiel der Arbeit skizziert. Die Enzyklika richtet sich an alle. Und sie müßte all denen Mut geben, die resigniert haben, die vergeblich gerungen haben: um mehr Mitbestimmung zum Beispiel, um Miteigentum, um Gewinnbeteiligung. Es stimmt ja gar nicht, daß die Jugend an Demokratieverdrossenheit leidet. Sie leidet verdrossen an der Selbstverständlichkeit, mit der ein Begriff wie Demokratie heute mißbraucht wird. Und mißbraucht wird auch der Begriff der Demokratisierung, wenn es bei der angeblichen Demokratisierung nur darum geht, die

Macht von Zentralstellen zu fördern und zu betonen — und nicht dem einzelnen mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung zu schaffen.

Es ist doch selbstverständlich heute, daß auch bei uns das *Kapital die Wirtschaft* organisiert. Die menschliche Arbeit wird in den Dienst genommen und entlohnt. Der Arbeitnehmer wird gekündigt, wenn wirtschaftliche Mechanismen anders als geplant laufen. Er wird als Arbeitskraft umgeschult oder an einen anderen Ort verfrachtet. Er selbst hat dabei wenig zu reden. Er hat auch nichts zu sagen, wenn die Produktion auf Rüstung umgestellt wird. Man sagt ihm, das sei notwendig, um seinen Arbeitsplatz zu sichern. Und er muß schweigen. Im übrigen hat es manchmal den Anschein, als ob 1984 von George Orwell schon angebrochen sei: die *Neusprache*. Arbeitsplätze werden von Menschen gesäubert, damit Platz für Sachen wird. Das Denken bestimmt die Sprache: *Freistellungen, Freisetzung* von Arbeitsplätzen. Wie oft das Wort *frei* vorkommt, wenn es um *Zwänge* geht, denen der Mensch unterworfen wird: *Sachzwänge*. Der Mensch muß sich den Zwängen der Sachen unterwerfen. Das ist das Gegenteil von dem, was die Enzyklika fordert. Ist wirklich eine Wirtschaftsweise unvorstellbar, bei der die Menschen, die ihre Arbeit einbringen, es selbst in die Hand nehmen, die Wirtschaft zu organisieren in ihrem eigenen Bereich?

18 Daß sie zum Beispiel das benötigte Kapital oder die Produktionsmittel vom Eigentümer pachten oder mieten? (Laborismus). Es gibt kaum Modelle in diese Richtung hin, und auch die katholische Soziallehre fordert eine solche Wirtschaft nicht. Aber Sympathie bekunden sollte man dürfen, und wünschen sollte man dürfen, daß auch in diese Richtung weiter nach praktikablen Lösungen gesucht wird.

Es könnten auch mehr *Modelle* für betriebliche Mitbestimmung und Mitbeteiligung entwickelt werden. Vor allem dort, wo die Betriebsinhaber oder *Verantwortlichen* bekennende Katholiken sind. Solche Modelle würden vielleicht die vielbeklagte überbetriebliche Mitbestimmung unterlaufen und dem einzelnen Betriebsangehörigen mehr Entfaltungsmöglichkeiten geben.

In Österreich gibt's in der Frage des Miteigentums wohlausgearbeitete Entwürfe für zentralgelenkte Wirtschaftsfonds, die dem Arbeitnehmer kein persönliches Erlebnis der Beteiligung an einem Betrieb ermöglichen. Gefördert wird damit die Macht derjenigen, die diese Vermögen dann zu verwalten hätten. Und warum gibt es kaum Modelle *direkter* Beteiligung und Mitbestimmung?

Die Gesetzeslage ist solchen Beteiligungen nicht gewogen — und sicher wird sich die Gewerkschaft nicht für die Verwirklichung solcher Modelle einset-

zen, denn sie fürchtet bei einer zu engen Bindung zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern um ihren Einfluß. Dennoch sollten sie versucht werden. Als Möglichkeit, als Alternativen sollten sie ausgebaut werden.

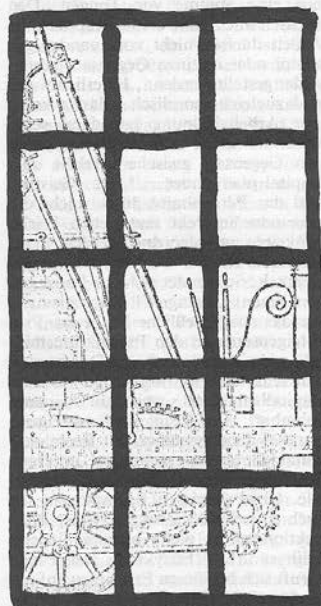
In diesem Sinne ist die neue Enzyklika ein Denkanstoß. Sie ist ein Ansatz zum Aufbrechen verkrusteter Strukturen. Sie ist eine Herausforderung, Ordnungen zu ändern angesichts neuer Entwicklungen in der Welt. Es ginge darum, das weite Feld zu erkunden zwischen den Extremen eines „strengen“ Kapitalismus und eines kollektivistisch-marxistisch orientierten Staatskapitalismus.

Es gibt auch gravierende Einwände gegen einzelne Passagen dieser Enzyklika: So wäre zum Beispiel eine kritischere Haltung gegenüber der Forderung des Alten Testaments „Macht euch die Erde untertan“ wünschenswert. Gerade angesichts der systematischen Vernichtung der Natur um eines Wirtschaftswachstums willen, von dem niemand mehr weiß, wohin es wächst und was der Preis für dieses Wachstum ist. Interessant ist auch der Hinweis des deutschen CDU-Mitgliedes Franz Alt, der im „Spiegel“ zu bedenken gab, daß das Wort *Muße* im päpstlichen Dokument nicht vorkomme. Franz Alt fragt, ob sich nach der Lektüre der Enzyklika kontemplative Ordensleute nicht als Faulenzer fühlen müßten — und ob der in der Enzyklika vertretene Arbeitsbegriff wirklich als Basis einer „christlichen Spiritualität der Arbeit“ angenommen werden könne.

Vorgeworfen wird dem Papst auch ein patriarchalischer Arbeitsbegriff, der die Arbeitskraft des Mannes an das Kapital und die der Frau an das Haus koppelt. Das mag in der Grundtendenz stimmen, ist aber sicher zu undifferenziert. Johannes Paul II. mißt der Familie eine wesentliche Bedeutung zu und fordert daher eine soziale Aufwertung der mütterlichen Aufgaben. Das ist eine Reaktion auf die systematisch betriebene *Abwertung* der Frau, die nicht im Beruf steht. Es heißt in der Enzyklika sehr eindeutig: „Es ist eine Tatsache, daß in vielen Ländern die Frauen in fast allen Lebensbereichen tätig sind. Sie sollen aber diese Tätigkeit ihrem eigenen Wesen gemäß verrichten können, ohne Diskriminierung und ohne Ausschluß von Stellungen, für die sie befähigt sind, aber zugleich auch, ohne wegen ihrer familiären Wünsche oder wegen ihrer spezifischen Aufgabe, an der Seite der Männer zum Wohl der Gesellschaft beizutragen, weniger geachtet zu werden.“

Allein diese paar Hinweise zeigen vielleicht, daß sich eine Auseinandersetzung mit der neuen Enzyklika lohnt. Sie kennen sicher den Ausdruck Nullwachstum. Das ist auch ein Begriff unserer *Neusprache*: Dort, wo nichts

mehr wächst, muß wenigstens im Wort etwas wachsen. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Lassen Sie es mich so formulieren: „*Laborem exercens*“ ist ein Dokument gegen das Nullwachstum des Geistes, gegen die große Koalition der Geist- und Einfallslosigkeit, die es bei uns längst schon wieder gibt.



DIE ARBEIT AUS DER SICHT DER CHRISTLICHEN ANTHROPOLOGIE

1. Einleitung

Die Arbeit ist weltweit in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Und zwar von ihrer Mangelseite her, also durch die Arbeitslosigkeit, die nicht mehr nur Schicksal von Millionen in den Entwicklungsländern darstellt, sondern in steigendem Maße auch Bürger in den Industrieländern trifft und betrifft. Damit, mit solcher Betroffenheit der artikulierungsfähigeren Industriebürger, rückt von der Negativseite her die Bedeutung der Arbeit für den Menschen ins Bewußtsein, ein Thema, mit dem sich die folgenden Überlegungen aus christlicher Perspektive auseinandersetzen wollen.

2. Die Arbeit als schlichte Notwendigkeit

Arbeit, mit O.v.Nell-Breuning verstanden als die Betätigung der geistigen oder körperlichen Kräfte des Menschen „in der Richtung auf ein ernst genommenes Ziel, das erreicht oder verwirklicht werden soll“,¹⁾ ist schlicht und einfach einmal eine Notwendigkeit. Der Mensch muß, um überleben zu können, arbeiten. Das ist eine so allgemeine Erfahrungstatsache, daß es sich nicht lohnt, über diesen Befund als Tatsache weitere Worte zu verlieren. Beachtenswert ist es dabei, daß der Grad der Notwendigkeit für jeweilige Menschen nach Ort, Zeit, Klasse, Stand und dergleichen ein verschiedener ist. So legt z.B. die jeweils unterschiedliche Qualität der vorfindbaren, die Menschen umgebenden Natur, etwa die unterschiedliche Bodenbeschaffenheit oder das unterschiedliche Klima, den jeweils lebenden Menschen ein unterschiedliches Maß an notwendiger Arbeit auf. Nicht anders ist es mit dem unterschiedlichen Stand der technischen Entwicklung, ein Faktum, das auch im Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen zum Vorschein kommt. Ähnlich verhält es sich mit der unterschiedlichen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse. Das Maß der notwendigen Arbeit ist offenbar ein unterschiedliches, je nachdem, ob man Herr oder Sklave, reich oder arm ist. Aus all

dem bisher Gesagten über den unterschiedlichen Grad der Notwendigkeit der Arbeit ist ersichtlich, daß das jeweilige Ausmaß der Notwendigkeit der Arbeit vom Menschen nicht als ein für allemal festgelegtes, gleichsam blindes Faktum hinzunehmen ist, sondern diese Notwendigkeit bei all ihrer prinzipiellen Gegebenheit eine gestaltbare, d.h. auch veränderbare bleibt.

Ein Weiteres bleibt im Zuge der Betrachtung der Notwendigkeit der Arbeit bedenkenswert; nämlich die Tatsache, daß die Notwendigkeit der Arbeit auch insofern eine relative ist, als diese Notwendigkeit eine unterschiedliche nach den jeweiligen Lebens- und sonstigen Zielen ist. Wird das Ziel des Lebens etwa im nackten vitalen Überleben gesehen, ist in der Ceteris-paribus-Bedingung die notwendige Arbeit eine geringere, als wenn dieses Ziel etwa in der kulturellen Dimension der Erfüllung wesenhafter Lebenszwecke gesehen wird, und diese Notwendigkeit ist dann in derselben Ceteris-paribus-Bedingung wiederum eine andere, wenn Menschen in ihrem Leben darüber hinaus noch andere, von einem bestimmten Wertstandpunkt aus gesehen überflüssige bzw. luxuriöse Ziele verfolgen.

Bedenkt man nun in diesem Zusammenhang die Freiheit des Menschen als ein sehr hohes Ziel, dann folgt nach den bisherigen Überlegungen über die Unterschiedlichkeit und die Relativität der Notwendigkeit der Arbeit der ethische Imperativ, zugunsten der Vergrößerung der Freiheitsräume bei der Arbeit das Ausmaß der Notwendigkeit zu minimieren, die Last der Notwendigkeit gerecht zu verteilen und die vorhandenen Freiheitsräume der Arbeit in optimaler Weise in Richtung auf die Verwirklichung humaner Werte zu nützen.

3. Arbeit als Teilnahme am Schöpferwirken Gottes

In Anschluß an die Bestimmung der Arbeit als Notwendigkeit — eine Bestimmung, welche als unbestimmtes und unbestimmtes, fast blindes Schick-

sal aufgefaßt werden könnte — muß vor weiteren Sinnbestimmungen der Arbeit eine Bedeutung der Arbeit aus christlicher Sicht herausgestellt werden, welche tiefst geeignet ist, dem der Arbeitswelt mit all ihren Mühen und oft Zwängen ausgelieferten Menschen Lebenssinn zu vermitteln: nämlich Arbeit als Teilnahme am schöpferischen Wirken Gottes. Nach der Aussage der Genesis²⁾ ist der Mensch nach dem Bild und Gleichnis Gottes geschaffen, was auch insofern gilt, als dieser Gott ein schöpferischer Gott ist. Der ebenfalls in der Genesis³⁾ enthaltene Weltgestaltungsauftrag bedeutet eine weitere Einladung und einen weiteren Imperativ zur Teilnahme am schöpferischen Wirken Gottes. Gott ist eben kein Wesen, das — fernab von seiner Schöpfung residierend und die Menschen von oben herab behandelnd — diese Menschen und diese Welt einem unbestimmten Schicksal überläßt, sondern Gott ist ein partnerschaftlicher Gott, der nach der Aussage der neutestamentlichen Botschaft das Schicksal dieser Welt geteilt und sozusagen ganz persönlich in seine Hand genommen hat, indem er sich dem Menschen als liebender Bruder geöffnet hat. Was die Arbeit betrifft, so hat die Aussage von der Arbeit als Teilnahme am partnerschaftlichen Wirken Gottes wichtige Konsequenzen, und zwar:

1. Dies verleiht zunächst der menschlichen Arbeit, auch der oft so „allzu alltäglichen“, eine unsagbare Würde.
2. Dies bedeutet ferner, daß bei all der menschlichen Arbeit immer wieder nach der Erfüllung des Willens Gottes gesucht und getrachtet werden soll, eines Willens, der das Heil der Menschen und der Welt zum Ziel hat. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Arbeit und die konkrete Ausgestaltung der Arbeitswelt im Lichte einer auf Gott hin ausgerichteten Wertordnung zu sehen und zu betreiben. Die Wichtigkeit der Beachtung einer solchen Wertordnung wird heute besonders drastisch sichtbar, da in der Bedrohung der Menschheit durch den Nukleartod und den Umwelttod deutlich wird, wie sich die von Menschen geschaffenen und gestalteten Werke gegen sie richten, wenn die Menschen nicht entschlossen, verantwortungsvoll und partnerschaftlich miteinander und mit der Natur diese Welt im Sinne eines höheren, eben des göttlichen Heilsplanes gestalten.
3. Aus der Sinnbedeutung der Arbeit als Teilnahme am schöpferischen Wirken Gottes ergibt sich sodann die dringende Forderung nach einer Arbeitsordnung, innerhalb welcher die schöpferischen Fähigkeiten möglichst vieler, wenn nicht aller Menschen geweckt, gefördert und entfaltet werden können. Nur beiseite- und auswahlweise seien einige konkretere Forderungen

stichwortartig genannt: Subsidiäre Gestaltung der Arbeitswelt; Absage an lähmenden Dirigismus und Zentralismus (nicht gegen jedwede Zentralisation!); Vorrang der Privatinitiative; Mitbestimmung und Mitteiligkeit; Humanisierung der Arbeitswelt.

4. Arbeit als Teilnahme am schöpferischen Wirken Gottes beinhaltet schließlich auch die Forderung der Nachahmung Gottes „auch in der Ruhe, da Gott selbst ihm [dem Menschen] sein eigenes schöpferisches Tun in der Form der Arbeit und der Ruhe vor Augen führen wollte“, wie es die Enzyklika *Laborem exercens* ausdrückt. Der Mensch, dessen Gottesebenbildlichkeit sich vornehmlich in der personalen Geistigkeit und Freiheit ausdrückt, darf in der Arbeitswelt nicht zum Arbeitstier, zum Roboter oder zum Sklaven erniedrigt werden. Diese Ruhe ist notwendig zur Erhaltung und Regenerierung der physischen und psychischen Kräfte des Menschen sowie zur Besinnung auf jene und Verwirklichung jener Persönlichkeitswerte, die in der eigentlichen Arbeitswelt gar nicht oder zu wenig zur Geltung kommen.

4. Arbeit als Weg zur Selbstverwirklichung

Nach J. Messner bedeutet Selbstverwirklichung „vollmenschliches Sein durch Befriedigung der dem Menschen eigenen seelischen und leiblichen Bedürfnisse.“⁹ Solche Befriedigung erfordert eine optimale Entfaltung und Betätigung der Anlagen und Fähigkeiten des Menschen, was in einem erheblichen Ausmaß für die meisten Menschen in der in gesellschaftlicher Verbundenheit getätigten Arbeit geschieht. Ob solche Arbeit tatsächlich im Dienste der Selbstverwirklichung steht, hängt von vielen Faktoren ab, darunter wesentlich auch von ihren Rahmenbedingungen sowie von der Art und Weise ihres Getätigtwerdens. Es geht dabei vor allem um die Frage, ob die Arbeit im Dienste der möglichst umfassenden Verwirklichung humaner Grundwerte steht, ob sie diese Grundwerte ermöglicht und fördert oder sie behindert oder gar vernichtet.

Für die Arbeit als Weg zur Selbstverwirklichung ist bei ihrer Gestaltung vor allem folgendes zu beachten:

1. Da die Selbstverwirklichung, wie J. Messner⁹ betont, wesentlich an die Freiheit des Menschen gebunden ist, muß nicht nur die Arbeit mit ihren Früchten die Freiheitsmöglichkeiten der Menschen fördern und erweitern, sondern es müssen die Freiheitsräume bei der Gestaltung der Arbeit selbst möglichst gewahrt bzw. erweitert werden. Freilich darf bei all dem Freiheit nicht mit Willkür verwechselt werden, vielmehr muß beachtet werden, daß das Richtmaß der Freiheit mit J. Mess-

ner „der Wille zur Wahrheit“¹⁰ ist, wozu vor allem die Ausrichtung der Freiheit auf das wahrhaft Gute und das wahrhaft Richtige, auch Sachrichtige, gehört.

2. Da Freiheit in der Arbeit und durch die Arbeit wesentlicher Aspekte der Selbstverwirklichung nicht nur für einen oder für wenige Menschen, sondern für alle Menschen ist, gewinnt die Forderung nach Gerechtigkeit in der Arbeit und durch die Arbeit zentrale Bedeutung für die Arbeit als Weg zur Selbstverwirklichung. Neben der Forderung nach gerechter Aufteilung des Arbeitsertrages und ähnlichem ist heutzutage vor allem eine Gerechtigkeitsforderung bezüglich der Arbeit hervorzuheben: das Recht zur Arbeit als Menschenrecht. Das Recht zur Arbeit beinhaltet im Unterschied zum Recht auf Arbeit nicht ein gegenüber dem Staat jederzeit einklagbares Recht im Sinne klassischer Grundrechte, weil ein solches Recht zu teuer erkauft wäre mit dem Verzicht auf Privateigentum auch an Produktionsmitteln und mit dem Verzicht auf die freie Wahl des Arbeitsplatzes. Vielmehr besagt das Recht zur Arbeit ein dreifaches:

a) Das Verbot, irgend jemanden prinzipiell von der Arbeit auszuschließen.
b) Die Verpflichtung des Staates, der gesellschaftlichen Gruppen und aller Gesellschaftsmitglieder, für eine möglichst Vollbeschäftigung zu sorgen.

c) Die Forderung, die vorhandene Arbeit gerecht und solidarisch zu verteilen, sodaß nicht die einen ein Übermaß an Arbeitsmöglichkeiten besitzen, während die anderen das Schicksal der Arbeitslosigkeit mit all ihren negativen Folgen erdulden müssen. Dies gilt selbstverständlich nicht nur national, sondern auch international.

So einleuchtend auch die letztgenannte Forderung vom Standpunkt der Gerechtigkeit sein mag, so schwierig ist die Verwirklichung dieser Forderung, will man sie „demokratisch“ und nicht diktatorisch durchführen und nicht die Freiheit auf dem Weg zur Verwirklichung der Gerechtigkeit zu Grabe tragen. Es zeigt sich bei solchen Problemen immer wieder, daß den Menschen sozusagen „das Hemd näher ist als der Rock“. Was hier dringend vonnöten ist, das ist eine Bewußtseinsänderung in Richtung auf mehr Solidarität sowie Aufbau, Ausbau und Umbau von Sozial- und Wirtschaftsstrukturen und -institutionen im Sinne der gemeinten Solidarität, dies wiederum national und international.

3. Arbeit als Weg zur Selbstverwirklichung erfordert auch die Beachtung der Askese in der Arbeit und um die Arbeit. „Denn Askese weckt die Hemmungskräfte gegenüber einer unvermeidlich zur Enttäuschung führenden Lebensführung in der menschlichen, allzu menschlichen Welt der Scheinwerte. Sie macht empfänglicher für die

wahrhaften Werte, an denen sich menschliche Lebensfreude am tiefsten, reichsten und dauerndsten zu sättigen vermag“,¹¹ schreibt J. Messner.

5. Arbeit als Dienst der Liebe

Die im Glauben an Gott fundierte Liebe zu Gott und zu den Menschen stellt die Grundweisung neustamentlicher Botschaft dar, anders ausgedrückt: die Liebe ist das Hauptgebot des Christentums. Für die Betrachtung der Arbeit aus der Sicht der christlichen Anthropologie hat dies zur Folge, daß die Arbeit, mit der doch die meisten Menschen einen erheblichen Teil ihres Lebens verbringen, von dieser Liebe geprägt sein bzw. im Dienst dieser Liebe stehen muß.

Zunächst muß die Arbeit im Dienste der recht verstandenen Eigenliebe stehen. So dient die Arbeit der Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes und der Verwirklichung eines sinnerfüllten Lebens. Gerade auch zur Erreichung des letzteren gehört die Ausrichtung der Arbeit auf das Wohl des Nächsten im Sinne einer tätigen Nächstenliebe. Dazu gehört nicht nur die Arbeit der Eltern an der physischen und geistigen Versorgung ihrer Kinder, nicht nur die Tätigkeit der Ärzte und des Pflegepersonals im Dienste der Kranken, sondern die Orientierung aller Arbeit am Wohl der Mitmenschen! So ist bei der Arbeit immer wieder die kritische Frage zu stellen, ob sie letztlich dem Wohl der Menschen dient, eine Frage, die sich nicht nur etwa beim Bau von Marteranstalten aufdrängt, sondern bei all jener Arbeit stellt, welche etwa dem Vorteil der gegenwärtigen Generation dienend das Wohl der künftigen Generation schwer beeinträchtigt. In der Sprache der Sozialethik besagt dies die Notwendigkeit der Ausrichtung aller Arbeit am wohlverstandenen Gemeinwohl, welches ja wesentliche Voraussetzung auch der Erreichung des Wohls nicht nur eines einzelnen, sondern aller einzelnen ist. Hier kommt nun die Wichtigkeit der Ausrichtung aller Eigen- und Nächstenliebe, also aller Menschenliebe an der Gottesliebe besonders deutlich zum Vorschein. Solche Gottesliebe besagt die Betrachtung und Beachtung Gottes als jenes höchsten Gutes, von dem alle irdischen Güter ihren richtigen Stellenwert, ihre Bedeutung und ihr rechtes Maß erhalten. Solche Gottesliebe lehrt, sich selbst und den Nächsten so zu lieben, wie Gott dies haben will. Für die Arbeit bedeutet dies speziell:

1. eine Vermeidung der Arbeit als Selbstzweck bzw. eine Vermeidung der Absolutsetzung oder Überbetonung der Arbeit;

2. eine entscheidende Motivation für jene aufopfernde Tätigkeit im Dienst der Mitmenschen, welche mitunter bis zum Einsatz des Lebens reicht nach

den Worten der Schrift: „Es gibt keine größere Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt.“⁹⁾ Aus der Perspektive der Gottesliebe im Blick auf die Arbeit ist auch die Widmung der Arbeit zur Ehre Gottes bzw. die Verbindung von „ora et labora“ zu sehen.

6. Die Arbeit im Lichte von Christi Kreuz und Auferstehung

Daß Arbeit nicht reine Freude ist, sondern mit der menschlichen Arbeit manche Mühe und Plage verbunden ist, stellt nicht nur eine Aussage der Genesis, sondern eine allgemeine Erfahrungstatsache der Menschheit dar. Dabei kann das Arbeitsleid verschiedene Formen annehmen. Entscheidend ist die Sinndeutung und damit die Motivation für das Ertragen und mögliche Überwinden der Arbeitsmühe bzw. des Arbeitsleids. Die Enzyklika *Laborem exercens* gibt hierfür den christlichen Weg an, wenn sie schreibt: „In der menschlichen Arbeit findet der Christ einen kleinen Teil des Kreuzes Christi und nimmt ihn mit der gleichen Erlösgesinnung auf sich, mit der Christus für uns sein Kreuz auf sich genommen hat. In der Arbeit entdecken

wir immer, dank des Lichtes, das uns von der Auferstehung her durchdringt, einen Schimmer des neuen Lebens und des neuen Gutes, gleichsam eine Ankündigung des ‚neuen Himmels und der neuen Erde‘ [vgl. 2 Petr 3,13; Offb 21,1], die gerade durch die Mühsal der Arbeit hindurch dem Menschen und der Welt zuteil werden.“¹⁰⁾ Daraus ergeben sich Konsequenzen, von denen einige eigens hervorgehoben werden sollen:

1. Da Christus seinen Kreuzweg und Kreuzestod auf sich genommen hat, um die Menschen zu erlösen, kann Arbeitsmühe und Arbeitsleid in der Christusbefolgung nicht nur allgemein als Beitrag zur Erlösung der Menschen aufgeopfert werden, sondern gezielt auch zu dem Zwecke ertragen werden, um der Menschen Lebenslast und Lebensleid zu erleichtern bzw. wenigstens teilweise zu beseitigen.

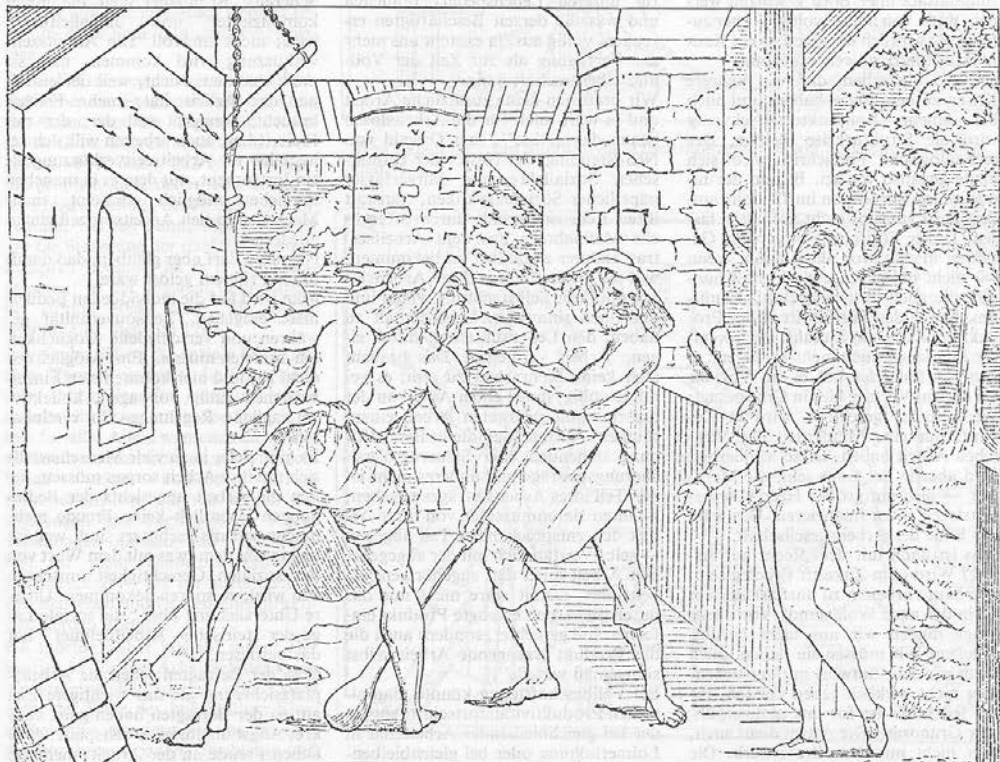
2. Ohne Christi Auferstehung innerweltlich verkürzt zu wollen, muß doch deren innerweltliche Bedeutung in der Arbeit um eine bessere Welt gesehen werden. Diese Bedeutung liegt darin, daß durch mühevollen und opfervolles Arbeiten an einer besseren und gerechteren Welt wenigstens ansatzweise Strukturen des „neuen Him-

mels und der neuen Erde“ sichtbar werden können.

3. Wenn auch gerade von Christi Kreuz und Auferstehung her der Imperativ ergeht, menschliches Kreuz und Leid — auch Arbeitsleid — nicht einfach allgemein als Schicksal hinzunehmen, sondern soweit als möglich zu mindern, zu überwinden und tragen zu helfen, so wird es doch nie gelingen, alles Leid — auch Arbeitsleid — auf dieser irdischen Pilgerschaft endgültig zu beseitigen, ja es wird sogar mitunter die Überwindung des Leides mit neuer Mühe und neuem Leid verbunden sein. Die endgültige Überwindung alles Leides, auch des Arbeitsleids, und damit die letzte Sinnerhellung aller irdischen Mühen und Plagen darf der Mensch am Ende der Tage, bei der „Auferstehung des Fleisches“ erhoffen.

Anmerkungen

- 1) Nell-Breuning, O.v., Arbeit, in: *Philosophisches Wörterbuch*, hrsg. v. Brugger, W., Freiburg/Br. 1976, 24—25, 24
- 2) Gen 1,27
- 3) Gen 1,28
- 4) Johannes Paul II., Enzyklika *Laborem exercens*, Vatikan 1981, art. 25, 96
- 5) Messner, J., Selbstverwirklichung, in: *Katholisches Soziallexikon*, hrsg. v. Kluge, A./Mantl, W./Zschoke, V., Graz 1980, 2531—2537, 2532
- 6) ebenda 2534
- 7) ebenda 2534
- 8) ebenda 2537
- 9) Joh 15,13
- 10) Johannes Paul II., *Laborem exercens* art. 27, 107



„Wir haben, o Herr, soeben ein intelligentes Produkt entwickelt.“

SCHLUSS- BETRACHTUNGEN

Zur Tagung des Kummer-Instituts

Angesichts der bestehenden Probleme müßte man erwarten dürfen, daß — und ich sage das ganz bewußt so — alle Menschen guten Willens zusammenrücken und umdenken. Aber noch kann davon keine Rede sein, obwohl es im OECD-Raum bereits mehr als 43 Millionen Arbeitslose gibt, obwohl in unserem kleinen Land Österreich nach der Statistik 150.000 Menschen arbeitslos, in Wahrheit aber weit mehr wirklich betroffen sind, und obwohl wir in der Steiermark von etwa 30.000 Arbeitslosen auch im Jahresdurchschnitt nicht mehr so recht wegkommen. Und ich fürchte, daß die ohnehin nur theoretisch diskutierten Modelle einer Neuverteilung der Arbeit ungeprüft und ohne jeden Realisierungsansatz über Bord geworfen werden, wenn von irgendwoher — eher zufällig als wirklich erhoffen — ein Konjunkturlüftel zu urren beginnt.

Es wird übersehen, daß wir mehrere Krisen zu bewältigen haben; und auch bei einem Konjunkturaufschwung wird die Strukturkrise bleiben. Der technologische Fortschritt wird sich heute genauso wie seit Beginn der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert auch von uns nicht aufhalten lassen. Dieser Fortschritt birgt viele Gefahren in sich, vor allem dann, wenn wir nicht in der Lage sind, die Chancen, die auch in ihm stecken, zu nutzen. Durch den Fortschritt in der Produktion können in Zukunft noch weniger Menschen noch mehr erzeugen. Prof. Atteslander hat es im Vorjahr bei seinem Vortrag hier in Graz gesagt: Wenn nichts geschieht, wird in Zukunft nur eine Minderheit der Menschen Arbeit haben. Diese Minderheit wird aber in der Lage sein, die Mehrheit — also ein großes Heer von Arbeitslosen — zu finanzieren. Das wäre das Ende der Arbeitsgesellschaft.

Was ist dann mit dem Recht auf Arbeit? Wird es in Zukunft Privileg sein, überhaupt arbeiten zu dürfen? Besteht darin der neue Wohlstand? Vor dieser Frage dürfen wir uns nicht herumdrücken. Wir müssen sie stellen, auch wenn wir eine Antwort nur versuchen, aber nicht wirklich geben können. Eines jedenfalls ist für uns unumstößlicher Grundsatz: Die Arbeit dient auch, aber nicht nur dem Broterwerb. Die Arbeit ist Teil der Sinnerfüllung des Lebens. In der letzten Sozialzyklika

„Laborem exercens“ heißt es sogar, daß der Mensch durch die Arbeit zum Menschen werde, und daß sie letztlich Mitwirkung am Schöpfungsauftrag bedeute.

Wenn eine Mehrheit — und zwar die überwältigende Mehrheit — Arbeit haben soll — und sie muß sie haben — dann werden wir Arbeit teilen müssen, denn mehr Arbeit wird es in Zukunft nicht geben, eher weniger. Und schon jetzt laufen ja all die Beschäftigungsprogramme vor allem auch darauf hinaus, die Arbeitslosen „zu beschäftigen“, Arbeit also um der Beschäftigung willen. Diese Arbeit braucht bzw. entlastet allerdings die Wirtschaft nicht, denn dank des Anstiegs der Arbeitsproduktivität reicht das, was wir für unseren Lebensbedarf brauchen und was die derzeit Beschäftigten erzeugen, völlig aus, ja es steht uns mehr zur Verfügung als zur Zeit der Voll- und Überbeschäftigung.

Wir brauchen keine zusätzliche Arbeit und es wäre auch für die Arbeitslosen genug da. „Aber“, sagt Oswald von Nell-Breuning, der Nestor der katholischen Soziallehre und Mitverfasser päpstlicher Sozialzykliken, „anstatt ihren Lebensunterhalt durch öffentliche Maßnahmen aus dem Arbeitsertrag anderer zugeführt zu bekommen, will die große Mehrzahl der Arbeitslosen um ihrer Selbstachtung willen und um einen sinnvollen Lebensinhalt zu haben, den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit verdienen. Das braucht aber keine Mehrarbeit zu sein; es genügt völlig, ihnen einen Anteil an der bisher schon geleisteten Arbeit einzuräumen. Anstatt, daß die in Beschäftigung stehenden über Steuern, Versicherungsbeiträge und anderes mehr einen Teil ihres Arbeitsertrages abgeben, könnten sie unmittelbar von ihrer Arbeit den entsprechenden Teil abgeben — selbstverständlich mit der abgegebenen Arbeit auch den zugehörigen Arbeitslohn. Damit wäre nicht nur das durch die Arbeit erzeugte Produkt einfacher und gerechter, sondern auch die das Produkt erzeugende Arbeit selbst sinngemäß verteilt“.

Bei Vollbeschäftigung könnte man also den Produktivitätsfortschritt entweder bei gleichbleibender Arbeitszeit in Lohnerhöhung oder bei gleichbleibendem Lohn in Arbeitszeitverkürzung ausschütten oder auf beide Formen

aufteilen; um bei einer Stagnation mehr Menschen in den Arbeitsprozeß einzugliedern, müssen diejenigen, die in Beschäftigung stehen, einen Bruchteil ihrer Arbeitsstunden und des dazugehörigen Lohnes an die Arbeitslosen abtreten. Das wäre ein Modell, Arbeit für mehr Menschen zu haben, ohne daß es mehr Arbeit gibt.

Und dennoch gibt es noch einen Bedarf an mehr Arbeit: Etwa im sozial- und mitmenschlichen Bereich oder bei jener Arbeit, die noch viel stärker einsetzen muß, um die Umweltzerstörung, die wir angerichtet haben, wieder auszuräumen und weiteren Zerstörungen vorzubeugen. Das ist auch Arbeit mit Sinn und Ziel, Arbeit, bei der man weiß, warum man arbeitet; Arbeit nicht bloß, um beschäftigt zu sein.

Im Herbst wird der Bundeskongress des Österreichischen Gewerkschaftsbundes stattfinden. Die neue Regierung hat schon verlauten lassen, daß sie in der Frage der Arbeitszeitverkürzung die Vorschläge des ÖGB abwarten wird. Als leidenschaftlicher Gewerkschafter freue ich mich darüber und hoffe, daß wir uns auch im Gewerkschaftsbund zu individuellen Lösungen durchringen können, denn die Zeit des „alles-über-einen-Kamm-Scherens“ ist in einer Welt, die immer komplizierter und uneinheitlicher wird, nicht sinnvoll. Die Arbeitszeitverkürzung wird kommen, und sie muß kommen. Nicht, weil der einzelne, der Arbeit hat, mehr Freizeit braucht, sondern weil der, der nur Freizeit hat, auch arbeiten will. Ich sehe daher die Arbeitszeitverkürzung als ein Instrument, mit dem es in manchen Bereichen möglich erscheint, mehr Menschen in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

Niemand darf aber glauben, daß damit unser Problem gelöst wäre.

Man wird auf die individuellen Bedürfnisse eingehen, Zeitsouveränität gewähren und verschiedene Möglichkeiten anbieten müssen. Eine Möglichkeit dazu ist, und hier könnten sich Einzelbranchen ruhig vorwagen, kollektivvertragliche Regelungen zu vereinbaren.

Es gibt viele, ja zu viele Menschen, die sich um ihre Arbeit sorgen müssen, denen die Arbeit angesichts der Bedingungen eigentlich keine Freude mehr macht und die verbittert sind, weil sie nichts von dem, was mit dem Wort von der sozialen Gerechtigkeit umschrieben wird, zu spüren bekommen. Unsere Untersuchung über „die soziale Lage der steirischen Arbeitnehmer“ hat das bewiesen.

67% der Befragten sehen die Arbeitsplatzsicherung als das wichtigste Ziel an, 3/4 der Befragten haben ganz konkret Angst um ihren Arbeitsplatz. 46% haben Freude an der Arbeit; mehr als 50% der unter 20-jährigen glauben, daß ihnen gesetzlich verankerte Lei-

stungen vorenthalten werden. Bei 49% der Befragten muß auch der Ehepartner, das ist meistens die Frau, zur Arbeit gehen, um überhaupt die wichtigsten Bedürfnisse der Familie befriedigen zu können. — 47% der Befragten sehen die Frauen im Betrieb zumindest teilweise für benachteiligt an, der Mittelwert des Lohnes einer Frau ist gegenüber dem Mann um durchschnittlich S 2000,— niedriger. — 67% der Befragten verdienen im Monat weniger als S 9000,—. Dazu ein Vergleich: Ein Arbeiter in der Eisen- und Metallverarbeitenden Industrie hat (einschließlich der Sonderzahlungen) im Jahre 1982 monatlich im Durchschnitt S 13.201,— verdient, ein Arbeiter in der Holzindustrie S 12.835,— und ein Textilarbeiter S 10.280,—. Von den Angestellten rede ich gar nicht. Ein Arbeitsloser, der, bevor er arbeitslos wurde, relativ gut, also etwa S 18.000,— verdient hat, bekommt gegenwärtig netto monatlich S 7.544,— ohne Sonderzahlungen — an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Freuen wir uns, daß das möglich ist. Noch lieber hätten wir, daß es diese Arbeitslosen nicht gibt. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß damit bewiesen ist, daß es tausende Arbeitnehmer gibt, die monatlich weniger bekommen als andere tausende Arbeitslose.

Diese Fakten zeigen uns ernüchternd, daß neben der Frage der Neuverteilung der Arbeit auch die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit zu stellen ist. Vergessen wir es nicht, daß es Arbeitnehmergruppen gibt, denen eine solidarische Neuverteilung der Arbeit nicht zugemutet werden kann, weil sie selbst um die Sicherung der nackten Existenz kämpfen. Deshalb ist es meine Überzeugung: In der sozialen Grundstruktur stimmt etwas nicht, die soziale Ordnung ist nicht im Lot!

Ich glaube daher, die soziale Frage unserer Tage ist einerseits die Frage nach dem Arbeitsplatz für jeden und andererseits die Frage nach der Gerechtigkeit für alle. Allein wenn uns dieses Bewußtsein vereint, können wir schon ein Stück weiter kommen. Unser Kummer-Institut will mit seinen Begegnungen und Tagungen zur Nachdenklichkeit mahnen; und Impulse geben für mehr Gemeinsamkeit und Partnerschaft — die vor allem auch in den Betrieben und Dienststellen praktiziert werden könnte.

Ich möchte daher bewußt sagen: Der Betrieb ist für uns Arbeitnehmer keine biedermeierliche Idylle, aber auch nicht der Platz des haßerfüllten Klassenkampfes, sondern für uns der Ort, der uns herausfordert, Probleme und Konflikte im Geiste der christlichen Soziallehre partnerschaftlich zu lösen.

Kämpfen wir gemeinsam dafür, daß möglichst alle Menschen Arbeitszeit haben und Freizeit haben. Kämpfen wir aber auch dafür, daß die Menschen

einen Teil der Zeit, die ihnen gegeben ist, als Sozialzeit nützen, als Zeit für den Nächsten und mit dem Nächsten.



„Was haben Sie? Ein alternatives Arbeitskonzept? Davon habe ich alle Schubladen voll.“



„Und wenn diese verwaschenen Texte fertig getrocknet sind, wird das Wirtschaftsprogramm zu einer ordentlichen Broschüre gebunden.“

WELCHE ZUKUNFT HAT DIE ARBEIT?

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen — d. h. die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit für alle arbeitswilligen Teile der Bevölkerung — ist seit nunmehr fast einem Jahrzehnt das beherrschende politische Thema und Problem der Industrienationen. Und es ist ein tragisches Paradoxon: Je lauter das Zauberswort „Arbeitsplatzsicherung“ beschworen wird, umso höher sind die Arbeitslosenziffern, umso größer ist die Arbeitsplatzangst (die ja, wie auch die jüngste Untersuchung des Kummer-Institutes zur sozialen Lage der Arbeitnehmer in der Steiermark im Gleichklang mit allen Studien feststellte, die erste Sorge aller ist), umso fragwürdiger erscheinen bisherige Konzepte der Beschäftigungssicherung. Allgemein wächst das oft noch unbestimmte Gefühl, daß sich eine grundlegende Wende abzeichnet und notwendig ist. Dies ist eine große Herausforderung an eine grundsatz- und zukunftsorientierte Arbeitnehmerpolitik. Daher ist es als ein besonderes Positivum zu werten, daß gerade in den letzten Jahren in der Steiermark die Wiederbelebung des Dr.-Karl-Kummer-Institutes für Sozialpolitik und Sozialreform eine so erfreuliche Entwicklung genommen hat. Denn gerade im Arbeitnehmerbereich trifft der Vorwurf einer mangelnden Programmatik besonders hart. Die Klischees „sozial = sozialistisch“, die sozialistische Bewegung sei die Monopolverwaltung der Arbeitnehmer, und lediglich sozialistischer Theorie und Praxis sei der soziale Fortschritt in den letzten 100 Jahren zu verdanken, bestimmen, obwohl sie unrichtig sind, leider vielfach die politische Auseinandersetzung. Heute aber stellen sich gerade in diesem Bereich grundlegend neue Fragen:

- Geht uns die Arbeit aus? — eine besonders drängende Frage angesichts der Rekordarbeitslosigkeit im gesamten OECD-Raum und auch steigender Arbeitslosigkeit in Österreich.
- Ist das System der sozialen Sicherheit überhaupt noch finanzierbar?
- Ist zur alten sozialen Frage (Kapital — Arbeit) nicht die neue soziale Frage, also die Frage der benachteiligten Gruppen (alte Menschen, Behinderte, Randgruppen, kinderreiche Familien, Alleinstehende etc.) getreten?
- Wieso konnte bislang der Kampf gegen die Armut nicht nur nicht gewonnen werden, sondern tritt versteckt und verschämte Armut in noch grö-

ßeren Bereichen auf?

● Wieso ist die Schere der Einkommensverteilung innerhalb der letzten zehn Jahre noch größer geworden? Ralf Dahrendorf, einer der originellsten liberalen Zukunftsdenker, sagt in seinem Buch „Der Liberalismus in Europa“, „daß Sozialisten die Kräfte von gestern sind und daß die Politik von heute und morgen ganz andere Formen wird annehmen müssen“. Dies ist gerade für die christliche Arbeitnehmerpolitik, die auf eine große Tradition zurückblicken kann, eine große Herausforderung und Chance. Denn die neuen Probleme, die sich in den Krisensituationen zeigen und zu verstärktem Pessimismus und großer Zukunftsangst Anlaß geben, können nicht mit alten Phrasen bewältigt werden. Das 1979 auch in der Steiermark wiederlebte Karl-Kummer-Institut sieht es als seine Aufgabe an, grundsätzliche und konkrete Fragestellungen einer modernen Arbeitnehmerpolitik vor allem aus christlicher Sicht zu behandeln. Es wird ein Brückenschlag und eine enge Zusammenarbeit von Theorie und Praxis versucht. Und der 1967 verstorbene Karl Kummer, nach dem das Institut benannt wurde, sagte es klar: „Die christliche Sozialidee ist kein Gegenstand für schönegeistige Diskussionen, sondern für entschlossene Verwirklichung.“ So ist es ungemein erfreulich, daß sich im steirischen Kummer-Institut hervorragende und parteiungebundene Wissenschaftler (wie der anerkannte und bekannte Politikwissenschaftler Professor Mantl und der Sozialethiker Professor Zsifkovits), angesehene unabhängige Publizisten (wie der stellvertretende Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“, Dr. Kurt Wimmer), politische Verantwortungsträger wie Landeshauptmannstellvertreter Wegart, Landesrat Jungwirth und Landtagsabgeordneter Schützenhöfer), junge Akademiker und so viele Vertreter der sogenannten Basis — Betriebsräte und Personalvertreter — zu gemeinsamer Arbeit gefunden haben. Es werden in kleinen Arbeitsgruppen laufend in internen Klausurtagungen Konzepte und Vorschläge zu den neuen Fragen erarbeitet, die dann auf der Jahrestagung, die der öffentlichkeitswirksame Höhepunkt der Jahresarbeit ist, präsentiert werden. Als zweiter öffentlichkeitswirksamer Fixpunkt wurde der alljährliche Advent-Empfang des Kummer-Institutes eingerichtet, auf dem grundsätzliche Themen in be-

sinnlich und geselligem Beisammensein erörtert werden.

Die christliche Sozial- und Arbeitnehmerpolitik, der das Kummer-Institut verpflichtet ist, hat eine große Tradition. So hat Landesrat Kurt Jungwirth, Obmann des steirischen Instituts, in seinem Einleitungsreferat zur „Politik aus christlicher Sicht“ gesagt, es gab „die christliche Kapitalismuskritik eines Adam Müller oder Franz von Baader in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und in ihrer Folge die Forderungen von Männern wie Ketteler, Hitze, Hertling in Deutschland, wie Vogelsang und anderen in Österreich. Wären diese Stimmen zu ihrer Zeit besser beachtet worden, wäre Europa viel Gewalt erspart geblieben. Wo die Stimme christlicher Reformen zu schwach ist, geschieht marxistische Umwälzung.“

Es gilt daher festzuhalten:

- daß die christliche Arbeiterbewegung mit in Österreich so hervorragenden Köpfen wie Vogelsang und Kunschak einen erheblichen Anteil an den sozialen Errungenschaften hat (viele der entscheidenden Sozialgesetze, wie die allgemeine Unfall- und Krankenversicherung bis zum 1. Weltkrieg, gehen auf Initiativen der Christlich-Sozialen zurück);
 - daß die christliche Arbeiterbewegung auch über ausgeprägte theoretische Grundlagen verfügt (beginnt mit der 1891 erschienenen Enzyklika „Rerum novarum“, die die frühkapitalistische Wirtschaftsweise scharfstens anprangert);
 - daß wesentliche sozialpolitische neue Leistungen — insbesondere auch der Familienlastenausgleich und das Wohnungseigentumsgesetz — der 2. Republik auf ÖVP-Initiativen zurückgehen bzw. unter ÖVP-geführten Regierungen beschlossen wurden und daß die christlich-soziale Programmatik weiterentwickelt wurde (insbesondere im Wiener Programm des ÖAAB 1946 mit den klassischen Forderungen wie das Recht auf Arbeit und das Recht auf Betriebsmitbestimmung und der Festschreibung einer „freien Kirche in einem freien Staat“).
- Karl Kummer (1903—1967, Nationalratsabgeordneter und zeitweiliger ÖAAB-Generalsekretär) war einer der Mitautoren des Wiener Programmes und gab der österreichischen Sozialpolitik wesentliche Impulse. Insbesondere das Wohnungseigentum und der Familienlastenausgleich, um zwei Beispiele zu nennen, gehen auf seine Initiative zurück. 1953 gründete er das Institut für Sozialreform und Sozialpolitik, kurz Kummer-Institut genannt, das dieser Grundsatzdiskussion im Vorfeld der Parteien aus christlicher Sicht ein wichtiges Forum eröffnete. Das Institut hatte auch einen Zweigverein in Graz, der in den Siebzigerjahren wieder einschloß. Er wurde, wie

bereits angeführt, 1979 wiederbelebt. Ein glücklicher Zeitpunkt: Denn neue Technologien (Mikroprozessoren) und abgeschwächtes Wachstum ließen neue Fragestellungen über Arbeitszeit und Arbeitsplatzgestaltung aufkommen, die mit traditionellen sozialpolitischen Schematismen nicht gelöst werden können. Erstes Schwerpunktthema des neu gegründeten steirischen Instituts war daher der Problemkreis „Neue Arbeit“. Es wurden Konzepte zu folgenden drei Themenbereichen erarbeitet und in einer Broschüre, die auch einige grundlegende Darlegungen zur christlichen Soziallehre enthält, anlässlich der ersten Jahrestagung am 26. und 27. April 1980 präsentiert:

- **Qualität der Arbeit** (Vorsitz: NRAbg. Paul Burgstaller): Insbesondere wurden die Probleme im Zusammenhang mit den Möglichkeiten verstärkter individueller Mitbestimmung und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand (eine der ältesten Forderungen der christlichen Soziallehre), mit der Monotonie im Arbeitsablauf, mit gesundheitsgefährdenden Arbeiten, mit Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit angesprochen und Lösungsansätze aufgezeigt.

- **Arbeitszeiteinteilung** (Vorsitz: Gertraud Neureiter): Grundthese dieses Konzeptes ist, daß der Produktivitätsfortschritt vor allem auch für eine Flexibilisierung und Verkürzung der Arbeitszeit genutzt werden sollte. Die Vorschläge zielen auf mehr Zeitsouveränität ab, die auch auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen und bestimmter Gruppen (z.B. berufstätiger Frauen, älterer Arbeitnehmer) Rücksicht nehmen und damit auch eine klare Alternative zur allgemeinen Lösung einer generellen linearen Verkürzung darstellen.

- **Pendler** (Vorsitz: BRO Hans Wohlmuther): Besonders in der Steiermark wird das Pendlerproblem immer virulenter. Ohne eine Patentlösung anzubieten, wurde von der Arbeitsgruppe dieses Problem in all seiner Differenziertheit und Spannweite behandelt (insbesondere auch die Folgen einer Entwurzelung des Menschen und die Gefahr von entsiedelten peripheren Räumen), und es wurden kurz- und langfristige Vorschläge zur Linderung des Pendlerschicksals ausgearbeitet. Als Langzeit-Ziel wird — gerade in einer Zeit, in der zu groß dimensionierte Projekte (Gigantomanie) sich immer mehr als Fehlentwicklungen herausstellen — eine dezentralisierte Entwicklung nach dem Motto „Die Betriebe sollen zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt!“ angepeilt.

Selbst wenn wir davon ausgehen, daß mehr Freizeit die erstrebenswerte Perspektive darstellt, darf doch nicht übersehen werden, daß nur eine Aufgabe, eine Tätigkeit, also Arbeit im weitesten Sinne, Wesensbedingung

eines sinnerfüllten Lebens ist. Zugleich wird aber auch deutlich, daß die Art, wie gegenwärtig bei uns Freizeit von einer großen Zahl „genutzt“ wird, ebenfalls nicht dem Wunschbild entspricht. Das Ziel, eine menschliche Arbeit für alle zu sichern, ist heute nicht mehr mit Patentrezepten, sondern nur mit tausend kleinen Schritten zu erreichen. Nur einige Hinweise, um welche Schritte es sich dabei handeln sollte:

- bei der Wachstumssicherung um eine Expansion in „sauberen“ Branchen und um intelligente Produkte;

- bei der staatlichen Beschäftigungssicherung um Infrastruktur-, Umwelt- und Energieinvestitionen;

- bei der Arbeitszeitpolitik um flexible und freizitätssichernde Lösungen mit dem Ziel von mehr Zeitsouveränität;

- bei der Freizeitgestaltung um die Möglichkeit eines sinnerfüllten Engagements auch im mitmenschlichen Be-

reich;

- bei der sozialen Gewichtung von Tätigkeiten um eine Neubewertung der ehrenamtlichen Arbeit, der Aktivität in der Familie und der Eigenarbeit;

- bei der Produktionsgestaltung — nach wie vor — um eine Humanisierung der Arbeitswelt.

Schließlich sind bei all diesen Fragen zwei Eckwerte der christlichen Soziallehre von besonderer Bedeutung: Die Subsidiarität in dem Sinne, daß in kleinen Gemeinschaften durchaus Modelle erprobt werden sollen, die nicht zentral geregelt sind, und vor allem die Solidarität. Es wird eine echte Solidarität aller mit allen gefordert, die der Arbeitsbesitzenden mit den Arbeitslosen, die der starken Gruppen mit denen der benachteiligten Gruppen, die der Arbeitnehmer mit ihren Betrieben genauso wie die der Unternehmen mit ihren Arbeitnehmern.



ARBEITSZEIT- VERKÜRZUNG

Schaffung oder Gefährdung von Arbeitsplätzen? Ein konkreter Lösungsansatz

Die Arbeitszeitverkürzung scheint in greifbare Nähe gerückt zu sein. Gewerkschaftsbundpräsident Benya und Sozialminister Dallinger scheinen bei dieser Frage in Gleichschritt zu kommen. Auf der anderen Seite schlägt Wirtschaftskammerpräsident Sallinger Alarm, daß die österr. Wirtschaft am Rande ihrer Belastbarkeit angelangt sei. Die 35-Stunden-Woche stellt nach Präsident Sallinger eine unzumutbare Belastung dar, zusätzlich zur Einführung der Arbeiter-Abfertigung und der bereits beschlossenen Urlaubsverlängerung. Die österr. Wirtschaft scheint in der derzeitigen Weltwirtschaftslage tatsächlich an der Grenze der Belastbarkeit angelangt zu sein. In einer so erfolgreichen Wirtschaftsnation wie Japan arbeiten die Menschen pro Jahr durchschnittlich mehr, als es derzeit bereits Herr und Frau Österreicher tun. — Ist die Arbeitszeitverkürzung wirklich ein brauchbares Instrument zur Schaffung neuer Arbeitsplätze? Gibt es ein zusätzliches oder alternatives Instrument für die Wirtschaft, welches bei der Bewältigung der Probleme einen praktikablen Lösungsansatz darstellt? Doch vorweg einige Überlegungen, wie sich die Arbeitszeitverkürzung konkret auswirken könnte.

Die Unternehmensseite warnt, daß durch die Arbeitszeitverkürzung keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei vollem Lohnausgleich bringt die Arbeitszeitverkürzung eine indirekte Erhöhung der Lohnkosten für das Unternehmen. Der bereits bestehende Kostendruck könnte nun die Unternehmen dazu zwingen, diese Lohnerhöhung durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität abzufangen.

Dies bedeutet für den Arbeitnehmer:

- eine Erhöhung seiner Arbeitsleistung pro Zeiteinheit,
- und dies bedeutet wiederum eine stärkere Belastung des Arbeitnehmers und eine erhöhte Stressanfälligkeit. Die negativen Auswirkungen auf die Volksgesundheit würden das Sozialversicherungssystem noch mehr belasten.
- Die Arbeitsplatzqualität sinkt, das Betriebsklima verschlechtert sich und damit auch die Leistungsmotivation.

Die Folgen für das Unternehmen wären dann:

- Ein mögliches Absinken der Qualität der erbrachten Leistung.
- Der Verlust von Arbeitskapazität, um einerseits neue Rationalisierungsmaßnahmen zu finden und durchzuführen, und andererseits um neue Absatzchancen zu suchen und zu nutzen.
- Eine geringere Achtung der im Betriebsgeschehen eingesetzten Werte konnte zusätzliche Kosten bedingen. Auch im streng strukturierten Arbeitsprozeß, wie Serien- oder Fließbandfertigung, wird die anfallende Arbeit vermutlich eher durch Überstunden ausgeglichen (da flexibler) als durch einen zusätzlichen Arbeitsplatz. In Unternehmen mit bestehender Überkapazität ist nicht einmal eine Steigerung der Arbeitsproduktivität möglich, hier bedeutet die Arbeitszeitverkürzung nur

den Abbau der freien Kapazitäten. So wird die durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität vordergründig bewahrte Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens durch die negativen Auswirkungen wieder zunichte gemacht. Zudem wird das Unternehmen weniger flexibel, sich den ständig verändernden Markterfordernissen anzupassen, und damit wiederum die internationale Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt werden.

Die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft wären leicht absehbar:

- Das Brutto-Sozialprodukt würde durch eine Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit und der Volksgesundheit sinken.

- Die Handelsbilanz würde sich verschlechtern, da ein Absinken der Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Mitbewerbern eine Verminderung der Exportchancen bedeutet, bei gleichzeitig steigendem Importdruck.

- Die negativen Auswirkungen auf die Währungspolitik wären dann eine weitere bekannte, logische Folge. Die Warnung der Unternehmensseite, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht Arbeitsplätze schafft, sondern nur noch mehr Arbeitsplätze gefährdet, scheint also berechtigt zu sein. Außerdem würden sich die bestehenden Strukturprobleme in der Volkswirtschaft eher verschlechtern, da die Möglichkeiten zur Innovation eingeschränkt und Firmenneugründungen erschwert werden. Die Klein- und Mittelbetriebe wären davon wiederum am stärksten betroffen, da sie kaum Möglichkeiten haben, die Arbeit innerbetrieblich entsprechend umzuorganisieren.

Das Problem der Arbeitsplatzschaffung und -sicherung kann daher nicht allein durch Arbeitszeitverkürzung erreicht werden, sondern müßte zusätzlich durch beschäftigungspolitische Maßnahmen flankiert werden, die zudem den Strukturwandel fördern. Dies bedeutet eine teilweise Abkehr von der praktizierten Unterstützungspolitik mittels Subventionen und Arbeitslosenunterstützung. Die direkte Unterstützung der Unternehmen für die Schaffung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes durch Zahlung von Subventionen durch Bund, Land oder Gemeinden macht die Politiker zudem erpreßbar. Können nämlich die getroffenen Vereinbarungen von der Unternehmensseite nicht erfüllt werden, so ist die Androhung der Schließung des Unternehmens ein mögliches probates Mittel, die erhaltene Förderung nicht zurückzahlen zu müssen. Die Effizienz dieser Förderungspolitik ist daher in Frage gestellt. Eine teilweise Abkehr von dieser Politik ist ja bereits erfolgt, durch die Innovationsförderung des Landes mittels günstiger Finanzierungsmöglichkeiten und teilweise Haftungsübernahme durch die InnoFinanz und die Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft.

Der unternehmerischen Kreativität müßte wieder mehr Bewegungsfreiheit in der Bewältigung der derzeitigen

wirtschaftlichen Probleme eingeräumt werden. Die Schaffung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes bedeutet für das Unternehmen eine erhebliche Investition. Doch im Gegensatz zu anderen innerbetrieblichen Investitionen gibt es dafür keine investitionsfördernden, steuerpolitischen Maßnahmen. Damit wären wir beim Kernproblem. Für betriebliche Investitionen im Anlagevermögen gibt es Investitionsbegünstigungen (wie vorzeitige AfA, Investitionsfreibetrag), um die Investitionstätigkeit der Unternehmen zu beleben. Über diesen Umweg soll das volkswirtschaftliche Getriebe in Schwung gehalten werden, um damit unter anderem auch die Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Was liegt also näher, „in Zeiten wie diesen“, die Investition in einen neuen, zusätzlichen Arbeitsplatz zu fördern und die Art und den Ort der Schaffung wieder mehr dem Regelkreis des marktwirtschaftlichen Systems zu überlassen?

Der Lösungsansatz für die Schaffung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes könnte daher folgendermaßen aussehen:

- 1.) Verkürzung der Arbeitszeit auf z.B. 35 Stunden pro Woche,
- 2.) Einführung eines Investitions-Freibetrages für die nachweisliche Schaffung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes.

Mit dieser flankierenden Maßnahme des zusätzlichen Absetzbetrages könnte gewährleistet werden, daß mit der Einführung der Arbeitszeitverkürzung auch die Schaffung von Arbeitsplätzen einhergeht. Die Mittel zur Finanzierung dieser Investitionsförderung könnten direkt aus dem Budget der Arbeitsmarktverwaltung zur Zahlung der Arbeitslosenunterstützung fließen. Der Wechsel von der Arbeitslosigkeit zur Beschäftigung ermöglicht in gleichem Maße eine Umschichtung der Mittel. Der „Investitionsfreibetrag“ ist in einer regressiven Form über z.B. 3 Jahre denkbar. Im ersten Jahr müßten zusätzlich zu den effektiven Lohnkosten 100% des Bruttolohnes als Investitionsfreibetrag zum Ansatz kommen. In den weiteren Jahren mit z.B. 65/35% pro anno. Dieser Investitionsfreibetrag dürfte nur bei der Einkommenssteuer zum Abzug gebracht werden, da sonst die Kleingewerbebetriebe und die Nichtgewerbebetriebe benachteiligt wären. Der 100%-ige zusätzliche Absetzbetrag im ersten Jahr würde bewirken, daß der zusätzliche Arbeitsplatz weder dem Unternehmen noch dem Steuerzahler etwas kosten würde. Mit zunehmender Beschäftigungsdauer würde sich der Beschäftigte durch die eigene Produktivität oder Umwegrentabilität finanzieren, daher auch die regressive Form.

Dazu ein Rechenbeispiel:

- Entlohnung z.B. 15.000.— brutto pro Monat
- 50%-iger annahmender durchschnittlicher Grenzsteuersatz Einkommenssteuer bedeutet
- 7.500.— liquider Steuervorteil für das Unter-

nehmen.

● Ein Arbeitsloser kostet die Arbeitsmarktwirtschaft ebenfalls durchschnittlich 7.500.— pro Monat (inkl. aller Zuschüsse und Nebenkosten, geschätzter Durchschnitt).

Mit dieser Umschichtung würde die Schaffung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes den Steuerzahler anfangs keinen zusätzlichen Schilling kosten. Die Zusatzkosten in der Folgezeit in Form des Steuerentganges in Höhe der Differenz der Grenzsteuersätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (z.B. 52%/38%) würden durch andere positive Steuereffekte kompensiert werden. Die Festlegung genauer Restriktionen im Einkommenssteuergesetz wäre natürlich unerlässlich. Diese wären z.B.:

- Mindestbeschäftigung von 3 Jahren
- Eine Einkommensgrenze von 250 T. p.a.
- Die Bereitstellung eines überprüfbaren Nachweises über die Schaffung des zusätzlichen Arbeitsplatzes
- Einsatz des Beschäftigten im Rahmen von Innovations- oder Rationalisierungsmaßnahmen u.ä. mehr.

Durch die Schaffung genauer Richtlinien im Einkommenssteuergesetz ist die Abwicklung und Überprüfung durch eine bestehende und effiziente Institution wie das Finanzamt gewährleistet. Bei Nichtbeachtung der Richtlinien müßte das Unternehmen den zum Ansatz gebrachten Absetzbetrag nachträglich versteuern. Mit der Abwicklung über das Finanzamt und der Festlegung der genauen Bestimmungen, wären die Politiker auch nicht mehr erpressbar und die Unternehmen würden dazu zu erst gar nicht verleitet werden.

Die positiven Auswirkungen auf die Volkswirtschaft seien nur kurz erwähnt:

1.) Mit der Schaffung zusätzlicher Arbeitskapazität könnte die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen erhöht werden, und zwar durch Produktinnovation, Aufdeckung von Marktnischen, Finden von zusätzlichen Absatzkanälen, Setzung von absatzfördernden Maßnahmen, Erschließung neuer Technologien, Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen und dergleichen mehr;

2.) das Brutto-Sozialprodukt könnte damit verbessert werden, und

3.) die Handelsbilanz könnte zusätzlich eine positive Entwicklung nehmen durch Erhöhung der Exportchancen bei gleichzeitig sinkendem Importdruck.

Eine weitere Verbesserung der strukturellen Arbeitsprobleme könnte erreicht werden, indem der Arbeitnehmer bei Umsiedelung aufgrund des Betriebswechsels eine Unterstützung bei den Kosten der damit verbundenen Haushaltsgründung gewährt bekommt. Die Umzugskosten (Speziation) können jetzt schon als Werbungskosten bei der Einkommenssteuer zum Ansatz gebracht werden. Nicht geregelt ist jedoch der Ansatz des Mehraufwandes der Haushaltsgründung beim Wechsel des Dienstortes. Hier wäre z.B. eine Pauschale von 50 T S als zusätzlicher Ansatz von Werbungskosten denkbar. Dieser Ansatz könnte mit einer bestimmten Einkommenshöhe pro anno begrenzt sein (z.B. 300 T S p.a.).

Diese Ansätze könnten natürlich keine umfassende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeiführen; sie würden jedoch mit Sicherheit eine meßbare Verbesserung der Arbeitsmarktsituation bringen. Vielleicht bringt eine Anhebung der Beschäftigtenzahl insgesamt eine Verbesserung der Arbeitsmoral und damit indirekt eine Verbesserung im Konsum- bzw. Investitionsverhalten; dies würde jedenfalls auf die betroffenen beschäftigungslosen Mitbürger zutreffen. Sie könnten auf jeden Fall wieder einen sinnvollen Beitrag zur Volkswirtschaft leisten, sowohl im Absatzbereich als auch in der Produktion.

Kurt Jungwirth

NEUE ARBEIT, NEUER LEBENSSTIL

Ein Österreicher, der heute um die 50 Jahre ist, hat in seiner Jugend Kinder kilometerweise barfuß in die Schule gehen sehen. Heute kann er in Mistkübeln von Schulen Wurstsemeln und Butterbrote finden, welche die mit Gratisautobussen beförderten Kinderlein dort hineinwerfen. Das heißt mit anderen Worten: Wir sind von der Notgesellschaft in die Überfluggesellschaft geraten. Das Mittel dafür hieß Industrialisierung.

Industrialisierung hat uns viele schwere Arbeitslasten abgenommen. Sie hat den Schweiß unseres Angesichts getrocknet, mit dem unsere Vorfahren ihr Brot hart verdienen mußten. Durch Industrialisierung sind wir in der Lage, mehr Dinge zu produzieren, als wir fürs nackte Überleben brauchen. Unsere Arbeit bringt uns nicht nur Mittel zum Überleben, sondern auch zum besseren Leben. Lebensstandard nennen wir das, Lebensqualität. Heute ist in Österreich leben mehr als nicht verhungern. Das ist gut so.

Das ist gut so unter der Voraussetzung, daß wir vier Dinge nicht übersehen.

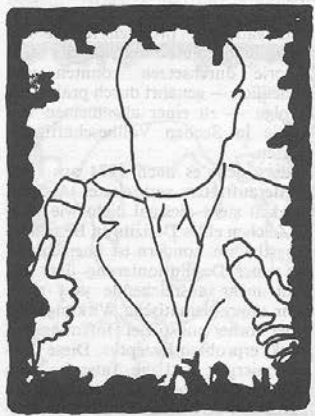
1.) Industrialisierung bringt nicht nur mehr Lebensstandard, sondern auch mehr Abhängigkeit. Wir haben die Früchte unserer Arbeit nicht mehr in unserer Hand wie einst ein kleiner Bauer oder Handwerker. Industrialisierung bedeutet mehr Abhängigkeit von einer riesigen Maschinerie, die man meistens einfach „Wirtschaft“ nennt. In der gibt es blühende Firmen, aber auch Firmenpleiten. 500.000 Firmen gehen in den USA in einem Jahr ein. 500.000 oder ein paar mehr werden in einem Jahr neu gegründet. Das bedeutet, daß Menschen wandern müssen von Betrieb zu Betrieb, von Region zu Region. „Mobilität“ heißt das Schlagwort, Beweglichkeit, man könnte auch sagen: Bereitschaft, dem Geld nachzulaufen. Das liegt uns in Mitteleuropa nicht unbedingt. Es ist eben nicht alles Gold, was glänzt.

2.) Es gibt Phasen des Aufschwungs und Phasen des Abschwungs. Im Abschwung müssen wir bereit sein zurückzuschalten, einzuschränken. Wir haben im Überfluß die Bereitschaft vergessen zu teilen. Brot zu teilen, Geld zu teilen, Zeit zu teilen. Es ist untragbar, daß die einen voll beschäftigt, die anderen arbeitslos sind.

3.) Industrialisierung bedeutet Handel mit der ganzen Welt, Ausfuhr und Einfuhr. Wir können uns nicht mehr die Dinge allein richten, wir müssen mit

möglichst vielen fremden Ländern reden. Wir müssen auch wissen, daß wir zum reichen Norden gehören, der den armen Süden ausnützt. Eine Weltwirtschaftsordnung muß kommen. Kein Mensch weiß noch, wie sie eines Tages wirklich aussehen und funktionieren kann. Auf lange Sicht haben wir aber nur die Wahl zwischen einer gerechteren Ordnung oder furchtbaren Kriegen.

4.) Wo das Industriesystem zwischen durch gut funktioniert, schenkt es uns viel freie Zeit. Auf die ganze Lebenszeit umgelegt, arbeiten wir schon jetzt nicht mehr als 3 Stunden pro Tag. Wir haben für die Arbeit Tugenden entwickelt wie Fleiß, Pünktlichkeit, Gewissenhaftigkeit. Für unsere freie Zeit brauchen wir auch dringend welche. Die Möglichkeit, sich jeden Tag sinnlos zu besaufen, ist ein schwaches Resultat von Industrialisierung. Wozu arbeiten, wozu leben? Zeit zum Leben haben, zum eigenen Leben, persönlich leben, seine Lebenszeit nicht totschlagen, sich nicht selber totschlagen, fähig und bereit sein, bewußt zu leben, sinnvoll zu leben, das alles ist für unser Überleben genauso notwendig geworden wie Hunger und Durst zu stillen.



EIN MOSAIK DER ARBEITSGESELLSCHAFT

Aus Untersuchungen zum Problem der Arbeitslosigkeit

Theorie der Vollbeschäftigung

Nach 1929 stand die orthodoxe akademische Wirtschaftstheorie mit leeren Händen da. Ihre Predigten, daß die ungestörten Marktkräfte das Beschäftigungsproblem lösen könnten, befanden sich in solch krassem Gegensatz zu den Realitäten der Krise und boten so wenig Anhaltspunkte für praktisch mögliche und wirksame Aktionen, daß sie nicht nur unter Praktikern und Unorthodoxen, sondern auch in den eigenen Reihen an Glaubwürdigkeit verlor. In diese Szenerie der theoretischen und praktischen Ratlosigkeit brach nun der neue keynesianische Ansatz — sobald er einmal verstanden wurde — wie eine Erleuchtung und Erlösung herein. Ohne den traditionellen Boden ganz in Frage zu stellen, gelang es hier offensichtlich, die Unterbeschäftigung nicht als pathologisches, sondern als zentrales Problem zu erfassen und sich über entsprechende Therapien Gedanken zu machen.

Dieser Übergang von einer Nicht-Theorie der Beschäftigung zu einer zunächst nur in Umrissen erkennbaren, dann immer deutlicher werdenden allgemeinen Theorie der Beschäftigung hatte im Angesicht des brennenden Arbeitslosenproblems einen ungeheuer stimulierenden Effekt auf Theorie und Politik. 1930 bis 1940 waren — insbesondere in Skandinavien und den angelsächsischen Ländern — „the Years of High Theory“, wie Shackle sie nannte, in denen die Theorie mit großer Zuversicht beschäftigungsrelevante „Innovationen“ produzierte, die sich gegen die absolute Passivität der alten Theorie durchsetzen konnten und schließlich — genährt durch praktische Erfolge — zu einer allgemeinen Euphorie in Sachen Vollbeschäftigung führten.

Anders sieht es nach 1974 aus. Das Wiederauftreten verbreiteter Arbeitslosigkeit steht diesmal nicht wie 1930 im Zeichen eines Defizits an Beschäftigungstheorie, sondern ist überschattet von einer Desillusionierung über die nicht mehr ausreichende und nicht mehr unproblematische Wirkungsweise der vorher mit so viel Hoffnung und Effekt erprobten Rezeptur. Diese Desillusionierung und die Tatsache, daß das Ausmaß und die ökonomischen Lasten der Arbeitslosigkeit in den In-

dustriestaaten nicht so drückend sind wie in der Zwischenkriegszeit, haben zu einer Wiederbelebung der früheren ökonomischen Theorien auf höherer Ebene geführt. Statt eines Durchbruchs zu neuen beschäftigungstheoretischen Forschungen und Einsichten erleben wir im theoretischen Bereich zum Teil unfruchtbare und esoterische „Schulstreite“ (Keynesianer kontra Monetaristen) und in der Praxis eine Tendenz, die Arbeitslosigkeit und die Dringlichkeit ihrer Bekämpfung herunterzuspielen. Während sich in den dreißiger und vierziger Jahren, mitten in Arbeitslosigkeit und Not, klare Linien einer hoffnungsvollen Beschäftigungstheorie und Beschäftigungspolitik abzeichnen begannen, herrscht heute eher ein Klima der Skepsis und Desorientierung, von dem sowohl die Theorie wie die Beschäftigungspolitik betroffen ist.

Kurt W. Rothschuh: Kritische Darstellung der theoretischen Grundlagen der Vollbeschäftigungspolitik, in: DIW-Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1980, H.1, S. 10

Durch mehr Arbeit zu mehr Freizeit

Für den Ruf nach einer kürzeren Arbeitszeit gibt es schwerwiegende Gründe. Die Wichtigste ist, daß alle anderen Mittel im Kampf gegen die Beschäftigungskrise versagt haben. Seit acht Jahren nimmt die Zahl der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr zu. Ein Ende dieser tristen Entwicklung ist nicht abzusehen, denn

- trotz schrumpfender Bevölkerung wächst mindestens noch bis zum Ende der achtziger Jahre die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter — eine Folge des Baby-Booms in den sechziger Jahren;

- gleichzeitig scheiden relativ wenig ältere Arbeitskräfte aus dem Berufsleben aus — eine Folge der hohen Verluste, die diese Jahrgänge im Krieg erlitten haben;

- diese Entwicklung fällt mit einer weltweiten Wirtschaftskrise zusammen. (...)

Was also liegt näher, als die knappe Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen, indem die Arbeitszeit für alle gekürzt wird? (...)

Die Gewerkschaften und mit ihnen zahlreiche Wissenschaftler und Politiker reden ständig von der notwendigen „Umverteilung der Arbeit“ und den-

ken dabei in den Kategorien der Mangelwirtschaft, basteln an Zuteilungssystemen. Doch in Wirklichkeit geht es nicht um die Rationierung der Arbeit, sondern um die sinnvolle Verteilung eines wertvollen und begehrten Gutes — nämlich von mehr Freizeit.

Und wenn die Arbeitgeber behaupten, wir könnten uns kürzere Arbeitszeiten gar nicht leisten, übersehen sie, daß bereits für mehr als zwei Millionen Menschen die Arbeitszeit auf Null reduziert worden ist — und zwar unfreiwillig. Diese Arbeitslosen haben weit mehr Freizeit, als ihnen lieb ist. Umgekehrt müssen — wie zahlreiche Untersuchungen zeigen — Millionen Menschen viel länger arbeiten, als sie eigentlich möchten: Starre Arbeitszeiteinordnungen lassen den meisten Beschäftigten nur die Wahl, sich in das enge Korsett einzupassen oder ganz auf eine berufliche Tätigkeit zu verzichten — „mündige Bürger“ ohne Selbstbestimmung über ihre Arbeitszeit. Derart unsinnige Ergebnisse kommen immer dann zustande, wenn Märkte zu stark reglementiert sind, wenn Bürokraten und Funktionäre glauben, daß sie den Betroffenen die Entscheidungen abnehmen müssen. Der Arbeitsmarkt ist verkrustet, wie kaum ein anderer unserer Wirtschaft.

Hier liegt der Schlüssel zur Lösung. Statt alle Beschäftigten zu zwingen, ihre Arbeitszeit (und ihr Einkommen) unter dem Diktat der Funktionäre zu reduzieren, sollte endlich den rund fünf Millionen Männern und Frauen, die gerne freiwillig weniger arbeiten würden, dazu auch die Möglichkeiten geboten werden. Das wäre dann sogar Arbeitszeitverkürzung zum Nulltarif. Millionen Beschäftigte halten nämlich eine individuellere Arbeitszeit für so wertvoll, daß sie bereit wären, dafür einen Preis zu zahlen — durch freiwilligen Einkommensverzicht. Je größer die Wahlmöglichkeiten sind — von bekannten Modellen wie Teilzeitarbeit oder Job-Sharing bis zu ganz neuen Formen der Schichtarbeit — und je größer die Rücksichtnahme auf die jeweiligen Bedürfnisse des Betriebes und die Wünsche der Mitarbeiter ist, um so größer wird auch das Interesse sein, sie aufzugreifen.

Das notwendige Umdenken verlangt von Arbeitgebern und Gewerkschaften Phantasie und den Mut, dem Markt selber den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu überlassen. Wir erhielten dafür die große Chance, das Problem der Massenarbeitslosigkeit innerhalb weniger Jahre zu lösen — ohne un kalkulierbare soziale Konflikte und ohne die Gefahr, durch noch mehr Reglementierung die Krise weiter zu verschärfen. Mehr Arbeitszufriedenheit und ein Gewinn an Lebensqualität wären zusätzliche Vorteile einer solchen Strategie. Noch wäre es Zeit für ein Umdenken.

Michael Jungblut in Die Zeit Nr. 21, 20. 5. 1983

Die Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Österreich

An diskretionären Maßnahmen zur Reduktion des Arbeitskräfteangebotes stehen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die Verringerung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte, eine Verlängerung der Schulzeit, eine Senkung des Pensionsalters (beides bedeutet eine Verringerung der Lebensarbeitszeit), eine Verlängerung des Karenzurlaubes sowie eine Verkürzung der Normalarbeitszeit zur Verfügung. (...)

Effekte arbeitsmarktpolitischer Eingriffe auf das Arbeitskräfteangebot Angebotsprognose II 1979—1985

Angebotsprognose II 1979—1985	+ 220.000
Angebotsprognose III 1979—1985	+ 180.000
Verlangsamte Abwanderung von Selbständigen	— 10.000
Stand der ausländischen Arbeitskräfte 1979	171.000
10. Schuljahr	— 80.000
Senkung des Pensionsalters um 1 Jahr	— 40.000
Verlängerung des Karenzurlaubes	— 20.000
Arbeitszeitverkürzung um 1 Stunde	— 50.000 ¹

¹verteilt auf drei Jahre.

Eine Würdigung der Möglichkeiten, welche einer Vollbeschäftigungspolitik in Österreich offensteht, zeigt, daß die Wirtschaftspolitik (...) in der ersten Hälfte der achtziger Jahre vermutlich nur innerhalb relativ enger Grenzen wird agieren können. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die verschlechterte Arbeitsmarktlage und die damit verbundene Reduktion des Angebotswachstums das Problem etwas entschärft, es müßte das Brutto-Inlandsprodukt — um rund 180.000 Arbeitskräfte bis 1985 unterzubringen — real um rund 4% jährlich wachsen, scheint das wirtschaftspolitische Ziel von der Nachfrageseite allein unerreichbar zu sein. Sicherlich ist jedoch

innerhalb des Prognosezeitraumes — schon aus sozialpolitischen Gründen — mit einer Arbeitszeitsenkung in irgendeiner Form zu rechnen, welche das Problem gleichfalls erleichtern sollte. Zweifellos bedeutet der Stand von 171.000 ausländischen Arbeitskräften 1979 einen Puffer, der es überdies noch erlaubt, Arbeitsplätze für inländische Arbeitskräfte freizumachen. Sollte es daher gelingen, die durchschnittliche Wachstumsrate des Brutto-Inlandsprodukts nicht wesentlich unter 3% jährlich absinken zu lassen, so müßte es unter Einsatz des Instruments der Arbeitszeitverkürzung und einer weiteren Reduktion des Standes an ausländischen Arbeitskräften möglich sein, die Vollbeschäftigung in Österreich zu erhalten, ohne die Schulzeit zu verlängern oder das sozialpolitisch problematische und kostspielige Instrument einer Senkung des Anfallsalters in der Pensionsversicherung einzusetzen.

Felix Bartsch: Vollbeschäftigung in der Krise. Die österreichische Erfahrung. Orac-Verlag, Wien 1981, S. 39ff.

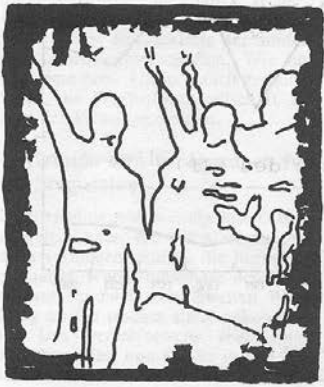
Die OECD über die Verteilung der Arbeitszeit

Maßnahmen, durch welche zu einem bestimmten Zeitpunkt eine gegebene Menge von Arbeit unter mehr Menschen aufgeteilt wird, bedeuten eine Reduzierung im gesamten Arbeitsangebot. Erstens zählen dazu jene Maßnahmen, die in längeren Zeiträumen resultieren, in denen sich die Individuen außerhalb des Arbeitskräftepotentials befinden, wie frühere Pensionierung, längere Schulbesuchszeiten, Perioden der Umschulung und andere zeitweilige oder dauernde Maßnahmen des Ausscheidens aus dem Arbeitskräftebereich. Zweitens zählen dazu Strategien, welche die durchschnittliche Arbeitsstundenzahl (pro Woche oder pro Jahr) senken; sie schließen längere Urlaubszeiten ein, weiters eine Ausdehnung der elterlichen Karenzzeiten, Sabbaticals, Restriktionen für Überstundenarbeit oder Mehrfachbeschäftigung, mehr Teilzeit- oder Kurzzeitarbeit und reduzierte wöchentliche Arbeitszeiten. Unter all diesen Maßnahmen hat die Reduzierung der Wochenarbeitszeit als Mittel, Spielraum für die Einstellung neuer Arbeitskräfte zu schaffen, in der öffentlichen Diskussion besondere Aufmerksamkeit erlangt.

Historisch betrachtet, hat die individuelle Arbeitszeit mehr oder weniger regelmäßig in den meisten industrialisierten Ländern abgenommen. Steigende Niveaus der Realeinkommen führen nicht nur zu einer höheren Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, sondern auch zu einer höheren Nachfrage nach Freizeit und anderen Formen der Nichtarbeitszeit. Über längere Zeiträume und für die Volkswirtschaft als ganze war somit

der Einkommenseffekt der steigenden Reallohne normalerweise stärker als der Substitutionseffekt, der bedeutet, daß einige Individuen ihr Arbeitsangebot erhöhen, indem sie bei steigenden Reallohnsätzen mehr Arbeit für Freizeit substituieren. Indessen könnte innerhalb kürzerer Zeiträume und insbesondere unter den gegenwärtigen Umständen der Einkommenseffekt aus einer Reihe von Gründen weniger deutlich ausfallen, wie etwa infolge der Unsicherheiten über das zukünftige Wachstum der Realeinkommen und über die Beschäftigung. Wenn das Produktivitätswachstum sich verlangsamt, ist zudem weniger Spielraum vorhanden, um weitere Wohlfahrtszuwächse in Form höherer Realeinkommen und/oder längerer Freizeit zu sichern. Die von den Individuen präferierte Handlungsweise könnte dann jene sein, den zusätzlichen Wohlstand ausschließlich in Form höherer Realeinkommen statt in Form von mehr Freizeit zu verwenden.

Die zentrale Frage ist dann, ob die individuelle Entscheidung durch die öffentliche Politik eher in Richtung auf erhöhte Freizeit als in Richtung auf steigende Realeinkommen gelenkt werden kann. Wenn politische Maßnahmen zur Arbeitszeitverteilung von den Beschäftigten zu den Arbeitslosen nicht durch entsprechende Maßnahmen zur Einkommensumverteilung innerhalb des verfügbaren Spielraums gesteigerter Produktivität (angepaßt an Änderungen in den terms of trade) begleitet werden, wird sich ein inflationärer Druck aufbauen, der letztlich die Regierungen wiederum zwingt, die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und somit nach Arbeitskräften zu reduzieren. Dies heißt nicht, daß überhaupt kein Spielraum für freiwillige Substitutionen von Einkommen und Freizeit unter den gegenwärtigen Bedingungen eines langsamen Produktivitätswachstums und großer Unsicherheiten über zukünftige Entwicklungen besteht. Arbeiter und ihre Repräsen-



tanten könnten — aus Gründen der Solidarität mit den Arbeitslosen — durchaus willens sein, auf Realeinkommen zu verzichten (z.B. als Ergebnis eines Überstundenabbaus) oder zumindest Realeinkommensanstiege im Tausch gegen mehr Freizeit hintanzustellen. Andererseits könnte es unter bestimmten Umständen angemessener sein, Produktivitätsgewinne zur Wiederherstellung der Gewinne zu verwenden. Wenn dies zu zusätzlichen Investitionen führt, werden neue Arbeitsplätze geschaffen. Indessen könnte eine Erhöhung der Rentabilität auch dadurch erreicht werden, daß die Maschinenstunden verlängert und zu gleicher Zeit die Arbeitsstunden pro Individuum verringert werden.

Studien haben gezeigt, daß die Individuen durchaus bereit sind, auf einen Teil ihres gegenwärtigen Einkommens oder ihrer zukünftigen Lohnzuwächse zugunsten gesteigerter Freizeit zu verzichten, wenn ihnen flexiblere Arbeitsmuster geboten werden. Indessen hängt das Ausmaß, in dem dies unfreiwillige Arbeitslosigkeit in freiwillige Nichtarbeitszeit umwandelt, nicht nur von der Anzahl der Personen, die Freizeit gegen Einkommen tauschen wollen, und von dem Anteil ihres Einkommens, auf das sie zu verzichten bereit sind, ab, sondern auch von der Anzahl neuer Beschäftigungssuchender, die durch die größere Flexibilität in den 30 Arbeitsstunden angezogen werden, von den technischen Zwängen der Unternehmen, mehr oder weniger rigide Blöcke von Arbeitszeit pro Individuum einzurichten und von dem Ausmaß, zu dem die Reduzierung der Arbeitszeit durch eine gesteigerte Produktivität (anstelle neuer Arbeitsplätze) kompensiert wird.

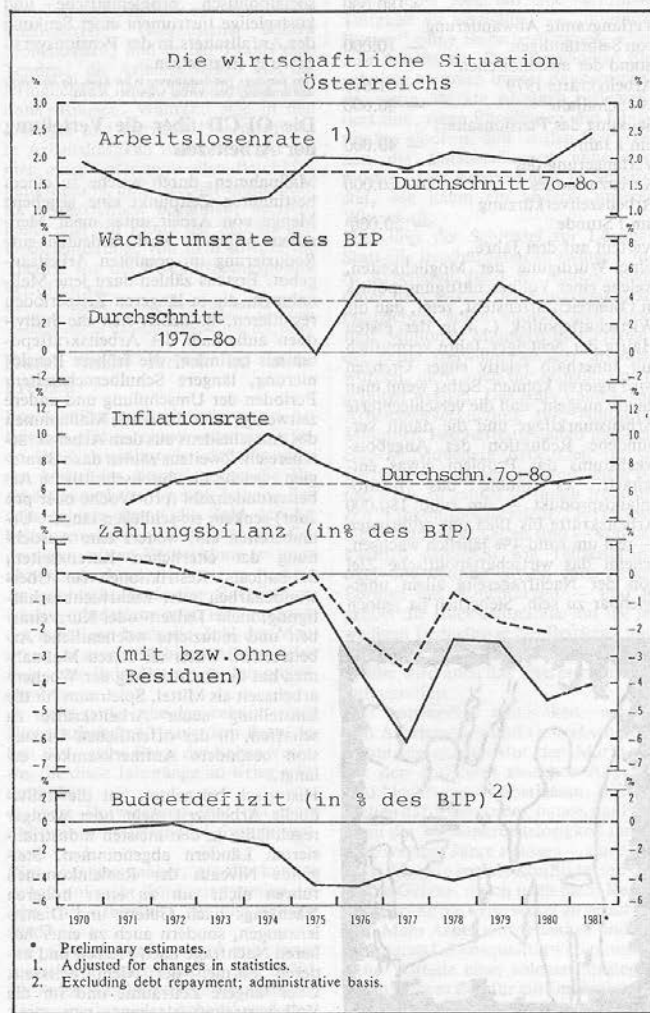
Auf der Arbeitsnachfrageseite könnte das Potential der Arbeitsplatzbeschaffung durch kürzere und flexiblere Arbeitszeit durch eine Verringerung der Belastung der Unternehmen durch bestimmte Nichtlohn-Arbeitskosten gesteigert werden. Diese Maßnahme könnte für sich genommen bereits wünschenswert sein, um das Funktionieren des Arbeitsmarkts zu verbessern. Ein flexibler Einsatz der Arbeitszeit könnte das Potential des Arbeitsmarkts, sich an strukturelle Wandlungen anzupassen, erhöhen. Indessen ist eine Bemerkung zur Vorsicht im Hinblick auf die Einführung flexibler Arbeitszeitarangements angebracht. Diese Arrangements müssen voll durch die existierende Sozialgesetzgebung abgedeckt sein, wenn das Entstehen eines sekundären Arbeitsmarktes mit negativen und marginalen Charakteristiken vermieden werden soll. Insbesondere muß die Einführung von Teilzeitarbeit für Frauen sorgfältig von den Behörden überwacht werden, um das Entstehen eines Pools billiger Arbeit zu vermeiden, der als Puffer zur

Absorption kurzfristiger Nachfrageschwankungen genutzt wird, und um auf diese Weise den Schutz der primären Arbeitskräfte zu verbessern.

Ein mögliches Problem im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Arbeitszeitverteilung besteht darin, daß auf mittlere Sicht das Wachstum dadurch begrenzt und die Inflation dadurch angeheizt werden könnte, daß Verknappungen bestimmter Qualifikationen auftreten, wenn die Beschäftigungsverhältnisse, für welche die Durchschnittsarbeitszeit reduziert wird, nicht jene sind, bei denen ein Überschußangebot besteht. Dies verweist auf die Notwendigkeit, solche Maßnahmen selektiv durch dezentralisierte kollektive Verhandlungen und zusammen mit an-

deren Arbeitsplatzbeschaffungs- und Umschulungsprogrammen einzuführen. Längerfristig besteht große Unsicherheit im Hinblick auf Arbeitserfordernisse im Lichte möglicher Veränderungen in der Technologie, im Bevölkerungswachstum, in den sozialen Haltungen und in der Erwerbsquote. Arbeitszeitenkende Maßnahmen sollten somit Mechanismen vorsehen, die es erlauben, die individuelle Arbeitszeit auf zeitweiliger Basis zu erhöhen, wenn dies zu einem späteren Zeitpunkt notwendig wird, bis die erforderlichen Anpassungen durch Schulungsmaßnahmen vollendet worden sind.

OECD: The Challenge of Unemployment. A Report to Labour Ministers, Paris 1982, S. 91—93. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Manfred Prisching.



STAGNATION UND REVOLTE VERTEILUNGSKONFLIKTE UND ARBEITSLOSIGKEIT IN EINER STAGNEREN- DEN GESELLSCHAFT

Schon Ende der 60er Jahre gab es Hinweise darauf, daß eine neue ökonomische Ära im Entstehen war. Sie kündigte sich an durch den Zusammenbruch des Weltwährungssystems, den damit verbundenen tiefen Sturz des Dollars, durch das neue Goldfieber, durch die weltweit vagabundierenden Kapitalmassen. Dann folgte die Ölkrise, und mit ihr wiederum war ein heftiger ökonomischer Rückschlag in der Mitte der 70er Jahre verbunden, der die Wirtschaftstheoretiker ihres Selbstvertrauens beraubte, die Politiker in der Ratlosigkeit zurückließ, und die nächsten Jahre eines wirtschaftspolitischen Herumtastens und Probierens, um die ökonomischen Apparaturen wieder in Schwung zu bekommen, prägte. Zwischen den Mühlsteinen von Inflation und Arbeitslosigkeit, von Energierechnungen und Leistungsbilanzdefiziten wurden die Hoffnungen auf eine postindustrielle Überflußgesellschaft zermahlen. Am Ende dieses Jahrzehnts steht in der Tat fest, daß es sich um keinen — wenn auch besonders ausgeprägten — Konjunkturrückschlag handelt, sondern mindestens um eine „lange Welle“, wenn nicht überhaupt um eine neue Phase in der Entwicklung der modernen Industriegesellschaften. Wie immer diese neue Ära sich auch gestalten wird: Die Wachstumsgesellschaft gehört der Vergangenheit an.

1. Gründe und Erklärungen für die Stagnation

Zweifelslos gibt es einige brauchbare Anhaltspunkte, die plausibel zu machen vermögen, warum die historisch einmalige Wachstumsphase der Industriestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg an ein rasches Ende gekommen ist. Das *technologische Wettrennen* zwischen West und Ost ist in den beiden letzten Jahrzehnten der Entspan-

nung gewichen, die zu einer Schwächung der Vormachtstellung der USA im westlichen Lager geführt hat;¹⁾ an der Peripherie des „freien Blocks“ — in Europa und Japan — erhoben sich stärkere Selbstbestimmungs- und Emanzipationswünsche; erst in den letzten Jahren pocht die Zentralmacht wieder stärker auf ihre Führungsrolle, ohne sie jedoch effektiv auszuüben.²⁾ Der *technologische Nachholbedarf* Europas („technological gap“) ist weitgehend gesättigt, Innovationsfortschritte sind nicht mehr durch bloße Übernahme amerikanischer Technologien möglich.³⁾ *Unsicherheiten und Krisenanfälligkeiten* sind gestiegen: Überinvestitionen werden nicht automatisch durch eine steigende Nachfrage absorbiert; die Risiken der Währungsschwankungen machen Auslandsgeschäfte problematisch; die erhöhten Dispositionsspielräume der Konsumenten erhöhen die Unsicherheiten auf vielen Märkten; der stärkere internationale Gleichschritt der konjunkturellen Auf- und Abschwünge läßt kompensierende Effekte der Außenwirtschaft wegfallen.⁴⁾ Höhere Kosten fallen im Bereich des *Umweltschutzes* an, und die *Energierechnungen* haben im letzten Jahrzehnt beachtliche Sprünge verzeichnen müssen.⁵⁾ Die *neue internationale Arbeitsteilung*, die Abwanderung bestimmter Branchen in die Entwicklungsländer sowie die in vielen „Schwellenländern“ sich formierende Konkurrenz verschärft die Probleme in einigen Sektoren der entwickelten Volkswirtschaften.⁶⁾

Dies sind freilich vielfach Anpassungsprobleme an einen sich andauernd vollziehenden Wandel der wirtschaftlichen Gegebenheiten, auch wenn ihre Interpretation oft schwierig ist und durch mancherlei Lücken in den theoretischen Erklärungen erschwert wird: So ist es beispielsweise weitgehend offen, wie der Verfall der Produktivität

in den 70er Jahren zu deuten ist;⁷⁾ und Unsicherheit besteht auch darüber, ob nun in der Tat ein Trend zur Dienstleistungsgesellschaft zu verzeichnen ist oder ob sich in solchen Thesen nur statistische Unzulänglichkeiten niederschlagen.⁸⁾ Jedenfalls können wir von einem *Ende der Nachkriegskonstellation* sprechen, von dem Eintritt in eine neue Phase der industriellen Entwicklung, deren Aufstieg vorerhand weder Anlaß zum Jubel noch zu apokalyptischen Ahnungen geben sollte.

Freilich gibt die stattfindende Transformation Anlaß zu allerlei theoretischen Erklärungen, auch zu Versuchen, im Rückgriff auf „alte“ Kapitalismus-Konzeptionen eine umfassende Existenzkrise dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems abzuleiten, oder in optimistischer Perspektive den Umschlag in eine humanere Gesellschaft, den „Endsieg des Kapitalismus“, zu verkünden. Krisenzeiten sind immer auch die Perioden, in denen Deuter und Propheten, Heilverkünder und Gurus ihre Hochkonjunktur erleben.

Nun finden wir freilich Prognosen über die Stagnation reifer Volkswirtschaften bereits bei Adam Smith, David Ricardo und John Stuart Mill,⁹⁾ ganz zu schweigen von der Zusammenbruchstheorie des kapitalistischen Systems, wie sie sich aus den Schriften von Karl Marx ableiten läßt.¹⁰⁾ Die Erfolge dieser Wirtschaftsordnung am 31. Ende des vorigen und am Beginn dieses Jahrhunderts haben allerdings rasch zu Versuchen Anlaß gegeben, manche jener Strukturveränderungen, die sich klar abzeichneten, als „Krisenbewältigungsstrategien“ zu verstehen: Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals, das Erstehen einer Managerklasse mit ihrer planmäßigen Betriebsführung und das umfassende Eingriffsspektrum des Staates ergänzten sich zu einem „neuen“ System, nämlich jenem des „organisierten Kapitalismus“, wie es Rudolf Hilferding beschrieben hat.¹¹⁾ Der Staat als Krisenüberwinder wurde schließlich auch durch das ökonomische Programm von John M. Keynes gerechtfertigt, dem Joseph Schumpeter ja prompt die Legitimierung eines „Marsches in den Sozialismus“ vorwarf.¹²⁾ Die Nachkriegserfolge indessen brachten jede Kritik am Konzept einer „gemischten Wirtschaft“ — Märkte plus staatliche Regulierung — weitgehend zum Schweigen; ¹³⁾ die atemberaubende Expansion verführte viele Wirtschaftstheoretiker und -politiker dazu, von der „Feinabstimmung“ der wirtschaftlichen Größen zu reden. Selbst Marxisten verdrängten ihre Zweifel an der Überlebensfähigkeit des Systems, konzedierten eine ökonomisch stabile Entwicklung und suchten nach anderen Gründen für den längerfristigen Verfall des Systems, wobei sie — ganz un-

marxistisch — zuweilen nur noch in kulturellen Bereichen fündig zu werden glaubten.¹⁴⁾

Dann kamen die 70er Jahre — und die Welt schaute wieder ganz anders aus. Der rasche Wirtschaftseinbruch überraschte alle jene, die sich in ihren theoretischen Hängematten dem Genuß der dauerhaft warmen Konjunktursonne hingegeben hatten. Rasch wurden die bewährten Rezepte zur Stabilisierung angewendet — und sie versagten prompt. Man schob noch eine stärkere Dosis nach — doch wieder rührte sich nichts: So dauerte es einige Jahre, bis man sich mit der Erkenntnis abfinden mußte, daß die bislang erfolgreichen „Kuren“ offensichtlich von undurchschaubaren Randbedingungen abhängig waren, die nun nicht mehr gegeben waren. Seitdem dominiert eine wohlgebozene Ratlosigkeit: Man nimmt ein wenig von allen verfügbaren Heilmitteln und läßt die Vorstellung des wirtschaftspolitischen Wundermittels fallen — Homöopathie statt Penicillin. Auch die längerfristigen Prognosen sind bescheidener geworden; wenn alles gut geht, so rechnet man mit einem wirtschaftlichen Wachstum um die zwei Prozent.¹⁵⁾ Noch düsterer allerdings sehen die Perspektiven für die Vollbeschäftigung aus: Daß die Arbeitslosigkeit bis zu den 90er Jahren in den Industriestaaten zunehmen wird, daran zweifelt niemand; und wie es 32 darnach aussehen könnte, vermag angesichts der absehbaren Rationalisierungssprünge (insbesondere durch die Mikroelektronik) auch keiner so recht zu sagen.¹⁶⁾ Angesichts dieser Situation ist es nicht uninteressant, der Frage ein wenig nachzugehen, wie sich die politische Stabilität in jenen Gesellschaften entwickeln könnte, die bislang Wachstumsgesellschaften waren — mit all den Möglichkeiten und Erwartungen, die dadurch eröffnet werden — und die sich nunmehr mit einem längerfristig bescheidenen Wachstum abfinden müssen. Diesen Überlegungen sollen sich die folgenden Abschnitte widmen.

2. Verteilungsprobleme im Nullsummenspiel

Offenbar müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß eine längerfristige Stagnation — zumindest eine langsame Entwicklung mit sehr niedrigen Wachstumsraten — in den nächsten beiden Jahrzehnten zu gewärtigen ist; über die Schwelle des Jahrtausends hinauszublicken, mögen wir uns zunächst ohnehin versagen. Die Industriegesellschaften befinden sich in einer langwierigen Anpassungsphase, in der verschiedene Tendenzen, die sich vom Zweiten Weltkrieg bis in die 70er Jahre ungetrübt entfalten konnten, einen „Knick“ erleiden oder gar zum Teil revidiert werden müssen. Die Pendelschläge des sozialen Bewußtseins

gehören gleichermaßen in den Komplex solcher Anpassungen wie die Trendänderungen ökonomischer Größen und wirtschaftspolitischer Strategien. Solche Perioden sind verständlicherweise nicht solche gesellschaftlicher Harmonie, sondern eben jene, in denen das soziale Gefüge auf seine Belastungsfähigkeit hin geprüft wird. Der soziale Konsens wird in einer Ära besonders strapaziert, in der herkömmliche Einkommenserwartungen nicht mehr erfüllt werden können, in der kollektive Probleme nur noch unter Inkaufnahme von Opfern gelöst werden können, in der sich ein dauerhaftes Potential an Arbeitslosen ansammelt und in der dem Glauben an politische Steuerungskompetenzen immer weniger anhängen wird.

Das wirtschaftliche Wachstum sollte nach den Auffassungen der 60er Jahre nicht nur einen stetig zunehmenden Wohlstand sichern und ein „Land der Fülle“ nach den Zerstörungen des Krieges schaffen, es sollte auch die Schönheitsfehler des marktwirtschaftlichen Systems, die dessen Kritiker herauszstreichen nicht müde wurden, im Laufe der Zeit beseitigen. Dieser optimistischen Zukunftssicht zufolge würden sich die im Hinblick auf Leistungsanreize unvermeidlichen Einkommensunterschiede reduzieren, der Lebensstandard der Armen und Reichen würde sich annähern, die kapitalistische Produktion würde den Markt mit billigen Produkten, die allen ein angenehmes Leben garantieren, überschwemen. Selbst die Gruppen am unteren Ende der Einkommensleiter würden jener Vorteile eingedient sein, die ihnen eine alternative Gestaltung der Wirtschaftspolitik nicht zu bieten imstande wäre; der Klassenkonflikt wäre ruhiggestellt und ein demokratischer Pluralismus auch im politischen Bereich durch die durchdringende Kraft einer Marktordnung gesichert. Wachstum bedeutet in dieser Hinsicht — nach einer pointierten Formulierung Josef Steindls¹⁷⁾ — nichts anderes als den Versuch, soziale Antagonismen in einer Flut von Wohlstand zu ertränken. Eine stetig wachsende und keynesianisch stabilisierte Wirtschaft stellt, um es in kräftigeren Tönen auszudrücken, die Basis des Klassenkompromisses dar, der sowohl den Interessen der Arbeitnehmer an einer Beschäftigung, die ihnen die existentielle Grundlage bietet, und an einer Absicherung fundamentaler Lebensrisiken Rechnung trägt als auch den Interessen der Unternehmer an der Garantie der Eigentumsverhältnisse und an der Aufrechterhaltung einer gewinnträchtigen Produktion.

Daß das wirtschaftliche Wachstum nun tatsächlich in den entwickelten Industriegesellschaften viele dieser Vorstellungen realisiert hat, soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß derlei Hoff-

nungen auf harmonische Wachstumspfade, die alle Probleme im Bereich von Ökonomie, Politik und Kultur quasi als Nebenfolgen tüchtiger Zuwächse im Sozialprodukt zu lösen imstande wären, sich nicht erfüllten: So mußte man die überraschende Feststellung machen, daß die Individuen ihre Errungenschaften nicht mit ihrer eigenen tristen Vergangenheit zu vergleichen geneigt waren, sondern eher ihre relative Stellung im Verhältnis zu bestimmten Bezugsgruppen oder -personen beurteilten, wobei die Bilanz sich keineswegs als nur positiv erweisen konnte; zudem konnte man feststellen, daß man sich daran gemacht hatte, ein Faß ohne Boden zu füllen — der Appetit, der mit dem Essen kommt, führte zur sogenannten „Revolution steigender Erwartungen“, die das Wachstum in einen Wettlauf mit steigenden Anspruchsniveaus zwang; und letztlich — freilich nach Sicherstellung großzügig definierter materieller Niveaus — findet die alte Wahrheit, daß Geld allein nicht glücklich macht, ihren neuerlichen Ausdruck in verstärkter Aufmerksamkeit für ästhetische, ökologische und soziale Fragen; Unzufriedenheit ist auch im „Überfluß“ möglich.

Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß gerade Verteilungsprobleme unter Verweis auf zukünftiges Wachstum in friedlicher Weise gelöst werden konnten; die Dynamik der Wirtschaft wurde in dem Sinne „individualisiert“, als sie auf Lebenszyklus und Generationenfolge übertragen wurde. Auch jenen, die nicht auf der Sonnenseite dieser Gesellschaft angesiedelt waren, die unter schlechten Arbeitsbedingun-



gen, unbefriedigendem Sozialstatus und magerem Einkommen zu leiden hatten, wurden die Chancen auf zukünftige Besserstellung, auf Gehaltserhöhung und Beförderung eröffnet. Zwischen Ansprüchen, welche die jeweils knappen Ressourcen überstiegen, mußte nicht „entschieden“, sondern es mußte nur die Reihenfolge der Befriedigung ausgehandelt werden. Dies geschah im Vorgriff auf die mit größeren Ressourcen ausgestattete Zukunft, sogar im Vorgriff auf eine sehr weite Zukunft: Wenn man es schon nicht selbst schaffen konnte, so würden die Kinder all das, was man selbst nicht erreicht hatte, in Besitz nehmen können. In einer wachsenden, mobilen, flexiblen Wirtschaft, deren unendlicher Fortschrittsfad sich in eine goldglänzende Zukunft erstreckte, war alles das möglich.

Diese Spekulationen und Träume sind nicht mehr möglich in einer stagnierenden Wirtschaft, in der sich die Positionen in geringerem Maße verändern, in der Aufstiegsmöglichkeiten eingeschränkt werden und sinkende Mobilität zu verzeichnen ist. Die Furcht kommt hoch, daß sogar das bisher Erreichte verloren gehen könnte, daß die nächste Generation sich mit schlechteren Lebensbedingungen abfinden müßte; verdrängte Erinnerungen an Weltwirtschaftskrise und Nachkriegszeit verkehren die Fortschrittsräume in Alpträume einer krisengeschüttelten Zukunft. „Wir alle müssen Erwartungen drosseln, unseren Gürtel enger schnallen“ — ist der Tenor politischer Reden, journalistischer Rezepte und Stammtischgespräche; vorläufig noch mit einem Augenzwinkern im Hinblick auf allenfalls doch mögliche Auf-

schwünge, zunehmend als erstgenommene Perspektive einer alltäglichen Weltorientierung.

Was aber ist mit jenen, die ihren Gürtel nicht enger schnallen müssen, oder deren „Einschränkung“ sich in Dimensionen vollzieht, die dem Durchschnittsbürger ohnehin unzugänglich sind? Wenn die Ableitung von Gerechtigkeitsforderungen auf Zukunftserwartungen nicht mehr funktioniert, könnten sich die Fronten zwischen den Einkommensbeziehern verhärtet? Könnten die Konflikte schärfer werden, Verteilungskämpfe vom Bargaining in Gewaltsamkeit übergehen? — Wenn die Chance, selbst jemals mehr zu bekommen, in einer langfristigen Stagnation dahin schwindet, mag die Frage virulent werden, mit welcher Berechtigung ein anderer um so viel mehr verdient. Denn was nun an Mobilität übrigbleibt, ist im gleichen Maße Versprechen wie Drohung: Wenn sich in der Stagnation etwas ändert, dann bekommt der eine um das mehr, was einem anderen weggenommen wird. Nicht mehr um die Verteilung von Zuwächsen, sondern um die Umverteilung des Bestandes geht es dann; und vielfach nicht mehr um die Aufteilung des berühmten Kuchens, sondern um das karge Brot des Alltags.

Die Wachstumsgesellschaften der letzten Jahrzehnte — so sieht es Knut Borchardt — waren nicht allein Gemeinwesen, die von Zuwächsen im Sozialprodukt gekennzeichnet waren; zu ihren besonderen Merkmalen zählt vielmehr, daß in ihnen „die Erwartung eines zukünftigen Wachstums und damit der Austeilung eines zunehmenden Sozialprodukts über die Massen schlechthin zur Bedingung der gegenwärtigen Stabilität der Gesellschaft gehört.“¹⁸ Es ist wahrscheinlich, „daß in einigen Ländern der politische Grundkonsens an sich strukturell rivalisierender Gruppen durch das hohe Tempo des wirtschaftlichen Wachstums gefördert worden ist.“¹⁹ Rasches Wachstum entschärft die Konflikte; umgekehrt würden sie durch eine Stagnation verschärft.

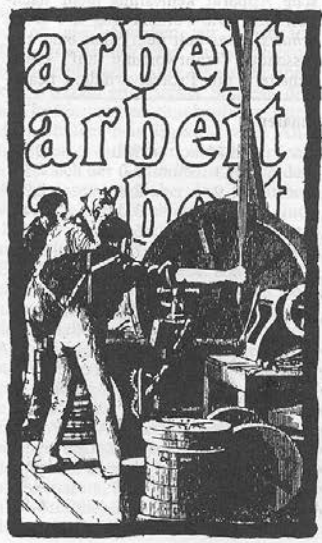
Kurz gesagt: Eine stagnierende Gesellschaft ist eine Null-Summen-Gesellschaft, wie Lester C. Thurow eine solche Situation bezeichnet hat.²⁰ Den Kern des Problems sieht er darin, daß zwar für unsere Schwierigkeiten — ob es sich nun um Energie, Umwelt, Verteilung, Stagnation oder Inflation handelt — Lösungen existieren, meist sogar mehrere Lösungen, daß diese aber alle das Merkmal haben, daß irgendeine große wirtschaftliche Einbuße hinnehmen muß: „Niemand übernimmt diese Rolle freiwillig, und unser politisches System ist unfähig, jemanden zu zwingen, diese Last zu übernehmen. Jeder möchte, daß ein anderer die notwendigen wirtschaftlichen Belastungen trägt, und so kann keine der

möglichen Lösungen zur Anwendung kommen.“²¹ Thurow zieht daraus die Schlußfolgerung, daß unser politisches und wirtschaftliches System einer Wirtschaft mit wesentlichem Null-Summen-Element einfach nicht gewachsen sei.²²

Selbst bei jenen Programmen, bei denen beachtliche Nettovorteile winken, gibt es Personen, Gruppen oder Regionen, die bei dem Geschäft schlechter aussteigen. Wenn es für die Volkswirtschaft auch vorteilhaft ist, den Kohlebergbau zu erweitern, so leiden doch die Bewohner der Kohlenreviere darunter; schafft man für Minderheiten (Frauen, Behinderte, Schwarze usw.) bessere Chancen, so mindert man jene der Mehrheiten; schützt man bestimmte Produktionszweige, müssen die Konsumenten mehr zahlen; versucht man, den Betrug an Konsumenten zu verhindern, schafft man Kosten für die Unternehmen; forciert man zum Zwecke des Energiesparens hohe Preise, gewinnen die Ölproduzenten und verarmen die niedrigen Einkommensbezieher.²³ Was in vielen Fällen schon in einer wachsenden Wirtschaft gilt, wird aber umso belastender in einer stagnierenden Gesellschaft, in welcher der bequeme Verweis auf die Zukunft nicht mehr gilt. Minderheiten haben zudem erkannt, daß es möglich ist, konkrete Projekte hinauszuzögern und damit oft zu verhindern;²⁴ Politiker versprechen, Probleme zu lösen, ohne jemanden zu benachteiligen und schaffen damit die Voraussetzung dafür, daß sie — einmal gewählt — unfähig sein werden, irgend jemandem die unvermeidlichen Verluste aufzubürden.²⁵ Stagnation und politischer, ökonomischer und sozialer Immobilismus gehen Hand in Hand. — Ist diese Perspektive richtig, läßt sich ein Dilemma der stagnierenden Industriegesellschaften klar aufzeigen: Sie können sich in die Unbeweglichkeit treiben lassen, in das, was im Interfutures-Bericht als „institutionelle Sklerose“ bezeichnet wird²⁶ — mit der Konsequenz, erforderliche Anpassungen zu versäumen und immer tiefer in die Krise zu geraten. Oder sie können versuchen, ihre Probleme in der Nullsummensituation durch Umverteilung zu lösen, was das Konfliktniveau ansteigen lassen dürfte — mit der Konsequenz, daß sich soziale Kompromisse auflösen und die soziale Ordnung nur durch verstärkte Anstrengungen (welcher Art auch immer: von neuen Formen der Legitimierung bis zur nackten Repression) aufrechterhalten werden kann.

3. Arbeitslosigkeit und Radikalismus

Die Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung wird als wesentlicher Faktor für die steigende Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten angesehen;



und dies mit Recht: Schreitet die Produktivitätssteigerung bei konstanter oder sogar zunehmender Erwerbsbevölkerung voran, so resultiert daraus, wenn die Wachstumsrate der Produktion hinter ihr zurückbleibt, eine steigende Zahl von Arbeitslosen. In den OECD-Staaten belaufen sich die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitssuchenden bereits auf mehr als 30 Millionen Menschen (1982), davon rund 12 Millionen in Nordamerika und mehr als 16 Millionen in Europa; die Arbeitslosenrate, deren weiterer Anstieg erwartet wird, liegt in Europa bei etwa 10%. — Damit ist ein Sockel von Arbeitslosigkeit geschaffen, der selbst bei rascheren Wachstumsraten des Sozialprodukts nicht so rasch abgebaut werden kann. Am Ende des Jahres 1982 berichtet die OECD, daß den wahrscheinlichsten Wachstumsaussichten von 1½ bis 2% zufolge die Zahl der Arbeitslosen in Europa jedes halbe Jahr um eine Million steigen werde.²⁷⁾

Die Arbeitslosigkeit in den OECD-Staaten ist im übrigen nicht ein überraschendes Ergebnis der Ereignisse in der Mitte der 70er Jahre, sondern Resultat eines langfristigen Trends; in den meisten Ländern sind die Arbeitslosenraten von einem Konjunkturzyklus zum nächsten in den letzten 15 Jahren angewachsen, und zwar sowohl auf dem Höhepunkt des Booms wie in den Depressionsphasen.²⁸⁾

Nun sind natürlich weitere Bemerkungen anzufügen, um nicht allein das globale Wachstum zum einzigen Erklärungsfaktor für die triste Arbeitsmarktsituation zu machen: So muß auch über strukturelle Diskrepanzen gesprochen werden, also über Ungleichgewichte bei verschiedenen Qualifikationen der Arbeitskräfte, und über ihre mangelnde geographische Mobilität; es ist auf duale Arbeitsmarkttheorien zu verweisen, die eine Segmentierung oder Internalisierung von Arbeitsmärkten für manche Schwierigkeiten verantwortlich machen; auch historische Zufälligkeit mag auch der demographische Trend genannt werden, der gerade in den 70er Jahren zusätzliche Stellensuchende auf den Arbeitsmarkt führt; und auch die geänderten Verhaltensmuster von Unternehmen und Arbeitskräften, die zum Teil auf sozialpolitische Rahmenbedingungen zurückgehen, müssen angesprochen werden. — Die Arbeitsmarktpolitik hat mittlerweile ein umfangreiches Repertoire, um die Probleme der Arbeitslosigkeit zu lindern, entwickelt, das sich nicht allein auf die Zahlung von Unterstützungsgeldern beschränkt, sondern Instrumente wie Kurzarbeit, Umschulungen, Mobilitätshilfen und Maßnahmen für die „Problemgruppen“ einschließt.

Dennoch wird sich das Arbeitslosenproblem im Verlauf der 80er Jahre ver-

schärfen, während das überschüssige Arbeitskräftepotential in den 90er Jahren, wenn sich demographische Trends umkehren, wieder aufgesaugt werden könnte, sofern mit gemäßigten Wachstumsraten zu rechnen ist. Im Interfutures-Bericht der OECD wird geschätzt, daß sich das Arbeitskräftepotential in den OECD-Ländern von 1975 bis zum Jahr 2000 um 17,4% (d. h. um 49 Millionen) vergrößern wird, wobei der Großteil dieses Zuwachses bis 1990 erfolgt.²⁹⁾ Die höheren Arbeitslosenraten aber werden mit all den Folgen verbunden sein, die hinlänglich debattiert werden: die spezielle Betroffenheit bestimmter Arbeitnehmergruppen, die längere Dauer und steigende Häufigkeit von Arbeitslosigkeit, die Zunahme an entmutigten Arbeitskräften, die Abnahme an beruflicher und geographischer Mobilität, die Unterbeschäftigung und Überqualifikation von Arbeitnehmern und ähnliche Probleme.³⁰⁾

Wenn wir in diesem Zusammenhang aber die Frage nach der gesellschaftlichen Stabilität stellen, so interessieren wir uns zunächst für andere Merkmale dieser Bevölkerungsgruppen. Denn es wäre nicht undenkbar, daß aus dem Erlebnis der Arbeitslosigkeit — also der Erfahrung, daß man von dieser Gesellschaft nicht benötigt wird und daß sie einen ins Abseits verweist — ein politischer Radikalismus, eine Disposition zur Anwendung gewaltsamer Methoden in der politischen Auseinandersetzung, erwächst, die den sozialen Frieden erschüttern kann.

Nun wird — soweit wir aus Umfragen und Beobachtungen wissen³¹⁾ — Arbeitslosigkeit im allgemeinen als *schicksalhaftes Geschehen* erfahren, als anonymer Prozeß der „zufälligen“ Marginalisierung statt als schuldhaftes Maßnahme bestimmter Personen oder Gegebenheiten; dieses Schicksal wird „individualisiert“ und auf die eigene Person bezogen. Dies bedeutet, daß

der Verlust der gegenseitigen Versicherung in einer Arbeitsgemeinschaft, daß man zum Protest berechtigt sei und es legitime Interessen zu vertreten gelte, das Individuum des kollektiven Rückhaltes beraubt und ihn seiner Interpretation, in deren Mittelpunkt meist das eigene „Versagen“ steht, überläßt. — Ein solcher Mechanismus wird unlegbar wohl dann eintreten, wenn es sich um einen graduellen Abbau von Arbeitskräften in größeren oder um die verstreute Schließung von kleineren Betrieben geht; anders liegt die Sachlage wohl, wenn Großbetriebe zu schließen gezwungen sind und somit eine existierende Gemeinschaft betroffen ist. In diesem Falle könnte es sehr wohl zu Protesten und gemeinsamen Aktivitäten kommen, die eine empfindliche politische Unruhe verursachen würden; auch in den Befürchtungen solcher Abwehrmaßnahmen mögen Gründe für die bemerkenswerte staatliche Bereitschaft zu finden sein, große Betriebe auf keinen Fall untergehen zu lassen. Gerade der weitgestreute staatliche Interventionismus mag allerdings den Kreis jener Arbeitskräfte, welche die Sicherung ihrer Beschäftigung als Forderung an das politische System artikulieren, ausweiten; denn mit einer gewissen Berechtigung betrachten es die Arbeitnehmer von Klein- und Mittelbetrieben als Ungerechtigkeit, wenn die finanziellen Zuschüsse des Staates nur der Arbeitsplatzsicherung in den „unsinkbaren Schiffen“, den Großbetrieben, gelten, und rufen bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten gleichermaßen nach einer öffentlichen Unterstützung. Damit aber wird der politische Konflikt aus neue wachgerufen; denn der aus dieser Anspruchsdiffusion erwachsenden Belastung kann der politische Apparat keinesfalls mehr nachkommen. Die *Politisierung des Wirtschaftslebens* lädt dem Staat eine umfassende Verantwortung auf, deren Scheitern mit Protestverhalten beant-

Tab. 1: Arbeitslosigkeit in den OECD-Staaten

	1965	1970	1975	1980	1981
USA	4,4	4,8	8,3	7,0	7,5
Japan	1,2	1,1	1,9	2,0	2,2
BRD	0,3	0,8	3,6	3,0	4,4
F	1,5	2,4	4,1	6,3	7,3
UK	2,3	3,1	4,7	7,3	11,4
It	5,3	5,3	5,8	7,4	8,3
Can	3,6	5,6	6,9	7,5	7,5
	2,8	3,2	5,5	5,6	6,5
Austral	1,5	1,6	4,8	6,0	5,7
A	1,9	1,4	1,7	1,9	2,5
Belg	1,8	2,1	5,1	9,0	11,1
FL	1,4	1,9	2,2	4,8	5,2
NL	0,5	1,0	4,0	4,9	7,5
Nor	1,8	1,6	2,3	1,7	2,0
Sp	2,5	2,4	3,7	11,2	14,0
Schwe	1,2	1,5	1,6	2,0	2,5
gesamt	2,6	3,0	5,1	5,8	6,8

Q: OECD Ec. Outlook 30, Dec. 1981; 32, Dec. 1982

wortet werden kann; Untersuchungen zeigen auch, daß die Überzeugung, der Staat könne etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun, verbreitet ist.

Nun wird nicht jeder Arbeitslose umgehend zum Revolutionär oder zum Terroristen; schon in der Marienthal-Studie wurde berichtet, daß sich Arbeitslosigkeit nicht in politischem Aktivismus, sondern eher in Apathie und Resignation äußert: Politische Zeitungen werden abbestellt, Vereine und Parteien nicht mehr besucht, politische Auseinandersetzungen lustloser geführt.³²⁾ Die politische Abstinenz ist schon deswegen naheliegend, weil sich der Arbeitslose nicht durch politische Protesthandlungen die Chance auf eine neuerliche Integration in den Arbeitsprozeß verbauen will. — Auch wenn die Arbeitslosen somit kein direktes Protestpotential gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse darstellen, so kennzeichnet sie doch eine *gefühlsmäßige Auflehnung* gegen ihre Umwelt, die mit den psychischen Konsequenzen dieser sozialen Lage zusammenhängt; die Arbeitslosen weisen ein verringertes Selbstwertgefühl auf, haben Identitäts- und Rollenkonflikte zu bewältigen, die zu Apathie und Aggression führen, befinden sich in der sozialen Isolierung und sind verstärkten familiären Konflikten ausgesetzt, sind anfällig für psychosomatische Krankheiten und in Gefahr, in Alkoholismus, Drogensucht, Kriminalität oder Nichtsehaftigkeit abzugleiten.³³⁾ „Ihre soziale Ausgrenzung, emotionale Labilität und Desorientierung macht sie zum Reservoir politischer Bewegungen, die autoritäre Lösungen anstreben.“³⁴⁾

Aber auf indirekte Weise (nicht unmittelbar durch das Erstarken eines politischen Protestpotentials) können die sozialen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit gleichermaßen zur Verschärfung gesellschaftlicher Stabilitätsprobleme beitragen. Einer Übersicht über eine Vielzahl empirischer Studien, die in Großbritannien durchgeführt wurden, können beispielsweise viele Anhaltspunkte dafür entnommen werden, a) daß sich der *Gesundheitszustand* der Arbeitslosen gegenüber der Gesamtbevölkerung verschlechtert.³⁵⁾ Zwar sind die Arbeitskräfte mit schlechterem Gesundheitszustand noch stärker von Entlassung bedroht, aber ihr deutlicher Zuwachs bei der allgemeinen Zunahme der Arbeitslosigkeit ist ein Indiz dafür, daß die Kausalrichtung von der Arbeitslosigkeit zur schlechteren Gesundheit verläuft; es mögen psychologische Rationalisierungen der Entlassung dabei eine Rolle spielen, und auch eine größere Aufmerksamkeit, die dem eigenen Befinden zugewendet wird — deutlich ist aber auch eine höhere Sterblichkeitsrate, eine höhere Krankheits- und Sterblichkeitsrate bei Kleinkindern, eine höhere Selbstmordrate und

ein höherer Anteil an Geisteskrankheiten festzustellen; b) daß steigende *Kriminalitätsraten* mit Arbeitslosigkeit verbunden sind: Hier kommen natürlich die Schwierigkeiten der Vorbestraffen, eine Arbeitsstelle zu finden, zum Ausdruck, sowie die höhere Jugendarbeitslosigkeit und -kriminalität; aber gerade bei Untersuchungen, die sich auf die weiße Bevölkerung beschränken, werden — im Gegensatz zur schwarzen Bevölkerung und zu Asiaten — solche Korrelationen deutlich, was vermuten läßt, daß die sozioökonomische Deprivation durch Arbeitslosigkeit eine wichtige Rolle spielt; c) daß weitere *destabilisierende soziale Effekte* — wie der Verlust des Wohnstills, steigende Spannungen in der Familie, höhere Scheidungsraten — mit Arbeitslosigkeit gleichermaßen einhergehen wie langfristig ungünstige Auswirkungen auf die Kinder — wie etwa ihre schlechtere gesundheitliche Betreuung, Erziehung und Ausbildung (was zur Folge hat, daß die Schwierigkeiten der Kinder die Familie wiederum belasten, die Chancen bei der späteren Stellensuche gemindert und die finanziellen Anforderungen an die öffentlichen Budgets erhöht werden). Weitere Belastungen im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung kommen hinzu und lassen Konfliktfelder zwischen den Arbeitenden und den Arbeitslosen entstehen. Die Einstellungen gegenüber den Arbeitslosen sind *ambivalenter Natur*, von Mitleid und Sympathie einerseits, von Verdächtigung und Feindseligkeit andererseits geprägt. Viele der Arbeitenden (in der BRD etwa die Hälfte) vermuten, daß sich im Kreise der Arbeitslosen eine beträchtliche Zahl von Drückebergern findet, die ohnehin nicht arbeiten wollen, sondern die sozialpolitischen Annehmlichkeiten genießen; empirische Indizien lassen jedoch darauf schließen, daß der Prozentsatz der wohlhabenden „Faulenzer“ unter 10% liegt. In dieser Diskrepanz drückt sich ein Mißtrauen zwischen den (noch) Arbeitenden und den Arbeitslosen aus, das auch die Diskussion um überhöhte Arbeitslosengelder (die etwa in den Niederlanden und in Deutschland großzügig — wie viele im Hinblick auf Leistungsanreize meinen: allzu großzügig — bemessen sind)

begleitet, obwohl sich andererseits nachweisen läßt, daß der Weg in die Arbeitslosigkeit tatsächlich für viele den Weg in den Armutsbereich der Gesellschaft darstellt. Die Solidarität zwischen denen, die (noch) Arbeit haben, und denen, die sie schon verloren haben, wird auch dann reduziert, wenn sich die Drohung des Arbeitsplatzverlustes auf bestimmte Regionen und Bevölkerungsgruppen konzentriert, so daß die Beschäftigten, die sich in bevorzugter Situation befinden, keine gemeinsamen Interessen mit den Arbeitslosen zu entdecken vermögen. Gerade die Einstellungen gegenüber ethnischen Minoritäten werden in großem Maße davon beeinflusst, wie stark deren Konkurrenz um Arbeitsplätze spürbar wird: Die Feindseligkeit gegenüber eingebürgerten Arbeitskräften oder gegenüber Gastarbeitern könnte spürbar zunehmen; und freilich entspricht dies einem steigenden Ressentiment dieser unterprivilegierten, von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in überproportionaler Weise betroffenen Gruppen, die sich ihrer Rolle als „Reservearmee“ in einer solchen Situation bewußt werden.³⁶⁾ Nun scheint es angesichts dieser Situation naheliegend zu sein, daß radikale Programme, die ansonsten unter den gegebenen Verhältnissen keine breite Basis in der Bevölkerung besitzen, sich unter dem vom Arbeitsprozeß „Ausgestoßen“ einer gewissen Attraktivität erfreuen könnten. Aber derartige Programme, die eine Abhilfe der Misere glaubhaft versprechen, muß es natürlich erst einmal geben. Denn als Voraussetzung für den Aufschwung revolutionärer Parolen muß wohl angenommen werden, daß sich eine reale politische Alternative anbietet: nicht im Sinne eines durchdachten Programms oder einer institutionalisierten politischen Kraft, sondern eher als loser Kristallisationspunkt des Aufbruchs. Es muß sich ein „Gegen-Zentrum“, eine „Gegen-Bewegung“ zur herrschenden Ordnung bilden, damit sich radikales Potential ansammeln kann. Derzeit scheint allerdings eine solche Alternative zum vorherrschenden Konsens nicht in Sicht zu sein: Der Rechtsradikalismus findet kaum Widerhall; das kommunistische Modell ist durch

Tab. 2: Jugendarbeitslosigkeit (in Prozent)

	1979	1980	1981*	1982*
Vereinigte Staaten	11,2	13,2		
Japan	3,5	3,6		
BRD	3,7	4,3		
Frankreich	13,3	15,0		
Großbritannien	11,3	15,1		
Italien	25,6	25,0		
Kanada	13,0	13,2		
gesamt	10,8	12,4	14,0	15,5

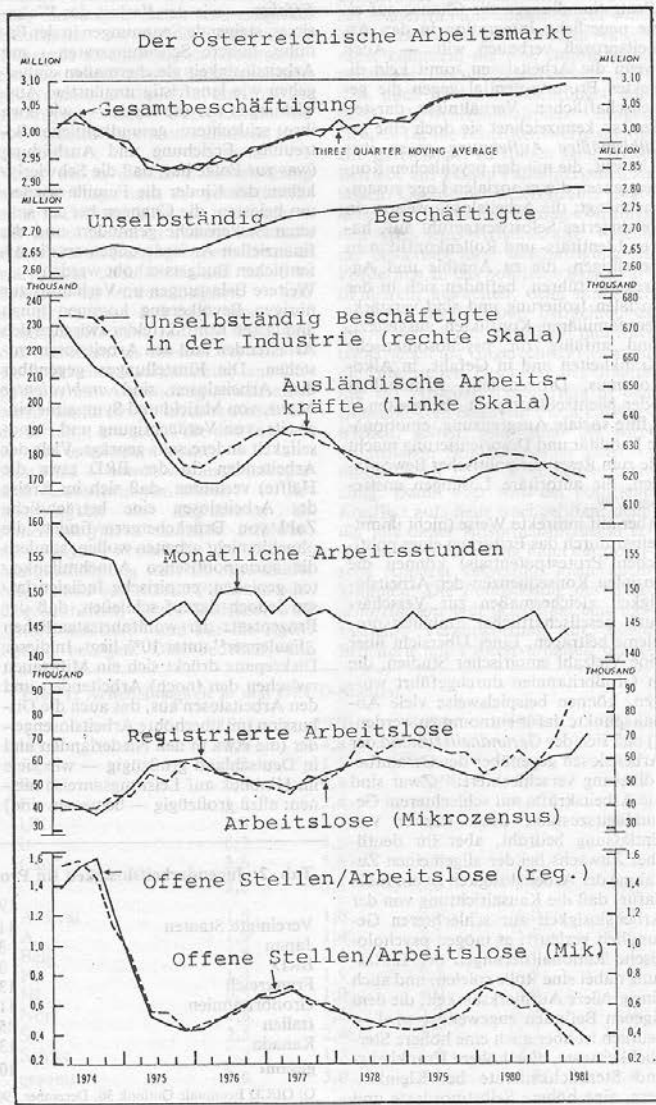
Q: OECD Economic Outlook 30, December 1981; 32, December 1982

die Länder des realen Sozialismus in Mitteleuropa hinlänglich diskreditiert; eine heterogene Alternativbewegung wird auch keine extremistischen Kernpunkte entwickeln. Das radikale Bewußtsein hat unter diesen Verhältnissen offenbar derzeit keine Chance, auch wenn sich in Umfragen nachweisen läßt, daß Arbeitslose stärker als die Gesamtbevölkerung dem „starken Mann“ zuneigen.

Nun müssen solche Verallgemeinerungen allerdings im Hinblick auf zwei Phänomene eingeschränkt werden. Der erste Punkt betrifft die prospektive Dauer und den Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit; Überlegungen, die für existierende Verhältnisse gelten, müssen nicht brauchbar sein für eine langfristig zu gewärtigende Situation hoher Arbeitslosigkeit. Das Menetekel der 30er Jahre läßt sich durch das gegenwärtige Vertrauen in die demokratische Ordnung nicht so leicht verschrecken. — Die Aussichten, die sich bei einer weiteren Verschärfung der Situation ergeben, hängen mit den Bedingungen der gegenwärtig immer noch hohen Stabilität zusammen. Für die meisten derer, die ihren Arbeitsplatz verlieren, bedeutet Arbeitslosigkeit, wie in einer Untersuchung festgestellt wird, nicht einen Dauerzustand, mit dem es sich einzurichten gilt.³⁷⁾ Die Aktivitäten und Bestrebungen der Arbeitslosen richten sich vor allem auf ein Ziel: nämlich so bald als möglich wieder zur Arbeit zurückzukehren. Dies gelingt auch in den meisten Fällen, ein Umstand, der durch die suggestive Wirkung der einschlägigen Statistiken meist verhüllt wird, in denen eine Verdreifachung der Arbeitslosenrate bereits dadurch bewirkt wird, daß eine gleich große Gruppe von Arbeitskräften nicht einen Monat, sondern aufgrund der erhöhten Schwierigkeiten der Wirtschaftslage drei Monate arbeitslos ist. Im Normalfall aber hat die Dauer der Arbeitslosigkeit noch nicht jenen Punkt erreicht, an dem die Menschen aufhören, an einen neuen Arbeitsplatz zu denken, und sich mit ihrer Lage, die sie als dauerhaften Zustand erkennen, auseinanderzusetzen beginnen. Während sich die Intentionen des größeren Teils der Arbeitslosen also vorrangig darauf richten, möglichst reibungslos wieder in den Arbeitsprozeß Eingang zu finden, läßt sich allerdings eine bestimmte Gruppe von Personen ausfindig machen, die tatsächlich zu den Dauerarbeitslosen zählt; sie jedoch ist die Minderheit, und zudem durch Umstände charakterisierbar, die sie nicht zur typisch rebellierenden Gruppe machen: Es sind die Alten, Unqualifizierten und Behinderten. — Nun läßt sich freilich seit geraumer Zeit ein Trend zur Verlängerung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit nachweisen; mit dem zunehmenden Umfang der Arbeitslo-

sigkeit werden zudem immer mehr — und qualifizierte Gruppen — in dieses Schicksal einbezogen. Was eine Übergangsphase darstellte, könnte also sehr wohl im Zuge einer weiteren Verschärfung der Lage zu einer gravierenden Belastung werden; im Zuge dieser Entwicklung ist es wohl möglich, daß sich auch der politische Protest neu formiert. Diese Umstände treffen in besonderer Weise für eine bestimmte Gruppe von Arbeitskräften zu, die von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie die Statistiken zeigen, härter getroffen wird als andere: auf die Jugend.

Der zweite Punkt bezieht sich auf diese vermutlich wichtigste Problemgruppe des Arbeitsmarktes; die Jugend ist in allen Industriestaaten von der wirtschaftlichen Entwicklung besonders betroffen, wie aus der Tab. 2 hervorgeht; 1982 erreichte die Jugendarbeitslosigkeit Rekordmarken von über 20% in Frankreich und Großbritannien, um über 30% in Italien und Spanien.³⁸⁾ Es wäre nun durchaus denkbar, daß Jugendliche, die von Arbeitslosigkeit betroffen werden und häufig nicht einmal Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung haben, ein besonders gefährliches Potential darstellen könnten;



einerseits deswegen, weil ihre Unbekümmertheit, Affektivität und Kritikbereitschaft sich aufgrund ihrer Erfahrung mit der Arbeitslosigkeit rasch in politische Verweigerung transformieren könnten, andererseits deswegen, weil ihr Gesellschaftsbild möglicherweise von ihren ersten Erfahrungen nach dem Schulabgang entscheidend geprägt wird — und ihre erste Erfahrung ist: Die Gesellschaft braucht sie nicht, hat keinen Platz für sie. Daran läßt sich anknüpfen, wenn man Phänomene wie Terrorismus und chaotisch-affektive Aufstände in manchen Städten mit diesen Problemgruppen des Arbeitsmarktes in Verbindung bringt.

Auf der anderen Seite gibt es empirische Studien, die belegen, daß die psychischen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit die Jugendlichen am wenigsten treffen; die vergebliche Suche nach einem Arbeitsplatz nach dem Schulabgang wird von den Betroffenen mit dem geringsten Maß an Stigmatisierung verbunden, und die Erwartungen der Schulabgänger passen sich den realen Verhältnissen relativ schnell an; zudem werden die sozialen und finanziellen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit durch elterliche Unterstützung gemildert.³⁹⁾

Vermutlich müssen auch bei den Jugendlichen verschiedene Gruppen, die auf ihre Erfahrungen in verschiedener Weise reagieren, unterschieden werden. So wäre es — in einer sehr einfachen Differenzierung — nicht unplausibel anzunehmen, daß Jugendliche aus unteren sozialen Schichten, die ihr Schicksal in geringerem Ausmaß in politische Kritik umzusetzen gewohnt sind, ihrer tiefsetzenden Aversion gegen die Gesellschaft in affektiven Ausbrüchen, wie sie durch urbane Unruhen der letzten Jahre illustriert werden können, Ausdruck verleihen; daß aber Jugendliche aus mittleren und oberen Schichten, die (durch die politische Verarbeitung ihrer Erfahrungen) zu einem kritischen Potential werden könnten, einerseits weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind, andererseits aber leichter jene Lösung wählen, die sich in jüngster Zeit attraktiv anbietet: Den „Ausstieg“ aus der Gesellschaft — im Sinne eines Rückzugs in alternative Lebensformen und in die Untergrundwirtschaft. (Unter dieser können sowohl die wirtschaftlichen Substrukturen der Alternativbewegung verstanden werden als auch graue und schwarze Märkte der „offiziellen“ Wirtschaftsstruktur.) Die „Exit“-Lösung schwächt in diesem Falle den „Widerspruch“ und trägt zu einer wesentlichen Stabilisierung der Gesellschaft bei, sofern diese die zeitweilig auflackernden Krawalle in den Städten unter Kontrolle halten kann und gewisse wirtschaftliche Spielräume für „Aussteiger“ bereithält.

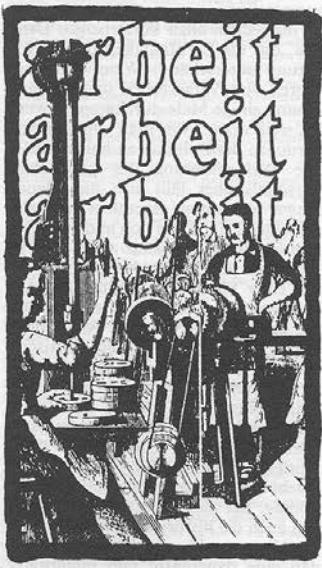
4. Steuerungskapazitäten und Legitimationsprobleme

Der erwähnte politische Immobilismus, für den die Verringerung oder das Verschwinden der budgetären Spielräume — in dem Sinne, daß immer größere Teile der öffentlichen Budgets durch gesetzliche Verpflichtungen oder politische Notwendigkeiten festgelegt sind — nur ein Indiz ist, führt zu einer Reduzierung der für die Krisenbewältigung erforderlichen Steuerungskapazitäten. Dies kann schon durch ökonomische Variablen angedeutet werden: Vor allem die Dynamik der Sozialausgaben hat in der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise dazu geführt, daß das durchschnittliche Arbeitseinkommen 1982 mit 31,7% an Lohnsteuer und Sozialabgaben belastet ist im Vergleich zu 22,7% im Jahr 1970, daß die öffentliche Verschuldung von etwas mehr als 1% des Bruttosozialprodukts im gleichen Zeitraum auf mehr als 10% gestiegen ist und daß die staatlichen Investitionen, die am Beginn der 70er Jahre einen Anteil von etwa einem Viertel am öffentlichen Gesamthaushalt hatten, auf 16,5% gesunken sind.⁴⁰⁾ Dies läßt die Steuerungsressourcen verknappen, deren Einsatz ohnehin aus ordnungspolitischen und strukturellen Gründen immer prekär ist.⁴¹⁾

Der Immobilismus läßt sich aber auch unter bezug auf sozialpsychologische Komponenten erörtern, nämlich angesichts des Umstandes, daß die Handlungsfähigkeit politischer Instanzen auch auf ein gewisses Maß an „Vertrauen“ begründet ist, das es ihnen ermöglicht, jeweils adäquat auf Krisenerscheinungen zu reagieren, obwohl damit Einschränkungen bestimmter Bevölkerungsgruppen verbunden sind. Das politische System kann daher — gerade in einer stagnierenden Wirtschaft — nicht nur Clearing-Stelle von Interessen verschiedener Gruppen und Serviceapparat für anspruchsvolle Staatsbürger sein; die Politiker sind gezwungen, mehr denn je in den letzten Jahren „Herrschaft“ auszuüben: im Sinne einer Mobilisierung von Ressourcen, die von anderen Verwendungen abgezogen werden, für bestimmte wichtige Ziele; und im Sinne der Aufrechterhaltung von Konsumaufschwung und Opfern für die Bürger. Diese Situation soll nicht dramatisiert werden; sie widerspricht allerdings den Gewohnheiten von Bürgern und Politikern in einer gesicherten Wachstums- und einer expansiven Wohlfahrtsgesellschaft. Zu solchen Maßnahmen ist ein hohes Maß an Loyalität und Legitimität nötig, da sich andernfalls allzu leicht das Gefühl verbreitet, daß die Herrschenden ihre Machtposition und eine gegebene wirtschaftliche Situation ausnützen, um sich persönliche Vorteile zu sichern;⁴²⁾ eine Interpretation solcher Maßnah-

men als „Tricks einer übelwollenden Elite“, die ihre Positionen zu Lasten der Normalbürger ausbaut, müßte zu einem raschen Abbau der politischen Stabilität führen. Auch *halblegale Praktiken und Privilegien* werden eher geduldet, wenn in einer expansiven Wirtschaft für alle Einkommenssteigerung und Aufstieg gesichert sind; wenn sich jedoch der Eindruck verbreitet, daß die in einer Stagnationssituation erforderlichen und geforderten Restriktionen von den „Eliten“-Politikern, höheren Einkommensbeziehern, Selbständigen usw. — nicht geleistet werden müssen, daß diese genug Schleichwege zur Umgehung der Einschränkungen besitzen und daß ihnen durch korrupte Praktiken ungerechtfertigte materielle Vorteile zuteil werden, dann werden sich die politischen Gegensätze verschärfen. Wenn die politischen Instanzen darin involviert sind, könnten Verteilungsargumente auch in politische Legitimitätskonflikte umschlagen.

Viele wirtschaftspolitische Maßnahmen, die sich auf strukturelle Eingriffe und globale Ankurbelungsversuche beziehen, haben ohnehin einen schwierigen Kurs zwischen ökonomischer Notwendigkeit und schlechter Optik zu steuern: Denn es ist keine Leichtigkeit, einem Arbeitslosen, einem um seinen Arbeitsplatz Bangenden oder auch einem Arbeitnehmer, der in den letzten Jahren Realeinkommensverluste hinnehmen mußte, klarzumachen, daß die Unternehmer — wie dies von manchen wirtschaftspolitischen Programmen vorausgesetzt wird — steuerlich entlastet, ihre Gewinnspannen vergrößert und ihnen höhere Forderungen zugestanden werden müssen. Und zweifels-



ohne ist es genauso schwierig, jene, die erstmals aus dem einst geschätzten Dschungel des sozialdarwinistischen Wirtschaftslebens ihre Augen ängstlich dem in vielen europäischen Ländern dicht geknüpften Netz der sozialen Sicherheit zuwenden, mit der Notwendigkeit zu konfrontierten, just in dieser Lage an dem Sozialsystem Abstriche vorzunehmen — um die Gelder darüber hinaus vielleicht jenen zukommen zu lassen, die ohnehin Arbeitsplätze und Betriebe besitzen. Wenn schon solche politischen Strategien verfolgt werden — und es herrscht eher über Art und Ausmaß als über die prinzipielle Notwendigkeit Dissens —, so muß man besondere Subtilität walten lassen im Hinblick auf den Schein (oder die Tatsache) einer Privilegierung bestimmter Gruppen, denen die Krise in die Hände zu spielen scheint. Denn gerade die Stagnation dokumentiert — nach Ansicht vieler — deren Inkompetenz; und diese sollte nicht noch belohnt werden.

Dieser Vorwurf führt zu einem letzten Punkt, der im Zusammenhang mit politischen Entlegitimierungsprozessen erwähnt werden soll. Das System der Parteienkonkurrenz baut auf Behauptungen der eigenen Steuerungskompetenz und der Inkompetenz der anderen auf und fördert im dialektischen Wechselspiel den *Wettbewerb von Versprechungen*, denen unweigerlich 38 korrespondierenden Enttäuschungen folgen müssen; dies unterminiert die Glaubwürdigkeit der Politiker und kann zu Zweifeln an der generellen Kompetenz des politischen Apparats führen. In der Phase einer langfristigen strukturellen Stagnation mit Wachstums- und Vollbeschäftigungsversprechungen zu operieren, entspringt einem allzu kurzfristigen Denken, das die Lernfähigkeit der Bevölkerung unterschätzt: Wenn das Verfahren von Versprechen und Enttäuschung einige Male durchgespielt wurde, weiß man, „was man von den Äußerungen der Politiker zu halten hat“. Die Diskreditierung des politischen Personals aber läßt sich auf Dauer schwer abschotten gegenüber einer allgemeinen Politikaversion und einer Systemfeindlichkeit. Denn wenn die Parade der politischen Versprechungen mit einer Situation zunehmender Arbeitslosigkeit kontrastiert wird, müssen die damit verbundene Angst oder sogar Verzweiflung in die politische Anklage gegen jene münden, die sich ihrer Steuerungsfähigkeit in allen wirtschaftlichen Lagen brüsten. Ihr Versagen wird ihrer spezifischen Untätigkeit oder persönlichen Unfähigkeit zugeschrieben, was Gefühle hilfloser Ohnmacht beim „Normalbürger“ auslösen könnte. Bei diesen Befürchtungen stehen auch die historischen Erfahrungen im Hintergrund, die lehren können, daß eine dauerhafte und quantitativ

bedeutende Arbeitslosigkeit, aus der ein Ausweg nicht ersichtlich ist, zu einer Lähmung des gesamten sozialen Lebens führen kann. In einer Bevölkerung, die sich verarmt, drangsaliert und bedroht fühlt, in der Sicherheit und moralische Postulate der Erosion preisgegeben sind, können radikale Stimmungen entstehen — egal ob rechter oder linker Prägung —, die sich zum Ruf nach einer Regierung vereinen, die endlich etwas gegen diese Situation unternimmt, worum immer es sich dabei auch handelt.⁴² Daß ein solch „ängstliches Vertrauen“ dann nicht immer liberaldemokratischen Regierungen zuteil wird, gehört ebenfalls zu den Erfahrungen, der gerade die europäischen Gesellschaften eingedenk sein müssen.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Josef Steindl: Stagnation Theory and Stagnation Policy, in: *Cambridge Journal of Economics* 3 (1979), S. 1ff.; Holly Sklar (Hrsg.): *Trilateralism. The Trilateral Commission and Elite Planning for World Management*, Boston 1980.
- 2) Vgl. zur Bedeutung dieser Führungsrolle Helmut Schmidt: Die Weltwirtschaft ist unser Schicksal, in: *Die Zeit* Nr. 9, 25. Februar 1983.
- 3) Vgl. dazu etwa den Bericht der OECD (Hrsg.): *Interferences, Facing the Future. Mastering the Probable and Managing the Unpredictable*, Paris 1979.
- 4) Vgl. Gunter Tichy: Konjunktur- und Strukturprobleme in Österreich, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 14 (1977), S. 40–50, vgl. auch zu Sättigungserscheinungen und Substituten OECD-Report: Die Zukunftschancen der Industrieländer (Technical Change and Economic Policy). Wissenschaft und Technik im neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld, Frankfurt-New York 1981.
- 5) Vgl. etwa Etienne Davignon: Europa am Ende oder von einem neuen Aufschwung? in: Ralf Dahrendorf (Hrsg.): *Trendwende, Europas Wirtschaft in der Krise*, Wien u. a. 1981, S. 167–191; zu den ökologischen Problemen neben den Arbeiten des Club of Rome neuerdings den Bericht der amerikanischen Bundesregierung: *Global 2000. Report to the President*. Hrsg. v. Council on Environmental Quality und dem US-Außenministerium, Washington 1980.
- 6) Vgl. etwa für Europa Jürgen Heinrichs / Otto Keyser: Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek b. H. 1977; Kurzfassung in: *Technologie und Politik*, Nr. 8, 1977, S. 16–35.
- 7) Vgl. den OECD-Report 1981; Edward F. Denison: *Accounting for Slower Economic Growth*, Washington 1979; *The Puzzling Slowdown to Productivity Growth*, in: *Challenge* 23 (1980), November-December, S. 3–8; Dale W. Jorgenson: *The Answer is Energy* (Interview), in: *Challenge* 23 (1980), November-December, S. 16–23; Michael Boretsky: *The Role of Innovation*, in: *Challenge* 23 (1980), November-December, S. 9–15; Ralf Zeppernick: *Possibilities and Limits of Labour Market Policy from an Economic Point of View*, in: *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik* 197 (1982), S. 1–20.
- 8) Vgl. Daniel Bell: *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Reinbek b. H. 1979 *The Coming of Post-Industrial Society*, 1973; Jonathan Gershuny: *Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft*, Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen, Frankfurt — New York 1981 *After Industrial Society? The Emerging Self-Service Economy*, 1978; Jiri Skolka: *Dienstleistungen oder Selbstbedienung?* in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 3 (1977), S. 397–406.
- 9) Adam Smith: *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, München 1978 *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 1776; David Ricardo: *On the Principles of Political Economy and Taxation*, London 1817; John Stuart Mill: *Grundsätze der politischen Ökonomie*, 2 Bde. Jena 1913, 1921 *Principles of Political Economy*, 1848.
- 10) Karl Marx: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, 3 Bde, Berlin MEW 23, 24, 25.
- 11) Rudolf Hilferding: *Das Finanzkapital*, Wien 1910; ders.: *Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik (Referat)*, in: *Protokoll der Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitag 1927* in Kiel, Berlin 1927, S. 165–224; vgl. auch den Staatskapitalismus Friedrich Pollock: *Stadien des Kapitalismus*, München 1975 (mit Aufsätzen aus dem Jahr 1941) und den Plan-

- kapitalismus Richard Richard (Paul Serings) *Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung*, Berlin-Bonn / Bad Godesberg 1977 (erstmalig 1947) sowie Maurice Dobb: *Organisierter Kapitalismus. Fünf Beiträge zur politischen Ökonomie*, Frankfurt a. M. 1966. Vgl. weiters zusammenfassend und bewertend Heinrich August Winkler (Hrsg.): *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974.
 - 12) John Maynard Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*, Cambridge 1973 (erstmalig 1936); Joseph A. Schumpeter: *The March into Socialism*, in: *American Economic Review* 40 (1950), S. 446–456.
 - 13) Jürgen Kromphardt: *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus — von seiner Entstehung bis zur Gegenwart*, Göttingen 1980.
 - 14) Vgl. z. B. Jürgen Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt a. M. 1973.
 - 15) Vgl. z. B. OECD Economic Outlook 32, December 1982.
 - 16) Vgl. ebda.; optimistischer Felix Butschek: *Vollbeschäftigung in der Krise. Die österreichische Erfahrung 1974 bis 1979*, Wien 1981.
 - 17) Josef Steindl: *Ideas and Concepts of Long Run Growth*, in: *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* 1981, No. 136, S. 35–47.
 - 18) Knut Borchardt: *Perspektiven der Wachstumsgesellschaft*, in: Klaus von Beyme u. a. (Hrsg.): *Wirtschaftliches Wachstum als gesellschaftliches Problem*, Königstein/Ts. 1978, S. 157–168, hier S. 161.
 - 19) Ebd.
 - 20) Lester C. Thurow: *Die Null-Summen-Gesellschaft. Einkommensverteilung und Möglichkeiten wirtschaftlichen Wandels*, München 1981 *The Zero-Sum Society — Distribution and the Possibilities for Economic Change*, 1980.
 - 21) Ebd., S. 8.
 - 22) Ebd., S. 9.
 - 23) Vgl. eine Fülle von Beispielen in Thurows amüsantem Buch.
 - 24) Ebd., S. 10.
 - 25) Ebd., S. 199.
 - 26) *Interfutures-Bericht der OECD 1979*, S. 128.
 - 27) OECD Economic Outlook 32, Dec. 1982, S. 12.
 - 28) Vgl. den *Interfutures-Bericht*, S. 163.
- | | 1960/65 | 1966/70 | 1971/76 |
|----------------|------------|------------|------------|
| USA | — | (1966) 3,6 | (1973) 4,7 |
| Kanada | — | (1966) 3,5 | (1973) 5,6 |
| Frankreich | (1964) 1,1 | (1969) 1,6 | (1973) 2,0 |
| BRD | (1965) 0,5 | (1970) 0,6 | (1973) 2,0 |
| Italien | (1962) 2,9 | (1970) 3,1 | (1973) 3,4 |
| Großbritannien | (1964) 1,4 | — | (1973) 2,3 |
- 29) Ebd., S. 136.
 - 30) Diese Fragen werden in einem Gutteil der Literatur über Arbeitsmarktpolitik diskutiert, vgl. zu den Problemgruppen beispielsweise Projektgruppe Arbeitsmarktpolitik / Claus Ofte (Hrsg.): *Opfer des Arbeitsmarktes. Zur Theorie der strukturierten Arbeitslosigkeit*, Neuwied-Darmstadt 1977. Vgl. allgemein zu Problemen der Arbeitslosigkeit etwa OECD: *The Challenge of Unemployment. A Report to Labour Ministers*, Paris 1982; Harald Gerfin: *Gegenwartsprobleme der Arbeitsmarktpolitik*, Ein Überblick, in: C. v. Weizsäcker (Hrsg.): *Staat und Wirtschaft* (Schriften des Vereins für Sozialpolitik Neue Folge 102), Berlin 1979, S. 295–317; Fritz W. Scharpf: *Arbeitslosigkeit oder was sonst?* Optionen der Arbeitsmarktpolitik in den achtziger Jahren, in: *Journal für Sozialforschung* 22 (1982), S. 336–352; Kurt W. Rothschild: *Kritische Darstellung der theoretischen Grundlagen der Vollbeschäftigungspolitik*, in: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, H. 1, 1980, S. 10–17; Ralf Dahrendorf: *Die Arbeitsgesellschaft ist am Ende. Wenn aus Arbeit sinnvolles Tun wird*, in: *Die Zeit* Nr. 48 vom 26. November 1982 und Nr. 49 vom 3. Dezember 1982.
 - 31) Vgl. dazu Martin und Sylvia Greiffenhagen: *Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kultur Deutschlands*, Frankfurt a. M. 1981; und entsprechende Artikel in Martin und Sylvia Greiffenhagen / Rainer Pratorius (Hrsg.): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lehr- und Nachschlagewerk*, Opladen 1981.
 - 32) Marie Jahoda / Paul F. Lazarsfeld / Hans Zeisel: *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anfang zur Geschichte der Soziographie*, Frankfurt a. M. 1980 (erstmalig 1933).
 - 33) Vgl. z. B. Thomas Kuschel / Günter Wiswedel (Hrsg.): *Arbeitslosigkeit*, 2 Bde, Meisenheim 1978.
 - 34) Ali Wacker: *Arbeitslosigkeit. Soziale und psychische Voraussetzungen und Folgen*, Frankfurt a. M. — Köln 1976, S. 99 ff., hier S. 102.
 - 35) Vgl. Catherine Hakim: *The Social Consequences of High Unemployment*, in: *Journal of Social Policy* 11 (1982), S. 433–467.
 - 36) Ebd., S. 458f.
 - 37) Vgl. dazu W. W. Daniel: *Why is high unemployment*.

ment still somehow acceptable? in: New Society 55 (1981), S. 495-497.

38) OECD Economic Outlook 32, Dec. 1982.

39) Vgl. Hakim S. 449.

40) Dies hat Helmut Schmidt Mitte 1982 vor der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion selbst erörtert; vgl. Die Zeit Nr. 1, 31. Dezember 1982, S. 1.

41) Hier müßte natürlich eine umfassende Diskussion über die Probleme von Markt und Staat — also die Frage nach der Krise des Interventionismus — angeschlossen, sowie über die Frage nach der sogenannten Finanzkrise des Steuerstaates.

42) Vgl. für sich entwickelte Staaten Lucien W. Pye: The Legitimacy Crisis, in: Leonard Binder u.a.: Crises and Sequences in Political Development, Princeton 1971, S. 135-138.

43) Vgl. Eric J. Hobsbawm: Looking towards 2000: The politics of decline? in: New Society 62 (1982), S. 8-12; zu den Problemen der politischen Stabilität und politischen Überlastung vgl. z. B. Wilhelm Hennis / Peter Graf Kielmannsegg / Ulrich Matz (Hrsg.): Regierbarkeit. Studien zur ihrer Problematik, 2 Bde, Stuttgart 1977, 1979; Richard Rose (Hrsg.): Challenge to Governance. Studies in Overloaded Politics, Beverly Hills London 1980; OECD (Hrsg.): The Welfare State in Crisis, Paris 1981; Franz Lehner: Grenzen des Regierens. Eine Studie zur Regierungsproblematik hochindustrialisierter Demokratien, Königstein/Ts. 1979; Michael J. Crozier / Samuel P. Huntington / Joji Watanuki: The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission, New York 1975; Peter Graf Kielmannsegg / Ulrich Matz (Hrsg.): Die Rechtfertigung politischer Herrschaft, Doktrinen und Verfahren in Ost und West, München 1978; Fritz Plasser / Peter A. Ullrich: Unbehagen im Parteienstaat. Jugend und Politik in Österreich, Wien-Köln-Graz 1982.

EX LIBRIS

Arbeitszeitverkürzung

Die Arbeitslosigkeit wird sich in den nächsten Jahren verschärfen, die überkommenen wirtschaftspolitischen Strategien versagen, erwartete Konjunkturaufschwünge treten nicht ein, die Aussichten sind düster. Umso heftiger sind die Auseinandersetzungen um gangbare Wege, die Arbeitsplätze sichern und ein auch politisch bedrohliches Potential an Unterbeschäftigung verhindern; herbstliche Stürme stehen in dieser Frage in Österreich bevor. Umso interessanter ist es, einen ziemlich vollständigen Problematik-Katalog zu studieren, in dem die Argumente zugunsten einer Arbeitszeitpolitik und die Bedenken gegen die Wirksamkeit einer solchen Strategie diskutiert und empirische Berechnungen über die Erfolgsaussichten angestellt werden; dies geschieht in der Aufsatzsammlung

Thomas Kutsch / Fritz Vilmar (Hrsg.): Arbeitszeitverkürzung. Ein Weg zur Vollbeschäftigung? Westdeutscher Verlag, Opladen 1983.

Freilich sehen die Autoren dieses Bandes, von denen die meisten einer beschäftigungspolitisch orientierten Arbeitszeitverkürzung große Chancen zur Arbeitsmarktstabilisierung zubilligen, klar, daß es sich nicht um ein Patentrezept handelt. Vielmehr komme es, so Engelke, auf den integrierten Einsatz der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Bildungs-, Tarif- und Unternehmenspolitik an, auf Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, das Defizit an Arbeitsplätzen zu beseitigen, strukturell gezielt auf besonders betroffene Personengruppen und schwächere Regionen einzuwirken, einen ausreichenden Schutz bei Rationalisierung zu gewähren und die Beschäftigungschancen sowie die Arbeitsbedingungen durch die Verkürzung von Arbeitszeit und Arbeitsleben zu verbessern. Nur ein vieldimensionales Konzept, so meint auch Josef Stingl, der Präsident der deutschen Bundesanstalt für Arbeit, kann die Beschäftigung sichern; und manche Bedingungen gehen sicher auch zu Lasten der Arbeitnehmer, die beispielsweise, wie Kutsch und Wüschel betonen, ihre Anspruchsniveaus senken müßten. Dennoch steht nach Vilmars Meinung vor allem die „Wachstumsfixierung“ aller Beteiligten dem Einsatz der Arbeitszeitpolitik entgegen; er plädiert folgerichtig für eine neue konzentrierte Aktion, bei der auch die öffentliche Meinung und die Medien besondere Beachtung finden sollen. — Zentral für die Argumentation aber sind empirische Ergebnisse, die in einer Studie von Reyher, Bach, Kohler und Teriet gearbeitet werden. Sie untersuchen zunächst das deutsche Arbeitsvolumen und stellen fest, daß sich die Jahresarbeitszeit in den beiden letzten Jahrzehnten um ein Sechstel verringert hat, wobei die Veränderungen der tariflichen Arbeitszeit voll durchgeschlagen haben, und daß sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität deutlich abgeflacht hat. Langfristig läßt sich feststellen, daß der Großteil der bisherigen Arbeitszeitverkürzung durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze kompensiert werden mußte. Durch alle Maßnahmen und Entwicklungen, die eine Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit bewirken, konnte in der BRD nach Berechnung der Autoren gegenüber 1973 für mehr als 800.000 Personen Beschäftigung erhalten oder geschaffen werden. Wenn die bisherige Entwicklung sich fortsetzt, müßte man 1985 mit rund 2,6 Millionen Arbeitslosen (und mehr als 1,5 Millionen registrierten Arbeitslosen) rechnen, bei einer durchschnittlichen Verkürzung der Jahresarbeitszeit um jährlich 2% könnte die Zahl der Erwerbstätigen bei gleichem Arbeitsvolumen um rund 2,1 Millionen Personen vergrößert werden, was dem Vollbeschäftigungsniveau nahekommt. — Während Bernd Wolf einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung skeptisch gegenübersteht, legt er interessante Umfrageergebnisse vor, denen zufolge zwar die Bereitschaft, auch ohne vollen Lohnausgleich für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, bloß bei 17 bis 24% der Arbeitnehmer vorhanden sei, während bei 24% der Lohnausgleich zwischen 53 und 63% der Befragten dafür plädierten, die jedoch zugleich auch ein beachtliches Potential an Arbeitnehmern nachweisen, die Teilzeitarbeit vorziehen würden. Nur fünf Prozent der halbtagsbeschäftigten Frauen würden lieber länger arbeiten, aber etwa vierzig Prozent der ganztagsbeschäftigten Frauen würden eine kürzere Arbeitszeit vorziehen. Der Realisierung dieser Möglichkeiten stehen keine organisatorischen Probleme, sondern nur eingefahrene Gewohnheiten entgegen. Denn anderen Untersuchungen zufolge plädierten, daß die Unternehmen meinen, mehr als 60% ihrer Vollzeit-Arbeitsplätze weisen keine Teilzeithemmnisse auf, seien also im Vier-Stunden-Rhythmus teilbar. Auch um die entsprechende Flexibilität des Arbeitsmarktes hat Hof keine Sorge. — Seifert setzt sich mit den häufig vorgetragenen Argumenten gegen eine Arbeitszeitverkürzung auseinander: Spätere Knappten an Arbeitskräften seien angesichts ausreichend flexibler Mechanismen kein Problem; strukturelle Diskrepanzen hätten sich auch in Zeiten der Vollbeschäftigung immer überwinden lassen; die Kompensation durch Überstunden und durch Rationalisierung sei auch bisher möglich gewesen, habe aber keinen deutli-

chen historischen Trend erkennen lassen; das Kostenproblem sei freilich politisch zu lösen. — Bolle dissoniert die Untersuchungen der arbeitszeitpolitischen Auswirkungen in verschiedenen Branchen, lehnt aufgrund statistischer Analysen die Behauptung, daß Arbeitsplatzverluste die Folge sein könnten, ab, spricht sich in dessen für selektive Arbeitszeitverkürzungen aus. Mertens geht es um die „Zeissouveränität“ der Arbeitnehmer, um die individuellen Spielräume bei der Gestaltung des Arbeitslebens; mit den Flexibilisierungsmöglichkeiten befaßt sich auch Andreas Hoff. Teriet hat Erfahrungen mit verschiedenen Modellen flexibler Arbeitszeiteinrichtungen zusammengetragen und skizziert konkrete Varianten und Formen. Kuntz bringt Modellrechnungen über die Einkommens- und Konsumeffekte der Arbeitszeitverkürzung, Salowsky befaßt sich mit den Fehlzeiten der Arbeitnehmer. — Die herrschende Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung ist von Beginn an mit Vorurteilen beladen und von politisch-strategischen Intentionen geprägt; um nützlicher erscheint es, die Diskussion durch systematische Argumentationen und empirische Belege anzureichern, wie dies in dem vorliegenden Band auf umfassende Weise geboten wird. Auch wenn mancher argumentative Überschneidungen existieren, bietet er doch ein reiches Material, das die in Österreich bisweilen recht provinziell anmutende Diskussion bereichern könnte. Auch wenn sich die darin verwendeten Daten auf die Bundesrepublik beziehen, ist die grundsätzliche Frage nach der Arbeitszeit in dem Lande; und auch die ökonomischen Wirkungen lassen sich unsicher übertragen. Wenn man sich manchmal politisches Gezänk in den Medien zu Gemüte führt, würde man des öfteren wünschen, die Kontrahenten hätten ein wenig von dem gelehen, was an wissenschaftlichen Ergebnissen zur Verfügung steht.

M.P.

Politische Kultur und politische Psychologie

Politik ist nicht nur das, was in den politischen Institutionen und Personen sichtbar wird, umfaßt nicht nur die Streitereien zwischen Parteien, die Verabschiedung von Gesetzen und die Erbringung von Arbeitsleistung. Gerade in den letzten Jahren nimmt die Befassung mit der „politischen Kultur“, der Gesamtheit aller Einstellungen und Wertungen gegenüber politischen Sachverhalten und Einrichtungen, einen neuen Aufschwung; ein interdisziplinäres Beginn, das von der Soziologie und Ökonomie bis zur Politikwissenschaft, Psychologie und Sozialisationsforschung reicht. Ein handliches Werk, in dem der Stand dieser Forschungen zusammengefaßt wird, ist, nicht mehr in dem Band

Martin und Sylvia Greiffenhausen / Rainer Prörrius (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lehr- und Nachschlagewerk. Westdeutscher Verlag, Opladen 1981

greifbar. Es bietet auf nicht einmal 600 Seiten einen prägnanten Überblick, der in kurze, alphabetisch geordnete Artikel gegliedert ist, umgeben von Fachlexikon, aber durchaus auch als Lehrbuch dienen. Die Stichwörter umfassen eine Sozialisationsprobleme, Fragen von Persönlichkeit, Ideologie und Wertewandel, Probleme von Apathie, Entfremdung, Partizipation, Anomie, Legitimität, historische und institutionelle Grundlagen, aber auch Religion, Bildung, Kultur, Medien, Probleme von Parteien, Verbänden, Randgruppen, Fragen der Sozial- und der Ausländerpolitik, der Wirtschaftsordnung und der Arbeitsbeziehungen. Der Erörterung kultureller Strukturen und Wandlungsphänomene, wie sie in den letzten Jahren wieder stärker gepflegt wird, ist mit diesem Band ein guter Dienst erwiesen; der rasche erste Zugang zu Fragestellungen dieses sozialen Bereichs wird dadurch sehr erleichtert.

Auf einen weniger allgemeinen Adressatenkreis, sondern wohl eher auf Interessenten aus dem wissenschaftlichen Bereich, das das Sonderheft 12 der Politischen Vierteljahrschrift hoffen:

Hans-Dieter Klingemann / Max Kaase (Hrsg.): Politische Psychologie. Westdeutscher Verlag, Opladen 1981

das sich ähnlichen Fragen widmet. Es geht auf Tagungen zurück, die von der Internationalen Gesellschaft für Politische Psychologie, von der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und dem Mannheimer Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen veranstaltet wurden, und befaßt sich mit folgenden Themenbereichen: Politische Sozialisation, politische Wertorientierungen, Einstellungen zum politischen System und politische Beteiligung, Faschismusforschung, und mit der historisch relevanten Form von Subjektivität. Die Themen, an denen die Wechselbeziehungen von Persönlichkeit und Macht sowie die psychologischen Bestimmungsgründe des politischen Handelns untersucht werden, sind also weit gestreut und reichen von Politikunterricht, Wehrdienst und Kriegspfeile über die Erörterung postmaterialistischen Wertwandel bis zum Gesundheitssystem und dem Nazi-Lager Treblinka.

Das siebte Jahrbuch

Widerum gilt es — wie jedes Jahr — das Erscheinen jenes Handbuches der österreichischen Politik zu vermeiden, das in der kurzen Zeit seines Bestehens zu einer unangenehm Informationsquelle für alle jene, die an den aktuellen politischen Vorgängen in unserem Land, aber auch an den längerfristigen Trends der sozialen Entwicklung interessiert sind, geworden ist:

Andreas Khol/Alfred Stirmann (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1982, Oldenbourg Verlag/Verlag für Geschichte und Politik, München-Vien 1983.

Neben den bewährten Daten, Zahlen und Fakten — sowie einer graphischen Aufbereitung von Meinungsbildungsergebnissen zu den Themen Parteienverdrossenheit, Außenpolitik, Wirtschaftslage, Zivilcourage und Zukunftserwartungen der österreichischen Bevölkerung — werden in den Beiträgen jene Phänomene behandelt, welche die Gestalt der Parteienlandschaft in den letzten Jahren — alles in allem genommen — doch nachhaltig verändert haben: die „neuen sozialen Bewegungen“, die „Grünen“, die „Alternativen“, Überlegungen über die Gründe dieser Entwicklungen, Analysen der Situation und Versuche, zukünftige Trends abzuschätzen, geben auch ein Bild von der Besorgnis, mit der die etablierten politischen Institutionen den Aufschwung dieser neuen Konkurrenten beobachten. Weitere Beitragsthemen umfassen den Bereich Ethik und Korruption, militärische und außenpolitische Fragen, Probleme der österreichischen Gerichtsorganisation und der Strafrechtsreform, Fragen der Kulturpolitik — von den Medien über die Schülervertretung bis zur Kunstförderung —, und bildungspolitische Schwerpunkte der Erwachsenenbildung. Die Untersuchungen über die österreichischen Parteien werden mit zwei Beiträgen über SPÖ und Kirche bzw. über den Atomstreik fortgeführt, aktuelle wirtschaftspolitische Themen werden angesprochen mit Artikeln über Staatsverschuldung und Armut im Wohlfahrtsstaat. Der Band stellt, wie dies intendiert ist, eine brauchbare „Handreichung für den Theoretiker wie für den Praktiker, für den Politikwissenschaftler wie für den Politiker, den Meinungs- und Erwachsenenbildner“ dar; darüber hinaus kann er rundweg jedem „Staatsbürger“ empfohlen werden. Die Handreichung ist gelungen.

Diesseits der Dienstleistungsgesellschaft

Lange Zeit schien es eine Allerweltsweisheit zu sein, daß sich in den entwickelten Industriegesellschaften ein Trend zu einer „Dienstleistungsgesellschaft“ abzeichne, daß also die Industrie an Bedeutung verliere und sich Märkte für Dienstleistungen etablieren, auf denen sich die Bürger der Wohlstandsgesellschaft mit persönlichen Leistungen versorgen lassen. Diese Perspektive stellt Gershuny radikal in Frage:

Jonathan Gershuny: Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen, Campus Verlag, Frankfurt-New York 1981, 28.— DM.

Er behauptet vielmehr, daß die Industrie in ihrer Bedeutung zunehme, und prophezeit den Niedergang jenes Dienstleistungssektors, den die meisten Prognostiker als dominierenden Wirtschaftsbereich der Zukunft angesehen haben. Diese Vision verbleibt insofern nicht im Bereich des Spekultativen, sondern wird durch eine sorgfältige Analyse von Beschäftigungs- und Konsumstrukturen in den westlichen Industriestaaten erhärtet. Die Haushalte konsumieren weniger Dienstleistungen über den Markt, sie stellen vielmehr die gewünschten Dienste in zunehmendem Maße selbst her; dies aber ist gerade durch den Umstand möglich, daß die Industrie immer mehr Geräte anbietet, die eine effiziente „Eigenproduktion“ ermöglichen. Die Haushalte investieren also immer stärker in Konsumgüter, mit deren Hilfe sie den gestiegenen Bedarf nach Dienstleistungen decken; was in den Statistiken als Expansion von Dienstleistungsberufen aufscheint, ist vielmehr der gestiegene Bedarf der Industrie nach hochqualifizierten Diensten zum Zwecke der Güterproduktion. Qualifizierte Dienstleistungsberufe sind somit in der Güterproduktion, Haushalte in der Eigenproduktion von Dienstleistungen tätig; dies ist jener Trend, den Gershuny in seinem anregenden Buch beschreibt.

Der Aufstieg des Wohlfahrtsstaates

Bei aller Problematik ihrer Fundierung gibt die Sozialindikatorenforschung interessante Aufschlüsse über den Zustand einer Gesellschaft, wenn man jene überzogenen Erwartungen, die einstmals mit ihr verbunden waren, nämlich das Ziel, quasi eine Kennziffer als Zustandsbeschreibung der gesellschaftlichen Wohlfahrt, „erreichen“ zu können, hinter sich läßt. Von größtem Interesse ist aber auch ihre historische Anwendung, d. h. die Beschreibung längerfristiger gesellschaftlicher Entwicklungen unter Verwendung von Sozialindikatoren, eine Aufgabe, der sich neuerdings einige Forschungsabteilungen in der BRD mit verdientvollem Elan widmen. Eines der Ergebnisse dieser Bemühungen ist der Band

Erich Wiegand/Wolfgang Zapf (Hrsg.): Wandel der Lebensbedingungen in Deutschland. Wohlfahrtsentwicklung seit der Industrialisierung, Campus Verlag, Frankfurt-New York 1982, 58.— DM.

Nach einer Skizze der generellen Tendenzen der Wohlfahrtsentwicklung werden theoretisch und vor allem empirisch die folgenden Lebensbereiche untersucht: Arbeitsgesetzgebung und Arbeitszeit (Stemler/Wiegand), Löhne und Lebenshaltungskosten (Wiegand), Einnahmen- und Ausgabenstrukturen privater Haushalte (Wiegand), Entwicklungstendenzen der Arbeitslosigkeit (Lohr), Gesundheitsverhältnisse seit der Industrialisierung (Rothemann) und die Wohnsituation von Arbeiterhaushalten zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Grasche/Wiegand). Damit werden zentrale Bereiche der Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerung in Deutschland seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfaßt und wichtige Beiträge zur quantitativen Erhellung der sozialen und sozialpolitischen Geschichtsschreibung geleistet.

M.P.

Politische Bildung

In der Schriftenreihe des Unterrichtsministeriums „Politische Bildung“ sind zwei weitere bibliographische Hilfsmittel erschienen, die eine sachlich gegliederte Literaturauswahl enthalten. Es handelt sich dabei um Politische Bildung Heft 36—38: Heinrich Schneider: Bibliographie zur Politik. Eine Auswahl, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1982, und Politische Bildung Heft 39—40: Norbert Schausperger: Bibliographie zur politischen Bildung und ihrer Didaktik. Eine Auswahl, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1982.

GEDANKEN ZUR WIRTSCHAFTSKRISE

Der private Konsum stieg in Österreich in den letzten 12 Jahren um 50%

Weltweit leben Millionen Menschen ständig in absoluter Armut

Der Butterberg wird jährlich größer

Täglich verhungern tausende Menschen

Tausende Wohnungen stehen leer

Auch in den reichen Ländern können sich Menschen die Heizungskosten nicht mehr leisten

Der Flugverkehr hat sich in 10 Jahren verdoppelt

Der Unterschied zwischen Höchstverdienern und Niedrigstverdienern nimmt ständig zu

Es gibt mehr Farbfernseher, Videorecorder, Videospiele, Geschirrspüler, Computer

Millionen Menschen sind vom Arbeitsleben ausgeschlossen

Auf 3 Österreicher entfällt ein PKW

Tausende sterben täglich weltweit mangels medizinischer Betreuung

Weltweit werden täglich Milliarden für Waffen ausgegeben

Millionen Menschen sind Analphabeten

Wir stöhnen alle unter der Wirtschaftskrise

und trösten uns ein bißchen mit

mehr Alkohol

mehr Autofahren

mehr Motorradfahren

mehr Schifahren

mehr Flugzeugfliegen

mehr Wohnungskomfort

mehr Videospielen

mehr Farbfernsehen

mehr Papierverbrauch

mehr Plakate kleben

mehr Abfall produzieren

mehr Kosmetika verbrauchen

mehr

1980 verdienten 25 % der männlichen Angestellten mehr als 20.200,— S

25 % verdienten weniger als 7.273,— S

25 % der weiblichen Angestellten weniger als 5.916,— S

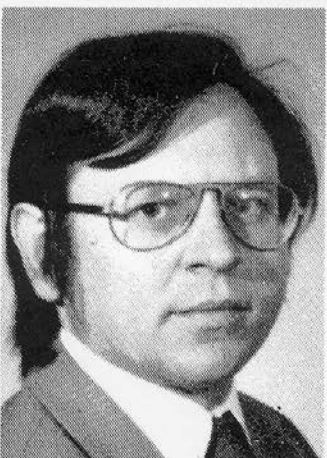
25 % der männlichen Arbeiter weniger als 6.129,— S

25 % der weiblichen Arbeiter weniger als 4.528,— S

1950 gab eine österreichische Kuh im Schnitt 1.895 kg Milch,

1980 gab ihre Nachfolgerin bereits 3.518 kg.

Konnte der österreichische Bauer 1950 auf einem ha 1.760 kg Weizen ernten, erfreute er sich 1980 an 4.470 kg.



Von links nach rechts:

1. Reihe: Bischof Johann Weber, Kurt Jungwirth, Franz Wegart. 2. Reihe: Bernhard Teriet, Wolfgang Mantl, Manfred Prisching. 3. Reihe: Valentin Zsifkovits, Leopold Neuhold, Hermann Schützenhöfer.

Fotos: Steffen 3, Stuhlhofer 1, Philipp 1